

Martin Sabrow

Planprojekt Meistererzählung. Die Entstehungsgeschichte des „Lehrbuchs der deutschen Geschichte“

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1062>

Reprint von:

Martin Sabrow, Planprojekt Meistererzählung. Die Entstehungsgeschichte des „Lehrbuchs der deutschen Geschichte“, in: Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR, herausgegeben von Martin Sabrow, Böhlau Köln, 2000 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 14), S. 227-286

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: [<redaktion@zeitgeschichte-digital.de>](mailto:redaktion@zeitgeschichte-digital.de)



Zitationshinweis:

Martin Sabrow (2000), Planprojekt Meistererzählung. Die Entstehungsgeschichte des „Lehrbuchs der deutschen Geschichte“, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1062>

Ursprünglich erschienen als: Martin Sabrow, Planprojekt Meistererzählung. Die Entstehungsgeschichte des „Lehrbuchs der deutschen Geschichte“, in: Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR, herausgegeben von Martin Sabrow, Böhlau Köln, 2000 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 14), S. 227-286

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 14

Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen
der DDR-Geschichte, Band 3

Martin Sabrow (Hg.)

Geschichte als Herrschaftsdiskurs

Der Umgang mit der Vergangenheit
in der DDR



2000

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

ZZF 10845 (1086 ZZF)

Zentrum für
Zeithistorische Forschung e.V.
Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Geschichte als Herrschaftsdiskurs :

Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR / Martin Sabrow (Hg.). –

Köln ; Weimar ; Wien : Böhlau, 2000

(Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte ; Bd. 3)

(Zeithistorische Studien ; Bd. 14)

ISBN 3-412-13798-7

© 2000 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagabbildung: Willy Colberg, Thälmann im Hamburger Aufstand, 1954

(DHM Berlin)

Druck: MVR-Druck, Brühl

Bindung: Buchbinderei Schaumann, Darmstadt

Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier

Printed in Germany

ISBN 3-412-13798-7

Inhalt

MARTIN SABROW

Einleitung: Geschichtsdiskurs und Doktringesellschaft	9
Die Diktatur des Diskurses	11
Herrschaftsdiskurs und Diskursherrschaft	18
Konturen der historischen Sinnwelt im Realsozialismus	21
Zu den Beiträgen dieses Bandes: Untersuchungsfelder und Fragestellungen	30

THOMAS HEIMANN

Erinnerung als Wandlung: Kriegsbilder im frühen DDR-Film	37
Aspekte der Geschichtskultur und -politik in den fünfziger Jahren	38
Krieg im deutschen Kino diesseits und jenseits der Grenze	41
Der kulturpolitische Streit um die Kriegsliteratur	46
Verfilmung einer Kriegserzählung im „Tauwetter“	49
Erfahrungsdimensionen der unmittelbar Beteiligten	50
„Harte Schreibweise“ und „Naturalismus“ im Film. Das lange Scheitern des Projekts „Haus im Feuer“	60
Festschreibung des Deutungskanons	73
Ein massenwirksames Muster mit zwiespältiger Wirkung: Die Abenteuer des Werner Holt	75

CHRISTOPH CLASSEN

Vom Anfang im Ende: „Befreiung“ im Rundfunk	87
„Befreiung“ statt „Sieg“: Der Befreiungsmythos im Minderheitendiskurs	93
Die DDR als Resultat der „Befreiung“: Der Gründungsmythos im Herrschaftsdiskurs	102
Systemkonkurrenz statt „Befreiung“: Entkonkretisierung als diskursiver Kompromiß	107
Differenzierungen des Diskurses	112
Resümee: „Befreiung“ als Erfahrung diskursiver Gebundenheit	114

SIMONE BARCK

Widerstands-Geschichten und Helden-Berichte	
Momentaufnahmen antifaschistischer Diskurse in den fünfziger Jahren	119
Märtyrer und Illegale	120
Geschichtspropagandisten und Erinnerungsberichte	130
Vom Umgang mit „Archivratten“ und „papiernen Dokumenten“	136
Empirische Befunde eines jungen Historikers	138
Eine „populärwissenschaftliche Quellensammlung“	145
Helden von der „unsichtbaren Front“	150
Der Autor als Historiker	154
Lesarten und Verständigungsschwierigkeiten	169

SIEGFRIED LOKATIS

Geschichtswerkstatt Zensur	175
Die „Panne“	175
„Verantwortlichkeit“	179
Zensur im Alltag	181
Rütten & Loening als Geschichtsverlag	187
Große Patrioten	191
Offizielle Leittexte	195
Die Auswertung der Großen Sowjetenzyklopädie	200
Die Begutachtung parteigeschichtlicher Werke	205

Bürgerliche Rudimente	213
„Dora meldet“ nicht mehr	217
Zensur als verantwortliche Beobachtung	222

MARTIN SABROW

Planprojekt Meistererzählung. Die Entstehungsgeschichte des „Lehrbuchs der deutschen Geschichte“	227
Der Auftrag	227
Die Vorgeschichte	231
Das Resultat	237
Der Verfall der Machbarkeitsutopie	241
Das Gemeinschaftsideal in der Praxis	256
Der Niedergang der Konsensnorm	275
Metamorphosen des historischen Herrschaftsdiskurses	285

JOACHIM PETZOLD

„Meinungsstreit“ im Herrschaftsdiskurs	287
Der doppelbödige Fachdiskurs	287
Die politische Stellvertreterfunktion fachlicher Debatten	289
Die Entscheidung über den Charakter der Novemberrevolution	300
Die Thälmann-Legende	307

ANHANG

Abkürzungsverzeichnis	315
Literaturverzeichnis	319
Autorenverzeichnis	329

MARTIN SABROW

Planprojekt Meistererzählung

Die Entstehungsgeschichte des „Lehrbuchs der deutschen Geschichte“

*„Unsere Geschichtsforscher befassen sich zu sehr mit Fragen der Vergangenheit.“
(Walter Ulbricht, 1955)*

Der Auftrag

Kein anderes historiographisches Unternehmen in der DDR hat im Kampf um die Deutungshoheit über die Vergangenheit eine so umfassende Rolle gespielt wie das Hochschul-lehrbuch der deutschen Geschichte. Es unterfing sich, die ganze historische Zeit von den Jäger- und Sammlerhorden im Altpaläolithikum bis zur deutschen Doppelstaatlichkeit in der Gegenwart darzustellen, und es spiegelte in den fünfunddreißig Jahren, die zwischen dem ersten Entwurf 1952 und den letzten Neuauflagen 1986 lagen, die ganze Wegstrecke von der Konstitution bis zur Erosion des sozialistischen Geschichtsbildes. „Es geht darum, den werktätigen Massen – den wahren Schöpfern der Geschichte – die Vergangenheit zu beleuchten, damit sie ihren heutigen Kampf mit den revolutionären Traditionen verbinden“ – mit diesen Worten umriß der wissenschaftliche Sekretär des Lehrbuch-Projekts 1955 die Aufgabe in einem für das „Neue Deutschland“ bestimmten Beitrag.¹ Das Unternehmen

1 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/108, Roland Franz Schmiedt, Das Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes – eine wichtige ideologische Waffe (i. f. zit. als 1. Entwurf). In den Akten findet sich neben diesem ersten ein zweiter Entwurf: Roland Franz Schmiedt, Das Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes. Bericht des wissenschaftlichen Sekretärs des Autorenkollektivs über den gegenwärtigen Stand der Arbeiten (i. f. zit. als 2. Entwurf). Beide Fassungen weichen in charakteristischer Weise von der schließlich publizierten Version ab, die besonders alle selbstkritischen Auslassungen des Sekretärs abmilderte; in ihr fehlt auch der zitierte Passus. Vgl. Roland Franz Schmiedt, Das neue Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes. Der Stand der Arbeiten des Kollektivs, in: Neues Deutschland, 3.6.1955.

ordnete sich ein in den holistischen Geltungs- und Durchdringungsanspruch eines politischen Systems, das mit seiner Beherrschung der Gegenwart auch die Macht über das Gesteir und Morgen verband und dabei die Grenze zwischen Erkenntnis und Handeln, zwischen Wissenschaft und Politik aufhob: „Aus der Vergangenheit für die Gegenwart und Zukunft zu lernen, dazu soll das Lehrbuch einen bedeutsamen Beitrag leisten! Die Kenntnis der Gesetze der historischen Entwicklung befähigen die werktätigen Menschen die ganze Gefahr zu erkennen, die durch die westdeutschen Imperialisten und Militaristen und ihre Bonner Lakaien über unser deutsches Vaterland heraufbeschworen wird.“² Folgerichtig stand das eigentliche fachliche Resultat des geplanten Werkes schon von vornherein fest, und es fügte sich dem Strickmuster der Systemkonkurrenz im Kalten Krieg: „Die Darstellung der Geschichte des deutschen Volkes muß den werktätigen Menschen im Westen und Osten unseres Vaterlandes zeigen, daß die Gesetzmäßigkeit der historischen Entwicklung auch in Deutschland notwendig zum Sozialismus führt“.³ Folgerichtig verlangte ein solches Werk fachliche Innovativität gerade in einer von der tradierten Historiographie sträflich vernachlässigten und auch in Westdeutschland noch kaum begründeten Subdisziplin – der Zeitgeschichte. Mit der Entscheidung, das Lehrbuch bis an die unmittelbare Gegenwart heranzurücken, betraten die Initiatoren ein Neuland, dessen Erschließung der politische Geschichtsdiskurs in der DDR geradezu herausforderte: „Wie dieser Plan zeigt, ist damit auch der Scheu mancher Historiker vor wissenschaftlicher Darstellung der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart der Kampf angesagt. So wird die Darstellung unserer Gegenwart mit den revolutionären und demokratischen Traditionen des deutschen Volkes organisch verbunden und der Weg zu einem einigen, friedlichen, demokratischen Deutschland, die dafür kämpfenden Kräfte und die Gegner dieses Weges gekennzeichnet.“⁴

Doch ginge eine Deutung fehl, die in der sich schließlich auf zwölf selbständige Bände auswachsenden Lehrbuch-Reihe lediglich eine propagandistische Offensive der SED zur tagespolitischen Herrschaftslegitimation erkennen würde. Das Projekt begleitete die Institutionalisierung der zweiten deutschen Geschichtswissenschaft in der DDR und band über viele Jahre hinweg einen großen Teil ihrer institutionellen und personellen Ressourcen. Mehr noch: Es stellte den großangelegten Versuch dar, die deutsche Geschichte von Grund auf und in einem so einheitlichen wie geschlossenen Interpretationsrahmen zu erneuern: „Das Hochschullehrbuch soll [...] mit allen Fälschungen der deutschen Geschichte aufräu-

2 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/108, Schmiedt, Das Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes (1. Entwurf).

3 Ebd. Daß hier wie auch im folgenden dem originalen Wortlaut der seinerzeit vorgetragenen Auffassungen viel Platz eingeräumt wird, steht in Verbindung mit dem diskursanalytischen Deutungsmuster, das im Einleitungsbeitrag dieses Bandes entfaltet wird. Anders läßt sich der aus der Außenperspektive oft fremd erscheinende Denkhorizont des sozialistischen Geschichtsdiskurses in der Tat kaum angemessen vermitteln, wie schon vor Jahrzehnten Ernst Deuerlein in bezug auf die Äußerungen von Marx, Engels, Lenin und Stalin feststellte: „Unvermeidlich ist – leider – die Anwendung einer Methode, die die Literatur des Marxismus-Leninismus in hohem Maße fragwürdig, ja lächerlich gemacht hat, nämlich ihr wörtliches Zitieren. Eine zusammenfassend-referierende Darstellung ist nicht in der Lage, Begriffe, Phrasen und Urteile der marxistisch-leninistischen Betrachtung und Bewertung deutlich zu machen.“ Ernst Deuerlein, Das geschichtliche Deutschlandbild des Marxismus-Leninismus, in: APZ 30/1960, S. 485–512, hier S. 492f.

4 Inge Lösche, Ein Hochschullehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes. Gespräch mit Nationalpreisträger Prof. Dr. Alfred Meusel, in: Neues Deutschland, 27.2.1954.

men“, umriß Alfred Meusel die vor dem Autorenkollektiv liegende Aufgabe.⁵ Ehrgeiziger hätte sich das Ziel kaum konzipieren lassen: Das Lehrbuchprojekt hatte einen bei seiner Inangriffnahme noch kaum vorbereiteten Boden zu beackern, es diente einer marxistisch-leninistischen Umschreibung der deutschen Geschichte, deren Forschungsvorlauf es erst noch zu erarbeiten galt: „Mit der Ausarbeitung dieses Werkes beginnt ein neuer Abschnitt in der deutschen Geschichtsschreibung. Das Lehrbuch wird erstmalig eine [...] auf der theoretischen und methodologischen Grundlage des historischen Materialismus verfaßte, wissenschaftlich einwandfreie Gesamtdarstellung der Geschichte des deutschen Volkes geben.“⁶

Das Planprojekt Meistererzählung kam also einer disziplinären Kriegserklärung gleich; mit ihrem Hochschullehrbuch schickte sich die neue marxistische Geschichtsschreibung an, ihren „bürgerlichen“ Gegner mit seinen eigenen Waffen anzugreifen und aus dem Feld zu schlagen, wie Meusel ankündigte: „Die bürgerliche Geschichtsschreibung verfälscht die Geschichte, indem sie von der Lehre ‚Männer machen Geschichte‘ ausgeht. Mit dieser unwissenschaftlichen ‚Theorie‘, die die Volksmassen zu willigen Werkzeugen der Monopolherren, zu dem Gedanken ‚Wir können ja doch nichts tun‘ erzieht, wird unser Hochschullehrbuch aufräumen und wissenschaftlich nachweisen, daß das Volk die entscheidende Kraft in der geschichtlichen Entwicklung ist.“⁷ Damit nicht genug, war dem Vorhaben einer radikal erneuerten historischen Meistererzählung schließlich noch aufgegeben worden, den bürgerlichen Individualismus auch in wissenschaftsorganisatorischer Hinsicht zu überwinden. Das kommende Lehrbuch sollte auch hierin neue Maßstäbe setzen, denn eine „so große Aufgabe konnte von keinem einzelnen Historiker, sondern nur von einem Kollektiv gelöst werden, in kameradschaftlicher Zusammenarbeit und in kämpferischer Auseinandersetzung marxistischer Historiker“.⁸

Die hohen Ansprüchen korrespondierten mit dem erhofften Nutzen, den das Lehrbuch für die weitere Ausbildung und Durchsetzung des sozialistischen Geschichtsbildes in Forschung, Lehre und Alltagskultur bringen sollte. Eine „entscheidende Verbesserung des wissenschaftlichen Niveaus“ wurde von ihm ebenso erwartet wie die Kraft, „die Ausarbeitung populär-wissenschaftlicher Geschichtsliteratur an[zu]regen und [zu] befruchten“; das Lehrbuch „wird auch die Ausbildung geschichtswissenschaftlicher Kader an den Universitäten und Parteihochschulen im Direkt- und Fernstudium auf eine neue höhere Stufe heben“, und es „wird [...] eine schon lang vermißte Grundlage bei der Ausarbeitung der Lehrpläne und Lehrbücher für den Geschichtsunterricht an unseren allgemeinbildenden Schulen bilden“; für Walter Ulbricht schließlich stand fest, daß die „Herausgabe dieses Lehrbuches [...] ein hervorragender Beitrag zur patriotischen Erziehung der Volksmassen“ werden würde.⁹ Es war daher nicht untertrieben, wenn die Initiatoren ihr historiographisches Mammutunternehmen der Öffentlichkeit ohne falsche Bescheidenheit als Zäsur in der Geschichte der historischen Disziplin vorstellten: „Die dem Lehrbuch gestellten Aufgaben und die neue Arbeitsweise lassen keinen Zweifel zu, daß mit der Ausarbeitung dieses Standardwerkes eine neue Etappe in der deutschen Geschichtsschreibung begonnen hat.“¹⁰

5 Ebd.

6 Schmiedt, Das neue Lehrbuch.

7 Lösche, Ein Hochschullehrbuch.

8 Schmiedt, Das neue Lehrbuch.

9 SAPMO BA, DY 30/IV A 2/9.04/108, Schmiedt, Das Lehrbuch (1. Entwurf).

10 Ebd.

Für die Konstituierung des historischen Diskurses in der DDR spielt das Lehrbuch-Projekt daher eine kaum zu überschätzende Rolle. Um so erstaunlicher ist es, daß seine Geschichte lediglich in der hagiographischen Selbstdarstellung der DDR-Geschichtswissenschaft genauere Beachtung gefunden hat¹¹, von der Forschung nach 1989 aber bisher allenfalls beiläufig gestreift worden ist.¹² Dabei erlaubt die Vielzahl erhaltener Dispositionen, Gutachten und Diskussionsprotokolle in diesem Fall besser als bei anderen Großunternehmen der DDR-Geschichtswissenschaft, den Weg zu verfolgen, auf dem sich politische Vorgaben, fachliches Wissen und theoretisch-methodische Überzeugungen zu einer verbindlichen Meistererzählung amalgamierten und den diskursiven Rahmen des historischen Denkens in der DDR ausfüllten. Die vorliegende Studie konzentriert sich innerhalb dieses Komplexes, der einer umfassenden Betrachtung wert wäre, auf diejenigen Aspekte der Produktionsgeschichte des Lehrbuches, die die fachliche Umsetzung der verkündeten Absicht behinderte, die eine Kluft zwischen geplantem Projekt und publizierter Ausführung markierten, um an ihnen die Spezifik und den Spannungsreichtum des fachhistorischen Herrschaftsdiskurses der DDR in seiner Etablierungsphase zu beleuchten.

- 11 Zu nennen sind hier besonders zwei im Forschungsbereich „Bürgerliche Historiographie und geschichtsideologische Auseinandersetzung“ der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED entstandene Dissertationen, die infolge ihrer Einstufung als „parteinternes Material“ bzw. „Vertraulich“ nicht veröffentlicht werden konnten: Uwe Fischer, *Zur Rolle des Autorenkollektivs für das Lehrbuch der deutschen Geschichte im Formierungsprozeß der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR (1952–1955)*, Diss. A Berlin (O) 1981; Horst Helas, *Zur Rolle des Autorenkollektivs für das Lehrbuch der deutschen Geschichte im Formierungsprozeß der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR (Mitte 1955 – Mitte 1958)*, Diss. A Berlin (O) 1985. Beide Autoren haben ihre Arbeitsergebnisse aber in anderer Form publiziert bzw. zur Publikation vorbereitet: Uwe Fischer, *Zur Historiographie der DDR über Probleme der bürgerlichen Umwälzung in Deutschland. Die Diskussion im Autorenkollektiv über das Lehrbuch der deutschen Geschichte (1789–1871) in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre*, in: *ZfG* 29 (1981), S. 1091–1105; ders., *Zum Platz des Autorenkollektivs für das Lehrbuch der deutschen Geschichte in der Geschichtswissenschaft der DDR in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre*, in: *Geschichtsideologische Arbeit in Vergangenheit und Gegenwart*, hg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin (O) 1982, S. 93–102; ders., *Zur Rolle des Autorenkollektivs für das Lehrbuch der deutschen Geschichte im Formierungsprozeß der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft*, in: *Hauptetappen und Probleme der Geschichte der Geschichtswissenschaft der DDR. Gesellschaftswissenschaftliche Informationen* 17, Berlin (O) 1982, S. 75–88; ders., *Die Diskussionen von 1954/55 über die Disposition für den Abschnitt 1918 bis 1945 des Lehrbuchs der deutschen Geschichte*, unveröff. Ms. (Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften ABBAW, Zentralinstitut für Geschichte ZIG 161/1); Horst Helas, *Revolutionär-demokratische Einigung oder junkerlich-bourgeoise Reichsgründung „von oben“ 1849 bis 1871. Debatten im Autorenkollektiv für das Lehrbuch der deutschen Geschichte (1955 bis 1958)*, in: *ZfG* 33 (1985), S. 794–808; ders., *Die Periodisierungsdiskussion 1955 bis 1958 im Autorenkollektiv für das Lehrbuch der deutschen Geschichte*, unveröff. Ms. (ABBAW, ZIG 161/1). Vgl. auch Walter Schmidt, *Die Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger Jahren. Ihre Konstituierung als sozialistische deutsche Geschichtswissenschaft*, in: *ZfG* 31 (1983), S. 291–312.
- 12 So etwa bei: Karen Pfundt, *Die Gründung des Museums für Deutsche Geschichte in der DDR*, in: *APZ B* 23 (1994), S. 23–30.; dies., *Die Gründung des Museums für Deutsche Geschichte 1952 in der DDR*, unveröff. MS., Berlin 1994; Ulrich Neuhäuser-Wespy, *Die SED und die Historie. Die Etablierung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren*, Bonn 1996, S. 26ff. und 67f.; Ilko-Sascha Kowalczyk, *Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961*, Berlin 1997, S. 169ff. u. 254ff.

Die Vorgeschichte

Der Plan einer autoritativen Gesamtdarstellung der deutschen Geschichte aus parteimarxistischer Sicht hatte seinen Ursprung in der „Revolution von oben“¹³, in der die SED seit 1950 die bislang im wesentlichen schleichende Umwandlung der überkommenen Fachtraditionen mit energischen politischen Maßnahmen zur vollständigen „Eroberung der Festung Wissenschaften“ weiterzutreiben begann. Nachdem schon der III. Parteitag der SED im Juli 1950 die Durchsetzung des Marxismus-Leninismus in der Geschichtswissenschaft zum zentralen Auftrag erklärt und Ulbricht persönlich im November desselben Jahres ein Monopol der „fortschrittlichen Wissenschaft“ für alle Fächer der Gesellschaftswissenschaft reklamiert hatte¹⁴, gab das ZK der SED auf seiner 7. Tagung im Oktober 1951 den Historikern der Partei „die wissenschaftliche Ausarbeitung der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung“ auf marxistisch-leninistischer Grundlage auf. Zu diesem Zweck wurde beschlossen, „ein qualifiziertes Autorenkollektiv zur Vorbereitung eines Lehrbuches der Geschichte des deutschen Volkes zu schaffen“.¹⁵

In der Tat war bislang wenig geschehen, um den ideologischen Geltungsanspruch der SED-Herrschaft in der Praxis des Faches Geschichte durchzusetzen. Obwohl die universitäre Ausbildung schon seit der Hochschulreform 1951 nach einem einheitlichen, marxistisch-leninistischen Lehrprogramm erfolgte, beschränkten sich die dazu passenden Geschichtstexte – abgesehen von den Schriften der „Klassiker“ selbst¹⁶ – auf die Arbeiten von Franz Mehring, einige sowjetische Übersetzungen und das von kommunistischen Funktionären wie Wilhelm Pieck, Albert Norden, Fred Oelßner und Walter Ulbricht publizierte Schrifttum. Um die Lücke notdürftig zu füllen, gab das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut seit 1951 im Rahmen des Fernstudiums sogenannte Lehrbriefe heraus. Für den Schulunterricht wurden 1952 erste Geschichtsbücher auf parteiideologischer Grundlage herausgebracht, und im selben Jahr eröffnete in Berlin ein zentrales Museum für deutsche Geschichte, um eine unter ihrem Direktor Alfred Meusel konzipierte und vom Politbüro selbst abgenommene Schau der Geschichte aus marxistisch-leninistischer Perspektive in die Öffentlichkeit zu tragen. Im engeren Bereich der Fachwissenschaft aber konnte die Offensive der SED nur auf eine einzige Gesamtdarstellung zur deutschen Geschichte zurückgreifen, nämlich auf den seit 1953 auf Deutsch vorliegenden Abschnitt zur Geschichte

13 Kowalczyk, *Legitimation*, S. 164.

14 Walter Ulbricht, Entfalt den Feldzug der Jugend für Wissenschaft und Kultur, Rede auf der I. Funktionalärskonferenz der FDJ am 26. November 1950, Berlin (O) o. J., S. 82.

15 Die wichtigsten ideologischen Aufgaben der Partei. Entschließung des Zentralkomitees vom 20. Oktober 1951 (7. Tagung), in: *Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, Bd. III; Berlin (O) 1952, S. 581.

16 In seiner Entschließung vom Oktober 1951 erhob das ZK daher die Publikation einer entsprechenden Anthologie in den selben Rang wie die Lehrbucharbeit: „Um die tiefgehenden Forschungen der Klassiker des Marxismus-Leninismus auf dem Gebiete der Geschichte Deutschlands vollständig auszunutzen, wird das Marx-Engels-Lenin-Institut verpflichtet, in nächster Zeit die Herausgabe eines Sammelbandes der entsprechenden Arbeiten und Aussprüche von Marx, Engels, Lenin und Stalin zu gewährleisten. Dieser Sammelband soll dazu dienen, den Unterricht in der deutschen Geschichte an den Lehranstalten zu verbessern und die wissenschaftliche Forschungsarbeit auf eine höhere Stufe zu heben.“ Ebd., S. 582.

Deutschlands in der „Großen Sowjet-Enzyklopädie“¹⁷, und war ansonsten auf „eine gründliche Durcharbeitung des Meisterwerks marxistischer Geschichtsdarstellung, der Stalinschen Geschichte der KPdSU (B), Kurzer Lehrgang“ angewiesen.¹⁸ Die dem geplanten Leittext zugedachte Bedeutung beschränkte sich allerdings nicht auf eine Funktion, wie sie etwa mit dem „Gebhardt“ ein Handbuch der deutschen Geschichte auch im universitären Betrieb der Bundesrepublik erfüllte, sondern diente einer auf innere Geschlossenheit zielenden Vereinheitlichung des Geschichtsdenkens. Er sollte gleichzeitig, so bilanzierte ein DDR-Wissenschaftshistoriker rückblickend, „starke Impulse für das Verständnis der Politik der Partei der Arbeiterklasse“ vermitteln und dazu beitragen, „den Sinn des Kampfes um den Sozialismus aus historischer Sicht zu erfassen und mit geschichtlichen Argumenten die Massen für diese Politik zu gewinnen“. Nicht zuletzt war mit diesem Anspruch auch die Hoffnung verbunden, daß das künftige Lehrbuch einen Terraingewinn im innerdeutschen Systemkonflikt vorbereiten und in Zurückdrängung der sogenannten „Misere-Theorie“ „einen wichtigen Beitrag zur Herausbildung und Entwicklung eines den wahren nationalen Interessen entsprechenden sozialistischen Nationalbewußtseins leisten“ könnte.¹⁹

Angesichts dieser strategischen Schlüsselposition einer neuen *master narrative* glaubte die Parteiführung allerdings nicht viel Zeit für deren Fertigstellung einräumen zu können; dem zu schaffenden Autorenkollektiv wurde in der ZK-Entschliebung vom 20. Oktober 1951 der Auftrag mitgegeben, „daß das Lehrbuch nach einer breiten vorhergehenden öffentlichen Diskussion spätestens im Jahre 1953 erscheint“.²⁰ Tatsächlich nahmen die organisatorischen Vorbereitungen vergleichsweise weniger Zeit in Anspruch als etwa bei der in demselben Beschluß geforderten Schaffung eines Geschichtsinstituts an der Deutschen Akademie der Wissenschaften, bis zu dessen Gründung mehr als vier Jahre verstreichen sollten. Fast genau ein Jahr nach der ZK-Tagung traf sich bereits ein offiziell berufenes Autorenkollegium, um unter dem Vorsitz von Alfred Meusel in die Arbeit an dem geforderten Kompendium einzutreten und die ersten Gliederungsentwürfe zu beraten. Daß das Lehrbuch-Projekt so zügig von der politischen Ankündigung zur fachlichen Arbeitsaufnahme vorangetrieben werden konnte, verdankt sich nicht allein dem politischen Druck, den die Partei auf die Geschichtswissenschaft ausübte, sondern mindestens ebenso sehr einer wissenschaftspolitischen Vorentscheidung, die die Wissenschaftsfunktionäre der ZK-Abteilung Propaganda im Anschluß an die ZK-Beratung vom Herbst 1951 mit ihren „Genossen Historikern“ trafen.

-
- 17 Zur Entstehungsgeschichte der deutschen Version dieser Enzyklopädie siehe den Beitrag von Siegfried Lokatis in diesem Band.
 - 18 Ernst Diehl, Wie erfüllen unsere Historiker ihre Aufgaben, in: Einheit 8/1953, S. 813–820, hier S. 818.
 - 19 Fischer, Zur Rolle des Autorenkollektivs, S. 6. Die Annahme, daß das Lehrbuch nicht zuletzt als Waffe in der deutsch-deutschen Geschichtskonkurrenz gedacht war, wird durch den Wortlaut der ZK-Entschliebung vom 20.10.1951 bestätigt, die pathetisch beteuert, daß die „Geschichte unseres Vaterlandes“ auch reich „an bedeutenden Leistungen der großen Söhne und Töchter des deutschen Volkes“ sei, um dann ebenso kraftvoll fortzufahren: „Die wissenschaftliche Ausarbeitung der deutschen Geschichte vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus wird den Versuchen der angloamerikanischen Imperialisten, die nationale Würde des deutschen Volkes zu zerstören und es mit antinationalen kosmopolitischen Lehren zu vergiften, einen entscheidenden Schlag versetzen.“ Die wichtigsten ideologischen Aufgaben der Partei, S. 581f.
 - 20 Ebd., S. 582.

Zu deren Sprecher wurde auf einer Beratung im Januar 1952 Alfred Meusel berufen. Meusel, obwohl von Haus aus Soziologe, galt zu der Zeit als führender Kopf der marxistisch-leninistischen Historiker in der DDR und verfügte dank seiner universitären Karriere in der Weimarer Zeit, die ihn bis zu einem nationalökonomischen Lehrstuhl an der TH Aachen geführt hatte, gleichzeitig über ein akademisches Prestige, das seinen mehrheitlich akademisch nicht oder unzureichend qualifizierten Fachkollegen in der SED abging. Vor allem aber gebot er als Direktor des Museums für deutsche Geschichte am ehesten über die personellen und fachlichen Voraussetzungen, um ein „vorläufiges Autorenkollektiv“ zu bilden und das weitere Prozedere zu entwickeln. Ein von ihm verfaßtes Gutachten wies den Weg: „Das Lehrbuch soll eine marxistisch-leninistische Darstellung der deutschen Geschichte geben. Es würde deshalb unzweckmäßig sein, die Abfassung einzelner Teile des Lehrbuches bürgerlichen Gelehrten anzuvertrauen.“²¹ Mit der parteioffiziellen Zustimmung zu dieser gutachterlichen Äußerung, die offenbar mit dem Leiter der Abteilung Propaganda, Kurt Hager, und dem zuständigen Geschichtsreferenten Ernst Diehl genau abgestimmt war²², hatte sich eine Reihe von zeitraubenden Schwierigkeiten erledigt, die beispielsweise kurz zuvor im konzeptionellen Vorfeld der Ausstellung des Museums für deutsche Geschichte und bei der Berufung eines auch „bürgerliche Gelehrte“ einschließenden Museums-Beirates entstanden waren.²³ Denn das zentrale Legitimationsmuster der sozialistischen Parteidiktatur, die ihre Alltags Herrschaft ganz wesentlich auf einem ubiquitären Konsenszwang aufbaute, der regelmäßig zugleich auch Zwangskonsens war, galt auch in der Geschichtswissenschaft, und es hätte die rasche Umsetzung des Lehrbuch-Gedankens durch langwierige Debatten und Scheindiskussionen zwischen einer geschlossenen parteimarxistischen Mehrheit und einer nach unterschiedlichen Interessen und Überzeugungen aufgefächerten Minderheit von „Bürgerlichen“ nachhaltig behindert. So aber vermochten die Initiatoren im Fahrwasser einer von Rücksichten auf „bürgerliche“ Stimmen unbelasteten Stalinisierungspolitik zu segeln, die im Zuge ihrer auch wissenschaftlichen Durchsetzung in dieser Kernfrage keinerlei taktische Zugeständnisse an nicht-marxistische „Nur-Fachleute“ mehr glaubte machen zu müssen und noch nicht in die ideologischen Turbulenzen geraten war, die ihr in den Jahren darauf im Gefolge von Stalin-Tod und Juni-Aufstand 1953 bevorstehen sollten.

Das durch diese Ausschlußentscheidung sich abzeichnende Autorengremium einte so bei aller denkbarer Diskrepanz in inhaltlichen Fragen dasselbe fachliche Grundverständnis. Vor allem teilte es die Überzeugung, daß Politik und Wissenschaft eine unlösbare – und wünschenswerte – Einheit bildeten. Demzufolge kannte die Entstehungsgeschichte des Lehrbuchs keine erkennbare Zäsur, durch die politischer Auftrag und wissenschaftliche Bearbeitung voneinander abgegrenzt würden.²⁴ Im Gegenteil: Meusels Gutachten schlug vor,

21 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/106, Alfred Meusel, Gutachten zu Fragen des Lehrbuches der deutschen Geschichte, 18.4.1952.

22 Vgl. Fischer, Zur Rolle des Autorenkollektivs, S. 10.

23 Vgl. dazu Pfundt, Die Gründung des Museums für deutsche Geschichte 1952, S. 37ff.

24 Es gehört zum selben Denkhorizont, wenn auch spätere historiographiegeschichtliche Arbeiten in den achtziger Jahren ihr Erkenntnisziel in dem Nachweis sahen, wie stark die DDR-Geschichtswissenschaft auch in der Lehrbuch-Frage von der Politik gesteuert worden sei: „Die Arbeit kann neue Kenntnisse und Erkenntnisse über die Führungsrolle der SED bei der Durchsetzung des Marxismus-Leninismus in der Geschichtswissenschaft der DDR vorlegen und zeigen, wie die Partei der Arbeiterklasse diesen Prozeß als Teil der sozialistischen Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur führte und voranbrachte. Sie liefert den Nachweis, daß und wie die SED über die Förderung der Tä-

den Minister für Volksbildung Paul Wandel zum Vorsitzenden einer Verfasserkommission zu machen, der neben sieben Fachhistorikern auch der ZK-Sekretär für Propaganda Fred Oelßner und Kurt Hager angehören sollten. Wenige Tage später fertigte die Abteilung Propaganda den Entwurf einer Beschlußvorlage für das ZK, die diesem Votum folgte und nur die von Meusel geforderte Anbindung des Projekts an sein Museum ausklammerte.²⁵

Daß dennoch auch auf dem Boden eines solchen politisch-wissenschaftlichen Grundkonsenses fundamentale Auseinandersetzungen um den Charakter des Lehrbuches unvermeidbar werden könnten, bewies Meusel selbst schon kurz darauf, als er sich mit einer Demarche an Hager und Diehl wandte, die sechs Grundbedingungen an eine erfolgreiche Lehrbuch-Arbeit knüpfte. Nur zwei dieser *essentials* betrafen organisatorische Aspekte, nämlich die von Meusel immer noch angestrebte Engführung von Museum und Lehrbuch sowie die erforderliche Entlastung der vorgesehenen Autoren von weiteren beruflichen und gesellschaftlichen Aufgaben. Die restlichen vier Festlegungen aber, die Meusel anstrebte, betrafen die ihm offenbar zunehmend prekär gewordene Kongruenz politischer und fachlicher Interessen. Schon seine Absage an die Mitarbeit nichtmarxistischer Historiker kleidete er in nun in die weniger kategorisch klingende Formulierung, „daß es *im allgemeinen* unzweckmäßig sein dürfte, die Abfassung des Lehrbuches bürgerlichen Wissenschaftlern anzuvertrauen“, und versah sie mit einer Begründung, die weniger auf das SED-Interesse am Lehrbuch als auf die Empfindungen der nichtmarxistischen Kollegen abstellte: „Es würde zu schweren Unstimmigkeiten führen, wenn die von ihnen abgefaßten Teile und Kapitel schließlich doch abgelehnt werden müßten.“²⁶ Auch empfahl er nun eine Aufspaltung der Kommissionsmitglieder in verantwortliche Autoren einerseits und „politische Berater“ andererseits, um die Kompetenzen der vorgeschlagenen Fachhistoriker und der SED-Funktionäre in diesem Gremium voneinander abzugrenzen. Der dahinterstehende Interessenkonflikt zwischen Partei und Fachdisziplin auch auf dem Boden eines parteiichen Wissenschaftsverständnisses bestimmte Meusel ferner dazu, auf den latenten Zielkonflikt zwischen Geschwindigkeit und Qualität in der Erarbeitung des Lehrbuches aufmerksam zu machen: „Die Frage des Termins für die Fertigstellung des Lehrbuches bedarf einer gründlichen Überprüfung. Es ist unmöglich, ein hieb- und stichfestes wissenschaftliches Werk in demselben Tempo abzufassen, in dem jetzt das Museum eingerichtet werden mußte.“²⁷ Das hinter diesem Verlangen stehende Mißtrauen nicht gegen eine grundsätzliche Einbindung der Historie in das politische Handeln, wohl aber gegen eine substanzschädigende Unterordnung der wissenschaftlichen Arbeit unter politische Nutzungsinteressen bestimmte Meusel darüber hinaus zu einer prinzipiellen Äußerung über das Ziel der bevorstehenden Arbeit, die sichtlich von Denkformen eines anderen, nämlich westlichen Geschichtsdiskurses beeinflusst waren: „Das Lehrbuch soll eine marxistisch-leninistische Darstellung der deutschen Geschichte geben. Das bedeutet nicht, daß es eine Zitatensammlung mit verbindendem Text sein soll. Das Lehrbuch muß eine genaue und umfassende Kenntnis der Tatsachen und Zusammenhänge vermitteln. Es darf nicht so abgefaßt werden, daß der Leser zwar überreichlich die Meinungen des Verfassers über bestimmte Ereignisse erfährt, daß er aber, wenn er sich über die

tigkeit des Autorenkollektivs Einfluß auf die Entwicklung der ganzen Geschichtswissenschaft nahm.“ Fischer, Zur Rolle des Autorenkollektivs, S. II.

25 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/106, Sektor Geschichte, Entwurf einer Sekretariatsvorlage, 21.4.1952.

26 Ebd., Alfred Meusel an das ZK der SED, Abteilung Wissenschaften, 13.5.1952 (Hervorhebung durch mich; M. S.).

27 Ebd.

Ereignisse selbst unterrichten will, schließlich doch wieder auf eines der Compendien zurückgreifen muß, die ihm die Tatsachen, in eine bestimmte reaktionäre Ideologie eingewickelt, servieren.“²⁸

Meusels Vorstoß war erfolgreich, insofern bei der späteren Konstituierung tatsächlich zwischen der Gruppe der eigentlichen Bandautoren und der bloßen Berater unterschieden wurde, und er wurde gleichzeitig auch wieder dadurch verwässert, daß das aus Hager, Diehl, Wandel und Oelßner gebildete Beratungsforum um den Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski erweitert und dadurch fachlich aufgewertet wurde. Dieselbe Absicht, entgegen Meusels Intentionen die Linie zwischen Vertretern der Partei und denen der Geschichtswissenschaft so weit wie möglich aufzuwischen, bewies Kurt Hager mit der Ankündigung, einen eigenen Beitrag im Rahmen der Periode 1815 bis 1849 zu verfassen, der dem Abschnitt über Marx und Engels gewidmet sein sollte.²⁹

Meusels weitere Vorstellungen über die inhaltliche Substanz der Lehrbucharbeit hingegen wurden in den weiteren Verhandlungen nicht ausdrücklich aufgegriffen, so daß das von ihm angesprochene Spannungspotential vorerst keinen geregelten Ausgleich finden konnte, sondern nun einer möglichen späteren Entladung hararte. Eine indirekte Antwort allerdings gab der Sektor Geschichte im ZK-Apparat im September 1952 mit der schriftlichen Fixierung einer verbindlichen Arbeitsgrundlage für das Kollektivvorhaben.³⁰ Entgegen früheren Überlegungen ließ diese Richtlinie das geplante Werk nicht mit dem Jahr 1945 oder mit der Gründung der DDR 1949 enden, sondern legte fest, den Schlußabschnitt bis in die unmittelbare Gegenwart, also 1952, weiterzuführen – ein glatter Affront gegen die Mehrheit auch der SED-Historikerschaft, die zu der besonderen politischen Erwartungsdruck ausgesetzten Gegenwartsgeschichte der DDR ein bekannt kühles Verhältnis unterhielten, wie sich noch Jahre später bei der Etablierung einer Abteilung Zeitgeschichte am Akademie-Institut zeigen sollte. Auch kamen die Richtlinien Meusels Bedenken in der Terminfrage nur so weit entgegen, daß sie das Datum der Fertigstellung des Gesamtwerkes in den Herbst des per ZK-Beschluß festgesetzten Jahres rückten.³¹

Der Widerspruch zwischen wissenschaftspolitischer Funktionalität und handwerklicher Solidität, der in dieser realitätsfernen Fristsetzung zum Ausdruck kam, wurde dadurch noch verschärft, daß dieselben Richtlinien gleichzeitig ganz im Sinne von Meusel darauf insisierten, daß das Lehrbuch sich in seiner gesamten Anlage ebenso wie in seiner äußeren Präsentation durch fachliche Gediegenheit auszuzeichnen habe: „Bei der Darlegung des historischen Tatsachen-Materials ist der richtigen chronologischen Aufeinanderfolge strengste Beachtung zu schenken. Größte Genauigkeit, Gebrauch exakter Formulierungen, Klarheit der Gliederung und der Sprache sind die Prinzipien für die Darstellung des Lehrbuches.“³² Gleichzeitig aber definierten die Richtlinien unmißverständlich die geltenden

28 Ebd.

29 Vgl. Fischer, Zur Rolle des Autorenkollektivs, S. 13.

30 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/106, Sektor Geschichte, [Erster] Entwurf der Richtlinien für die Ausarbeitung des Hochschullehrbuches der Geschichte des deutschen Volkes, 8.9.1952.

31 „Die Arbeit am Lehrbuch wird nach folgenden Terminen durchgeführt:

a) Fertigstellung des Entwurfs der einzelnen Abschnitte bis spätestens 30. Juni 1953.

b) Endgültige Fertigstellung des Lehrbuches bis spätestens 30.10.1953“. Ebd., Sektor Geschichte, [Zweiter] Entwurf der Richtlinien für die Ausarbeitung des Hochschullehrbuches der Geschichte des deutschen Volkes, 8.10.1952.

32 Ebd., [Erster] Entwurf [...], 8.9.1952.

Konstruktionsprinzipien des zu entwerfenden Geschichtsbildes: „Die feste *wissenschaftliche* Grundlage des Lehrbuches sind die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin. In jedem Abschnitt ist die Beurteilung der Vorgänge der deutschen Geschichte durch die Klassiker zur Grundlage der Darstellung zu machen.“³³ Bemerkenswerterweise hielt es der als Autor zeichnende Sektor Geschichte in der ZK-Abteilung Propaganda für angebracht, zusätzlich darauf hinzuweisen, daß die Kanonisierung der Klassiker-Auslassungen zur deutschen Geschichte die hergebrachten Standards der historischen Erkenntnisbildung nicht einschränke: „Bei der Darstellung geht das Lehrbuch vom konkreten geschichtlichen Tatsachenmaterial aus. Es gibt auf dieser Grundlage eine Analyse und eine Einschätzung der geschichtlichen Ereignisse.“³⁴ Wieder zeigt sich, daß die Entstehungsgeschichte des Lehrbuch-Projekts einen latenten Widerspruch zwischen konkurrierenden Diskursnormen in sich barg, der auch in den Richtlinien nur äußerlich überspielt, aber nicht wirklich entschieden wurde. In die zweite und endgültige Fassung der Richtlinien, die dem Lehrbuch zudem „eine scharfe, parteiliche Auseinandersetzung mit allen antimarxistischen, unwissenschaftlichen Auffassungen“³⁵ abverlangten, wurde ein neuer Passus eingefügt, der die Autoren für die Zeit von 1815 bis zur Gegenwart darauf verpflichtete, „die Darstellung der Arbeiterklasse als der fortschrittlichsten, einzig konsequent revolutionären Klasse, als der besten nationalen Kraft des deutschen Volkes in den Mittelpunkt zu stellen“.³⁶

Damit entpuppte sich das Planprojekt Meistererzählung als eine wahrhaft gigantische Herausforderung. Parteiführung und Parteihistoriker muteten sich mit der Einigung auf diese Charta ihrer weiteren Arbeit nichts Geringeres als eine vollständige Revision des tradierten Geschichtsbildes zu, die nach innen durch eine harmonische Verknüpfung der marxistischen Klassikerüberzeugungen mit der historischen Tatsachenerkenntnis „einen vernichtenden Schlag gegen die Behandlung der deutschen Geschichte als einer ‚Geschichte der deutschen Misere‘“ führen sollte und nach außen gegen „die verfälschende Darstellung der früheren bürgerlichen deutschen Geschichtsschreibung und der Geschichtsschreibung in Westdeutschland“.³⁷

So umfassend die gestellte Aufgabe damit geworden war, so tatkräftig gingen die Beteiligten an die organisatorischen Vorbereitungen zu ihrer Lösung heran. Nachdem in einer Beratung am 8. Juli 1952 die deutsche Geschichte in elf Perioden eingeteilt und Autoren für die ihnen entsprechenden Abschnitte des Lehrbuchs mit dem Auftrag benannt worden waren³⁸, bis Ende August 1952 eine Disposition ihres Beitrags zu erstellen, wurde die Institutionalisierung der Arbeit zügig abgeschlossen. Als Auftraggeber fungierte fortan das Staatssekretariat für Hochschulwesen, das den Mitgliedern des am 8. Juli gebildeten Autorenkollektivs offizielle Berufungsurkunden verlieh und Alfred Meusel am 1. September 1952

33 Ebd. (Hervorhebung im Original)

34 Ebd.

35 Ebd.

36 Ebd., [Zweiter] Entwurf [...], 8.10.1952.

37 Ebd.

38 Die Perioden und die ihnen zugeordneten Autoren lauteten im einzelnen: 1. – 3. Periode: Von der Stammesgemeinschaft der Germanen bis zur vorfeudalen Periode (5./6. Jh.); Die volle Entfaltung des Feudalismus; Der Zerfall der Feudalgesellschaft und die Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse (Stern); 4. Periode: 1500–1648 (Meusel); 5. Periode: Mitte 17. Jh. – 1789 (Schilfert)

6. Periode 1789–1815 (Kamnitzer); 7. Periode 1815–1849 (Obermann)

8. Periode 1849–1871 (Engelberg); 9. Periode 1871–1918 (Hoffmann)

10. Periode 1918–1945 (Schreiner/Paterna); 11. Periode 1945–1949 bzw. 1952 (Bartel).

mit der Leitung des Unternehmens betraute. Als das neugebildete Gremium am 14. Oktober zu seiner ersten eigenständigen Beratung zusammentrat, konnte es seine fachliche Autorität nicht nur darauf stützen, daß in ihm mit Meusel, Stern, Schreiner, Kuczynski, Obermann und Engelberg die komplette Führungsriege der neuen marxistischen Geschichtswissenschaft in Deutschland versammelt war. Es wußte sich auch darin bestärkt, daß die einzelnen Entscheidungen über Charakter und Umfang der vor ihm liegenden Arbeit in enger Abstimmung mit der politischen Führung getroffen worden waren, und es konnte sich ihrer Entschlossenheit gewiß sein, dem Lehrbuch-Projekt auf allen Ebenen staatlichen und parteilichen Handelns hohe Priorität einzuräumen. Denn zu keiner Zeit waren die Initiatoren davon ausgegangen, ihren jeweiligen Abschnitt allein aus eigener Kraft zu konzipieren und auszuarbeiten, sondern waren mit ausdrücklichem Beschluß des ZK-Sekretariats dazu ermächtigt worden, andere auf historischem Gebiet arbeitende Kräfte und Einrichtungen zur Unterstützung und Mitarbeit heranzuziehen. Entsprechend sahen nicht nur die Mitarbeiter des in besonderem Maße zuständigen Museums für deutsche Geschichte nach dessen Eröffnung ihre zentrale wissenschaftliche Aufgabe darin, ihren zu Bandautoren berufenen Vorgesetzten Meusel und Schreiner bei der Abfassung der geforderten Dispositionen zuzuarbeiten. Auch eine primär der Lehre gewidmete Einrichtung wie das Institut für die Geschichte des deutschen Volkes an der Humboldt-Universität beauftragte unmittelbar nach seiner Arbeitsaufnahme am 1. Juni 1952 nicht weniger als 16 seiner 26 wissenschaftlichen Mitarbeiter mit Forschungsarbeiten im Rahmen des von Institutsdirektor Kamnitzer zu bearbeitenden Lehrbuchabschnittes.³⁹ Die erhaltenen Institutsprotokolle vermitteln einen Eindruck von der straffen Organisierung dieser umfangreichen Themenforschung⁴⁰, deren Abgabe auf Ende November 1952 festgesetzt wurde⁴¹, und sie dokumentieren auch, welche Ausstrahlungskraft die durch sie provozierten Urteilsfragen bis in die Vorlesungen und Seminare an der Humboldt-Universität ausübten.⁴²

Das Resultat

Konnte das Autorenkollektiv dank dieser Anstrengungen den ehrgeizigen Erwartungen gerecht werden, die mit ihm bei seiner Konstituierung verbunden worden waren? Zwar

39 Humboldt Universität zu Berlin, Archiv Philosophische Fakultät – nach 1945 – (im folgenden HUB, Phil.Fak.), 85, Das Institut für die Geschichte des deutschen Volkes, seine Aufgaben und seine bisherige Entwicklung, o. D.; ebd., Zu den Arbeiten, die im Institut für die Geschichte des deutschen Volkes geleistet werden, o. D.

40 Die gestellten Themen lauteten beispielsweise: „Die preußische Heeresreform zwischen 1807 und 1812 sowie die Befreiung Deutschlands im Jahre 1813“, „Der Tilsiter Frieden und die Kontinental-sperre“, „Der Widerstand des deutschen Volkes gegen die französische Fremdherrschaft 1806–1812“, oder noch umfassender: „Geschichte Deutschlands von 1795–1803“. Ebd.

41 Ebd., Beschlüsse der Parteigruppenversammlung, 14.9.1952.

42 Vgl. hierzu den vom Institut zur Orientierung des ZK-Apparats aufgestellten Frage- und Antwort-Spiegel, der für die Zeit zwischen 1789 und 1815 nicht weniger als 28 Kardinalprobleme auflistete, so etwa unter Nr. 22: „Ist jeder Kampf gegen die französische Fremdherrschaft als Ausdruck des Patriotismus zu werten? Was bedeutet um diese Zeit ‚Patriotismus‘?“ Die niedergelegte Antwort lautete lapidar: „Noch ungeklärt.“ Ebd., Arbeitsbericht des Instituts für die Geschichte des deutschen Volkes, o. D.

sollten schließlich doch insgesamt sieben Jahre vergehen, bis 1959 als erster Beitrag der Band 4 der Lehrbuch-Reihe gedruckt vorlag, der die Zeit vom Ende des Dreißigjährigen Krieges 1648 bis zur Französischen Revolution 1789 behandelte.⁴³ Noch im selben Jahr aber erschienen zwei weitere Abschnitte des Lehrwerks⁴⁴, und ihnen folgten nacheinander die übrigen Einzelbände, bis 1969 die gesamte Lehrbuchreihe auf knapp 5 000 Druckseiten in zwölf Bänden und einheitlicher Ausstattung im Deutschen Verlag der Wissenschaften publiziert vorlag.⁴⁵ Eine gekürzte und überarbeitete Version in drei Teilbänden, die damit den ursprünglichen Gliederungsgedanken wiederaufnahm, schloß im Jahr darauf ein wissenschaftlich-publizistisches Gemeinschaftswerk ab, das sich im Ergebnis über zwei Generationen der DDR-Geschichtsschreibung hinweg gespannt hatte und in dem ganz im Sinne des ursprünglichen Konzeptes neben remigrierten Parteihistorikern der ersten Stunde auch Nachwuchsautoren gewesen waren, die ihre fachliche Ausbildung erst in der DDR absolviert hatten.⁴⁶ Wie sich zeigen sollte, trug das Hochschullehrbuch seinen Namen zu Recht; es wurde zum Standardwerk der universitären Fachausbildung, in der es eine fortan zentrale Pflichtlektüre bildete, und blieb auch in der wissenschaftlichen Forschung bis zum Ende der DDR unbestrittenes Eichmaß der fachlichen Praxis, wie sich an den Neuauflagen erwies, die durchweg alle Lehrbuchbeiträge erlebten.⁴⁷ Daß es auch über die engere Fachöffentlichkeit

-
- 43 Gerhard Schilfert, *Deutschland von 1648 bis 1789. (Vom Westfälischen Frieden bis zum Ausbruch der Französischen Revolution)*, Berlin (O) 1959.
- 44 Es handelte sich um die Abschnitte 1, 5 und 7: Karl-Heinz Otto, *Deutschland in der Epoche der Urgesellschaft (500 000 v. u. Z. bis zum 5./6. Jh. u. Z.)*; Joachim Streisand, *Deutschland von 1789 bis 1815 (Von der Französischen Revolution bis zu den Befreiungskriegen und dem Wiener Kongreß)*; Ernst Engelberg, *Deutschland von 1849 bis 1871 (Von der Niederlage der bürgerlich-demokratischen Revolution bis zur Reichsgründung)*, alle Berlin (O) 1959.
- 45 1961 erschienen als Bd. 6 und 9: Karl Obermann, *Deutschland von 1815 bis 1849 (Von der Gründung des Deutschen Bundes bis zur bürgerlich-demokratischen Revolution)*, u. Fritz Klein, *Deutschland von 1897/98 bis 1917 (Deutschland in der Periode des Imperialismus bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution)*. Der nächste Abschnitt des Lehrbuches, Bd. 2, wurde 1963 publiziert: Leo Stern/Hans-Joachim Bartmuß, *Deutschland in der Feudalepoche von der Wende des 5./6. Jh. bis zur Mitte des 11. Jh.*, Berlin (O). 1964 kamen als Bd. 2/2 und 2/3 heraus: Leo Stern/Horst Gericke, *Deutschland in der Feudalepoche von der Mitte des 11. Jh. bis zur Mitte des 13. Jh.*; Leo Stern/Eberhard Voigt, *Deutschland in der Feudalepoche von der Mitte des 13. Jh. bis zum ausgehenden 15. Jh.* 1965 schlossen sich als Bd. 3 und 8 an: Max Steinmetz, *Deutschland von 1476 bis 1648 (Von der frühbürgerlichen Revolution bis zum Westfälischen Frieden)*; Ernst Engelberg, *Deutschland von 1871 bis 1897 (Deutschland in der Übergangsperiode zum Imperialismus)*. 1967 erschien der mit 535 Druckseiten umfangreichste Beitrag, Bd.10, von Wolfgang Ruge, *Deutschland von 1917 bis 1933 (Von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zum Ende der Weimarer Republik)*. 1969 schließlich wurde die Lehrbuchreihe durch die Beiträge 11 und 12 abgeschlossen: Erich Paterna/Werner Fischer/Kurt Gossweiler/Gertrud Markus/Kurt Pätzold, *Deutschland von 1933 bis 1939 (Von der Machtübertragung an den Faschismus bis zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges)*; Wolfgang Bleyer/Karl Drechsler/Gerhard Förster/ Gerhart Hass, *Deutschland von 1939 bis 1945 (Deutschland während des zweiten Weltkrieges)*. Erscheinungsort aller Bände war Berlin (O).
- 46 *Deutsche Geschichte in drei Bänden. Bd. 1: Von den Anfängen bis 1789*, Berlin (O) 1965; *Bd. 2: Von 1789 bis 1917*, Berlin (O) 1965; *Von 1917 bis zur Gegenwart*, Berlin (O) 1970. Der dritte Band stützte sich allerdings nur in Teilen auf bereits veröffentlichte Lehrbuch-Beiträge (nämlich im Abschnitt 1917–1933 von Wolfgang Ruge) und übernahm für die Zeit nach 1945 die Kapitel 12 bis 15 der kurz zuvor erschienenen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ in einer von den jeweiligen Autoren überarbeiteten Form. Vgl. ebd., S. XIX, u. BA DR 1, 3681, Joachim Streisand, Gutachten zu Band III der „Deutschen Geschichte“, 29.9.1967.

hinaus weite Verbreitung fand, belegen die hohen Druck- und Verkaufszahlen, die für die Erstauflagen der Beiträge zwischen 8 000 und 20 000 Exemplaren lagen⁴⁸ und dennoch für manche Lehrbuchbeiträge schon kurz nach Erscheinen eine unveränderte Neuauflage erforderlich machten.⁴⁹ Auch die dreibändige Zusammenfassung wurde daher ungeachtet ihres jeweils gegen achthundert Seiten betragenden Umfangs mit 20 000 (für Band I und II) bzw. gar mit 30 000 Exemplaren (für Band III) aufgelegt.⁵⁰

Insofern entsprach das Erreichte dem Erhofften: Das Lehrbuch der deutschen Geschichte verschaffte der ostdeutschen Vergangenheitsverwaltung die sozialistische Variante der nationalen Meistererzählung, deren Fehlen den Vormarsch des neuen Geschichtsbildes in den fünfziger Jahren so nachhaltig behindert hatte. „Jeder Student der Geschichte und darüber hinaus jeder historisch Interessierte erhält einen Leitfaden der Geschichte unseres Volkes, der auf wissenschaftlichen Prinzipien fußt“, begrüßte das Neue Deutschland die Publikation der ersten Lehrbuch-Abschnitte. „Auch für die Forschung ist jetzt eine klarere Orientierung möglich. Jeder, der sich mit einem Einzelthema befaßte, war bisher genötigt, die allgemeinen Zusammenhänge der von ihm behandelten Teilereignisse selbst zu erarbeiten. Jetzt kann er sich auf die im Lehrbuch [...] vorliegenden, wenn auch natürlich keineswegs abschließenden Ergebnisse stützen.“⁵¹ So ergänzte das Lehrbuch die normierte Diskursordnung eines gebundenen Geschichtsdenkens um ein inhaltliches Interpretationsgefüge, das sachliche Kohärenz mit politischer Verbindlichkeit verschränkte und so das tragfähige Fundament einer Rekonstruktion historischer Wirklichkeit schuf, die allein von außen als – mehr oder

47 Eine Spitzenposition nahmen hier die Lehrbuchbeiträge von Obermann und Klein ein, die beide 1961 erschienen und es auf jeweils fünf Auflagen brachten. Vier Auflagen erlebten die Bände 2/1 (Stern/Bartmuß) und 5 (Streisand), während die Autoren der Bände 1 (Otto), 2/3 (Stern/Voigt), 4 (Schilfert), 7 (Engelberg), 10 (Ruge) sich mit je drei Auflagen zufriedengeben mußten. Lediglich zwei Auflagen erreichten die Bände 2/2 (Stern/Gericke), 3 (Steinmetz), 8 (Engelberg) und 12 (Bleyer/Drechsler/Förster/Hass). Über die Erstauflage nicht hinaus kam lediglich ein einziger Lehrbuch-Beitrag, nämlich Band 11 von Paterna/Fischer/Gossweiler/Markus/Pätzold.

48 Vgl. die entsprechenden Druckgenehmigungen für die einzelnen Lehrbuch-Beiträge in: BA DR 1, 3308, 3673, 3676, 3680, 3681.

49 So hieß es in der „Auflagenbegründung für die 2. unveränderte Auflage des Lehrbuchbeitrages: „Fritz Klein ‚Deutschland von 1897/98 – 1917‘“ des Lektorates Geschichte im Deutschen Verlag der Wissenschaften vom 8.11.1962: „Dieser Lehrbuchbeitrag ist als ein Teil des Lehrbuches der deutschen Geschichte ein lehrplangebundener Titel für die Ausbildung von Historikern und Lehrern an unseren Universitäten und Hochschulen. Darüber hinaus wird dieses Lehrbuch von weiten Kreisen an der Geschichte des deutschen Volkes interessierte[r] Menschen als wertvolles Arbeitsmittel genutzt. Die im Februar 1962 erschienene Verkaufsaufgabe von 9 036 Exemplaren wurde in sieben Monaten bis auf 36 Exemplare verkauft und gilt als vergriffen. Da der Titel zur Pflichtlektüre der Geschichts- und Lehrrstudenten gehört [...], ist eine 2. Auflage von 5 000 Expl. dringend notwendig. Auch diese 2. Auflage wird in 6–7 Monaten verkauft sein.“ BA DR 1, 3308)

50 Ebd., 3076, Druckgenehmigung für „Deutsche Geschichte“ in 3 Bänden, Bd. I, 8.8.1964. u. Bd. II, 6.11.1964; ebd., 3681, Druckgenehmigung für „Deutsche Geschichte“ in 3 Bänden, Bd. III, 21.11.1967.

51 Werner Müller, Die Grundfragen der Nation und das Lehrbuch der deutschen Geschichte. Zum Erscheinen eines Abschnitts des Lehrbuchs, in: Neues Deutschland, 17.6.1959. Und noch fast vierzig Jahre später attestierte Lehrbuch-Autor Engelberg dem Unternehmen im Rückblick, auch im innerdeutschen Vergleichsmaßstab Beachtliches geleistet zu haben: „Da ist schon einiges dargelegt worden, was die deutsche Historiographie noch nicht geleistet hatte.“ „Der Historiker muß auch mit sich selbst kämpfen“. Im Gespräch mit Prof. Dr. Ernst Engelberg, in: Disput 12/1998, S. 37–40, hier S. 38.

minder – künstlich, aus der Binnenperspektive aber als – mehr oder minder – natürlich wahrgenommen werden mußte.⁵²

Und dennoch verlief der innere Ausbau des historischen Herrschaftsdiskurses weit weniger reibungslos und geradlinig, als der Blick auf die Geschlossenheit der Darstellung und die breite Rezeption des Geschichtswerkes vermuten läßt. Erst eine nähere Betrachtung seiner Entstehungsgeschichte enthüllt, daß die Schaffung einer sozialistischen Meistererzählung der deutschen Geschichte mit Widersprüchen und Spannungen belastet war, die das nur scheinbar monolithische Geschichtsgebäude allzeit einsturzgefährdet sein ließen. Richtet man den Blick weg vom Erscheinungsbild des publizierten Produkts hin auf die einzelnen Aspekte seiner Produktion, so zeigt sich hinter der unzweifelhaften Erfolgsbilanz der vieljährigen Kräftekonzentration auf eine repräsentative und vielgelesene Gesamtdarstellung der deutschen Vergangenheit ein ganz anderes Bild des Planprojektes Meistererzählung: Es enthüllt die Geschichte einer gescheiterten Utopie, die als Modellversuch einer neuen sozialistischen Geschichtswissenschaft begann und im Verlauf der praktischen Realisierung von ihren inneren Widersprüchen eingeholt wurde, bis am Ende auch in der zweiten deutschen Geschichtswissenschaft der reale über den utopischen Sozialismus siegte.

Ich will diese Behauptung im folgenden an der Entwicklung von drei Verständigungsstandards des gebundenen Geschichtsdiskurses zu belegen suchen, die der Arbeit des Autorenkollektivs in der Zeit zwischen seiner formellen Konstituierung und der Beendigung

52 Denselben Befund illustriert der eindrucksvolle Gegensatz zwischen der Massen-Rezeption des Lehrbuch-Werkes im Osten und seiner fast gänzlichen Nicht-Beachtung im Westen Deutschlands. Eine Andeutung gibt bereits die von seiten des Verlages für die einzelnen Titel der Reihe eingeplante Exportquote, die schon in den Wunschvorstellungen der Druckgenehmigungsanträge in der Regel gerade einmal 2,5% und in keinem Fall mehr als 5% betrug. Auch in der Fachwelt wurde das Lehrbuch im wesentlichen mit Schweigen übergangen; weder in der HZ noch in der GWU wurde es rezensiert oder auch nur annotiert. Eine gewisse Aufmerksamkeit widmete ihm nur der in den Westen geflohene Mediävist Albrecht Timm in seinem mehrfach erweiterten Überblick über „Das Fach Geschichte in Forschung und Lehre in der sowjetischen Besatzungszone seit 1945“, Bonn/Berlin 1965, S. 31f. u. 64f. Sein deskriptiver Abriss trug allerdings primär Enthüllungscharakter – ebenso wie eine vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen veranlaßte Zusammenstellung der „Diskussionen um das ‚Lehrbuch der Geschichte Deutschlands‘ in der Sowjetzone“. In den Jahren davor hatten westdeutsche Fachkollegen zwar mehrfach auf den Aufbau des geplanten Lehrbuchs hingewiesen. Jürgen Hehn, Die Sowjetisierung des Geschichtsbildes in Mitteldeutschland, in: Europa-Archiv 19/1954, S. 6929–6938 u. 6973–6977, hier S. 6973ff.; Georg Stadtmüller, Die sowjetische Umdeutung der Geschichte, in: APZ B 24 (1958), S. 309–320, hier S. 312f.; Deuerlein, Das geschichtliche Deutschlandbild des Marxismus-Leninismus, S. 499; Die gleichwohl vorherrschende Distanz zum ostdeutschen Lehrbuch-Unternehmen artikuliert allerdings schon 1954 ein Beitrag in der Wochenzeitung das „Parlament“, der warnend annotierte, daß ein ostdeutsches Professorenkollektiv „radikal die bürgerliche Geschichtsschreibung umstürzen“ wolle, aber in der beabsichtigten Erarbeitung eines Lehrbuches für die Bedürfnisse des kommunistischen Staates nicht über die Disposition des ersten Teiles hinausgekommen sei. Pankow befahl ein neues Geschichtsbild, in: Das Parlament, 23.6.1954, S. 7. Der Artikel kam zu dem Schluß, daß es mit solchen Historikern weder gemeinsame Arbeiten noch gemeinschaftliche Publikationen und Diskussionen geben dürfe. Entsprechend fand der erste erschienene Lehrbuch-Band 1959 offenbar lediglich in einem einzigen bundesdeutschen Fachorgan die Aufmerksamkeit eines Rezensenten, und der erklärte überdies: „Aus Raumgründen mußte eine dringend notwendige, gründliche Analyse des ersten Lehrbuchbeitrages unterbleiben. Es ist Sache der zuständigen Fachhistoriker, sich mit ihm auseinanderzusetzen.“ R. P. Ullrich, „Nationale Geschichtsschreibung“. Zum Erscheinen des ersten Beitrages des Lehrbuches der deutschen Geschichte in der „DDR“, in: Ostbrief. Monatsschrift der Ostdeutschen Akademie 5 (1959) 13, S. 559–567, hier S. 567.)

seiner Arbeit teils explizit, teils implizit zugrunde lagen und die im Interesse der weiteren Verständigung hier kurz als Machbarkeitsutopie, als Kollektivitätsnorm und als Konsensideal bezeichnet werden sollen.

Der Verfall der Machbarkeitsutopie

Wenig deutet in den überlieferten Akten aus der Gründungsphase des Autorenkollektivs darauf hin, daß den Initiatoren die hoffnungslos große und im Verlauf der Institutionalisierung der Lehrbuch-Erarbeitung immer noch weiter verbreiterte Kluft zwischen dem fachlichen Anspruch und der gewährten Herstellungsfrist des Auftragswerks bewußt geworden war. Einzig Meusel hatte schon im April 1952 zu bedenken gegeben, daß es „wahrscheinlich unmöglich sein wird, das gesamte Lehrbuch bis zum Ende des Jahres 1953 zum Abschluß zu bringen“.⁵³ Wie wenig er mit dieser Warnung Gehör fand, bewiesen die anschließend fixierten Richtlinien für die Arbeit des Autorenkollektivs, die in groteskem Gegensatz zu der nun kaum mehr ein volles Jahr zubilligenden Terminsetzung den Auftrag der Partei an ihre Historiker über die bloße Schaffung eines brauchbaren Lehrkompendiums hinaus auf die umfassende Neubewertung der ganzen deutschen Historiographie erweiterten: „Im Rahmen der Ausarbeitung des Lehrbuches sind die Leistungen der bisherigen deutschen Geschichtsschreibung einer kritischen Überprüfung vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus zu unterziehen.“⁵⁴

Dieser naive Optimismus beschränkte sich nicht auf die Zunft der Historiker; die Radikalität des Modernisierungs- und Umgestaltungsdenkens ist ein wesentliches Merkmal, das den offensiven Sozialismus der Stalinzeit auch in der DDR von seiner defensiven Variante im sogenannten „Realsozialismus“ der Spätjahre unterscheidet. In diesem die erste Hälfte der fünfziger Jahre prägenden Glauben an die unumschränkte Beherrschung von Natur und Gesellschaft bewahrheitete sich Zygmunt Baumanns Diktum, „daß der Kommunismus die Moderne in ihrer entschlossensten Stimmung und entschiedensten Haltung“ war.⁵⁵ Er äußerte sich in dem stalinistischen Technikult, der auf Lenins berühmte Definition des Kommunismus als Sowjetmacht plus Elektrifizierung zurückging, ebenso wie in den technizistischen Machbarkeitsphantasien, die mit dem Sturm auf die Festung Wissenschaft auch den wissenschaftspolitischen Kurs der SED zu bestimmen begannen.⁵⁶ Sie gaben vor der Herrschaftskrise des Jahres 1953 das kulturelle Muster ab, das die Vorstellungen der Beteiligten über die rasche Verfügbarkeit eines neuen Geschichtsbildes prägte, in dem die

53 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/106, Alfred Meusel, Gutachten zu Fragen des Lehrbuches der deutschen Geschichte, 18.4.1952.

54 Ebd., Sektor Geschichte, [Zweiter] Entwurf der Richtlinien für die Ausarbeitung des Hochschullehrbuches der Geschichte des deutschen Volkes, 8.10.1952.

55 Zygmunt Bauman, *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*, Hamburg 1992, S. 326.

56 Vgl. zu diesem Aspekt der stalinistischen Legitimationskultur: Wolfgang Emmerich/Carl Wege (Hg.), *Der Technikdiskurs in der Hitler-Stalin-Ära*, Stuttgart/Weimar 1995, S. 1ff. – Das Allmachtsverständnis der sozialistischen Wissenschaft stalinistischer Prägung diskutieren am Beispiel des mit Lysenko verknüpften Streits um die Biologie: Anneli Hartmann/Wolfram Eggeling, „Das zweitrangige Deutschland“ – Folgen des sowjetischen Technik- und Wissenschaftsmonopols für die SBZ und die frühe DDR, in: ebd., S. 189–202.

Denktraditionen einer zweihundertjährigen Vor-Geschichte historischen Denkens gleichsam im Hegelschen Sinne aufgehoben waren: zugleich zerstört, bewahrt und auf eine höhere Stufe gehoben.

Dennoch war interessanterweise zunächst auch der Verlauf der Arbeit des Autorenkollektivs durchaus nicht dazu angetan, diese illusionäre Selbstüberschätzung zu korrigieren. Ganz im Gegenteil schien der den Autoren an die Seite gestellte fachliche Unterbau, der im Museum für deutsche Geschichte und in den einzelnen Universitätsinstituten die erforderlichen Zuarbeiten zu liefern hatte, den gestellten Anforderungen durchaus gerecht werden zu können. So konnte das Protokoll des Instituts für Geschichte des deutschen Volkes am 18. Dezember 1952 ungeachtet des Umstandes, daß der zuständige Bandautor Kamnitzer zum Jahresende einen fünfwöchigen Erholungsurlaub antrat und darüber hinaus auf ärztlichen Rat für drei Monate soweit wie möglich alle Arbeiten aufgeben sollte, beruhigt feststellen, daß es mit seinen Arbeiten für das geplante Lehrbuch völlig im Plan lag: „Mitte bis Ende Januar sollen die einzelnen Mitarbeiter die Arbeiten fertiggestellt haben. Der 10.5.1953 ist das Stichdatum, an dem die besprochenen und weiterbearbeiteten Teilthemen endgültig abgeschlossen ausgearbeitet vorliegen. Sommer bis Herbst 1953 wird die Arbeit zum Lehrbuch – die komprimierte Darstellung – geschrieben.“⁵⁷

Diese Feststellung blieb allerdings bloßes Wunschdenken. Wie sich zeigen sollte, wurde die Geschichte des Lehrbuchs zu einer endlosen Geschichte der Fristüberschreitungen und der Terminrevisionen. Kein einziger Bandautor konnte seine Disposition, wie in den „Richtlinien“ gefordert, zum 30. Juni 1953 vorlegen. Aus den zwei Erarbeitungsjahren, die das ZK in seinem Beschluß 1951 dem Werk bis zu seiner Fertigstellung hatte zugestehen wollen, wurden schließlich 17, bis das dreibändige Lehrbuch gedruckt vorlag. Es dauerte ein weiteres Jahr, bis 1969 der letzte gedruckte Beitrag der zwölfbändigen Reihe den Weg zu seinen Lesern finden konnte, und der geplante Schlußbeitrag über die deutsche Geschichte zwischen 1945 und 1952 entfiel schließlich ganz. Von den ursprünglich nominierten elf Bandautoren⁵⁸ legten am Ende nur vier, nämlich Ernst Engelberg, Karl Obermann, Erich Paterna und Leo Stern, tatsächlich einen Beitrag zum Lehrbuch vor, während die übrigen sieben zwischenzeitlich aus unterschiedlichen Gründen aus dem Autorenkollektiv ausschieden. Die Diskrepanz zwischen Sein und Sollen bestimmte weithin auch das Außenurteil über die Arbeit des Autorenkollektivs. Zeitgenössische Beobachter betonten das krasse Mißverhältnis von Aufwand und Ertrag⁵⁹, und vollends seit 1989 gilt das Lehrbuch

57 HUB, Phil.Fak. 85, Protokoll der Besprechung am 18.12.1952.

58 Es handelt sich um: Walter Bartel (Abschnitt 1945–1952), Ernst Engelberg (Abschnitt 1849–1871), Ernst Hoffmann (Abschnitt 1871–1918), Heinz Kamnitzer (Abschnitt 1789–1815), Alfred Meusel (Abschnitt 1450–1648), Karl Obermann (Abschnitt 1815–1849), Erich Paterna (Abschnitt 1918–1945), Gerhard Schilfert (Abschnitt 1648–1789), Albert Schreiner (Abschnitt 1945–1952) und Leo Stern (Abschnitt 800–1450), die jeweils für ihren Abschnitt der deutschen Geschichte allein- oder mitverantwortlich waren. Zu ihnen trat als weiterer Autor noch Kurt Hager mit einem eigenständigen Beitrag über Marx und Engels im Rahmen des von Obermann verantworteten Abschnittes. SAPMO-BA, DY 30/IV A 2/9.04/106, Sektor Geschichte, Die Autoren des Lehrbuchs für Geschichte des deutschen Volkes, 19.9.1952, u. Alfred Meusel, Bericht über die Arbeit des Autorenkollektivs für das Hochschullehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes, 13.4.1953.

59 „Wenn man aber bedenkt, daß jeweils 200–250 Seiten Text zunächst ohne Quellen und Literaturverzeichnis nur mit einem recht knappen Anmerkungsapparat von unterschiedlichem Sinn und Wert als ein in sieben Jahren gewonnenes Arbeitsergebnis eines ‚Kollektivs‘ vorgelegt werden, so erscheint dieses Ergebnis einem Außenstehenden recht mager.“ Timm, *Das Fach Geschichte*, S. 64.

als hervorragendes Beispiel für die „Ineffizienz sozialistischer Planungswissenschaft“⁶⁰ und die illusionäre Selbstüberhebung einer fachlich unterqualifizierten SED-Historikerschaft, die erst noch zu lernen hatte, „daß allein mit den Arbeiten der Klassiker ein Lehrbuch nicht zu schreiben war“.⁶¹

Doch waren die entscheidenden Ursachen für die zeitliche Verzögerung tatsächlich in der Inkompetenz der neuen Facheliten und in den Reibungsverlusten zu suchen, die das System einer keinem Wettbewerb ausgesetzten Großforschung und ihrer fehlenden Antriebe nach sich zogen? Offenbar lagen sie jedenfalls nicht darin begründet, daß die politischen Steuerungsinstanzen oder die mit der Aufgabe betrauten Historiker ihre Aufgabe nicht ernst genug genommen hätten. Das Verfasserkollegium konnte sich uneingeschränkt auf die personellen und institutionellen Ressourcen der im Aufbau befindlichen Geschichtswissenschaft der DDR stützen. Um den Weg vom Manuskript zum Druck zu verkürzen und um den Informationsfluß in die Fachöffentlichkeit zu sichern, nahmen auch der zuständige Abteilungsleiter im Verlag Volk und Wissen sowie die beiden Redaktionssekretäre der ZfG, Fritz Klein und Joachim Streisand, an den Tagungen des Autorenkollektivs teil. Über dessen Beratungen wurden seit dem März 1953 zudem durch zwei Protokollanten stenographische Mitschriften angefertigt, die jedem Autor eine detaillierte Orientierung über Verlauf und Ergebnisse der Besprechungen an die Hand gaben.

Eine auf der Hand liegende Ursache der alle Kalkulationen immer wieder über den Haufen werfenden Zeitprobleme, die das Lehrbuch-Unternehmen begleiteten, lag hingegen in dem enormen organisatorischen Aufwand, mit dem es betrieben wurde. So wuchs sich die bei Gemeinschaftswerken übliche Verständigung der einzelnen Autoren über eine einheitliche Gliederung und Gewichtung der Fragestellungen für ihre Teilabschnitte in diesem Fall zu einem eigenen Vorschaltprojekt aus, das in der Erstellung und Verabschiedung von sogenannten „Dispositionen“ für jeden Lehrbuch-Abschnitt bestand. Aus der Binnensicht der DDR-Geschichtswissenschaft „verstand (es) sich von selbst, daß vor der Niederschrift der Manuskripte für die einzelnen Bände die gründliche Beratung und Verständigung über deren Aufbau, also die Gliederung, und über die inhaltlichen Schwerpunkte, die Grundideen, den roten Faden stehen mußte“.⁶² In der Praxis bedeutete dies, daß sich allein die Behandlung der Dispositionen im Lehrbuch-Kollektiv über Jahre hinzog. Am 14. Oktober 1952 befaßten sich die versammelten Autoren zum erstenmal mit einer vorgelegten Disposition – nämlich mit der von Heinz Kamnitzer für den Abschnitt 1789–1815 –, und am 7. Juli 1954 stand mit der Diskussion des von Walter Bartel über den Abschnitt 1945–1949 vorgelegten Entwurfs das letzte Mal eine Disposition im Autorenkollektiv zur Diskussion. Dazwischen lagen nicht weniger als 20 weitere Beratungen, in denen jede einzelne Banddisposition ausführlich durchgesprochen und dem Autor mit Bearbeitungshinweisen zurückgegeben wurde, um zu einem späteren Zeitpunkt abermals in der Autorenrunde debattiert zu werden. Zu allen Dispositionen verfaßte Meusel als Vorsitzender ein ausführliches Gutachten, das in der Regel in einen „allgemeinen“ und einen „speziellen“ Teil gegliedert war und neben einer grundsätzlichen Kritik des vorgelegten Textes detaillierteste inhaltliche und sprachliche Einwände und Verbesserungsvorschläge enthielt. Sie stellten neben den in der Diskussion geltend gemachten Gesichtspunkten die Grundlage für die weitere Bearbeitung der Disposition durch ihren Autor und seine dienstlichen Mitarbeiter dar. Erst nach fast zwei

60 Kowalczyk, Legitimation, S. 254.

61 Ebd., S. 170. Ähnlich Neuhäuser-Wespy, Die SED und die Historie, S. 26.

62 Fischer, Zur Rolle des Autorenkollektivs, S. 17.

Jahren erlahmte die den Gliederungen zugewendete Kraft im Autorenkollektiv, so daß die zuletzt vorgestellte Disposition zur Zeit von 1945–1949 als einzige lediglich einmal behandelt wurde; über eine Reihe von Entwürfen beriet das Autorenkollektiv hingegen sogar dreimal und über die Disposition zum Abschnitt 1918–1945 nicht weniger als viermal.⁶³

In seinem ersten Arbeitsbericht konnte Meusel denn auch hervorheben, daß das Autorenkollektiv sich seit seiner Bestellung im Herbst des Jahres zuvor kontinuierlich alle zwei bis drei Wochen zu einer Sitzung zusammengefunden und über die sukzessive vorgelegten Dispositionen ertragreich beraten habe. Dennoch mußte er auch mitteilen, daß zu den Abschnitten für die Zeit ab 1871 erst ein einziger Entwurf – nämlich zur Zeit von 1918 bis 1945 – vorliege, während die Entwürfe der „älteren Abteilungen“ sämtlich bereits einmal oder mehrfach diskutiert worden seien. Als tieferen Grund machte der Vorsitzende die berufliche Überlastung der Verfasser aus, die sich der Arbeit am Lehrbuch in ihrer Freizeit widmen müßten: „Wenn die maßgebenden Stellen des Staates und der Partei nicht bald Maßnahmen treffen, die darauf hinauslaufen, die Mitarbeiter am Lehrbuch energisch zu entlasten, so werden die Folgen des jetzigen unbefriedigenden Zustandes sowohl in qualitativer Hinsicht wie in zeitlicher nicht zu vermeiden sein.“⁶⁴ Nur indirekt ließ sich aus dieser Äußerung entnehmen, daß Meusel sich durchaus darüber im klaren war, den festgelegten Abschlußtermin für die Gesamtgliederung im Juni keinesfalls einhalten zu können. Noch aber hoffte er offenbar ernsthaft, daß wenigstens „die Abschnitte, die die frühere Zeit behandeln, früher fertig sein werden als die neuzeitlichen Abschnitte“, und forderte zur Behebung der „ernsten Schwierigkeiten“, daß ihm ein wissenschaftlicher Sekretär für das Lehrbuch an die Seite gestellt werde, der die individuelle wissenschaftliche Betreuung der einzelnen Autoren übernehme.⁶⁵ Die zuständige ZK-Abteilung unterstützte Meusel auch hier, und am 1. September 1953 wurde, wie Meusel es gewünscht hatte, dem durch einschlägige Erfahrungen qualifizierten Roland Franz Schmiedt die Aufgabe eines verantwortlichen Referenten übertragen, der die Sitzungen des Autorenkollektivs vorzubereiten und die Abschnittsverfasser koordinierend und unterstützend zu begleiten hatte.⁶⁶

In seinem nächsten Arbeitsbericht – nun schon nach dem fixierten Termin für das Erscheinen des Gesamtwerks – mußte Meusel gleichwohl einräumen, daß die Arbeit nicht in erwartetem Maße vorangekommen sei: Zwar habe das Autorenkollektiv unterdes bereits 15 Mal getagt und den Schlußabschnitt des Lehrbuchs zeitlich abermals und diesmal bis 1954 erweitert, aber aufgrund verschiedener Umstände seien für die vier in Verzug geratenen Abschnitte, die der Vorbericht aufgeführt habe, immer noch keine Dispositionen vorgelegt worden. Meusel versuchte diesen Einbruch wettzumachen, indem er für den endgültigen Abschluß der Dispositionsberatungen nun mit dem 15. Mai des laufenden Jahres einen

63 „In manchen Fällen wurde eine 3. Vorlage der Disposition notwendig, da neue Probleme auftauchten bzw. die Umarbeitung den Anforderungen nicht entsprach.“ SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/107, Alfred Meusel, Bericht über den Stand der Arbeiten am Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes, 15.2.1954.

64 Ebd., 106, Alfred Meusel, Bericht über die Arbeit des Autorenkollektivs für das Hochschullehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes, 13.4.1953.

65 Ebd., Alfred Meusel an Ernst Diehl, 28.4.1953.

66 Fischer, Zur Rolle des Autorenkollektivs, S. 21. Schmiedt, seit 1949 am Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut tätig, war an zentraler Stelle an der Ausarbeitung neuer Schulgeschichtsbücher und Curricula beteiligt gewesen und hatte in der Erarbeitung von Lehrbriefen für das Fernstudium im Fach Geschichte Erfahrungen gesammelt, von denen er in seiner neuen Funktion in besonderem Maße profitieren konnte.

überaus knappen Termin setzte, und er stellte in Aussicht, daß dem Verlag die ersten Manuskripte am 1. Oktober 1954 und das letzte spätestens am 15. Februar 1955 zur Drucklegung übergeben werden könnten. Um diesen Termin zu erhalten, müßten die Manuskripte allerdings Zug um Zug in den nächsten Wochen bzw. Monaten fertiggestellt werden; den Anfang wollte Meusel selbst machen und seinen Lehrbuch-Abschnitt am 31. Mai zu Ende bringen. „Nach Fertigstellung des Manuskripts [...] erfolgt eine Besprechung des Abschnittes im Autorenkollektiv. Der Autor des Abschnittes ist verpflichtet, die Ergebnisse der Diskussion im engsten Zusammenwirken mit dem Vorsitzenden des Autorenkollektivs und dessen Referenten einzuarbeiten. Je nach Umfang der notwendigen Änderungen ist dafür eine Zeit von 1 bis 3 Monaten vorgesehen, wobei 3 Monate als äußerster Termin anzusehen sind.“⁶⁷ Meusel zeigte sich unter dieser Voraussetzung zuversichtlich, das Lehrbuch in allen drei Bänden noch im Verlauf des Jahres 1955 endgültig erscheinen zu lassen, sofern alle Lesehilfen einem vierten Anschlußband überantwortet würden.⁶⁸ Voraussetzung aber war eine abermalige Unterstützung durch die Fachaufsicht der SED, die um die Erfüllung der „unabdingbare[n] Forderung“ ersucht wurde, „daß alle Mitarbeiter am Lehrbuch, auch diejenigen, die mit der Abfassung von Teilabschnitten beauftragt sind, von jeglicher Arbeit befreit bleiben, die nicht unmittelbar mit dem Lehrbuch zusammenhängt“.⁶⁹

Wieder zeigten die staatlichen und parteilichen Führungsinstanzen sich kooperativ und veranlaßten, daß beispielsweise Schreiner als Abteilungsleiter des Museums für deutsche Geschichte „alle Erleichterungen“ zugestanden⁷⁰, Engelberg von seiner Funktion in der Zentralen Parteileitung der Universität Leipzig befreit⁷¹ und andere Autoren von ihren Verpflichtungen in der universitären Lehre entlastet oder doch wenigstens an die Grenzen ihrer Belastbarkeit erinnert wurden⁷²; für Kamnitzer und Obermann war bereits zuvor Arbeitsurlaub vereinbart worden.⁷³ Dennoch wäre es auf diese Weise nicht möglich gewesen, die Beratungen über die einzelnen Dispositionen immerhin im Sommer 1954 zum Abschluß zu bringen, wenn das Autorenkollektiv nicht auf seiner letzten Sitzung zu diesem Komplex übereingekommen wäre, den vorgelegten Entwurf zum Abschnitt 1945 bis 1945 in Gänze als inhaltlich ungenügend zurückzuweisen. Zwar wurde eine Fortführung der Diskussion

67 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/107, Alfred Meusel, Bericht über den Stand der Arbeiten am Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes, 15.2.1954.

68 „Es ist beabsichtigt, in einem 4. Band ein Personen- und Sachregister sowie eine Bibliographie, Bilder und Kartenmaterial herauszugeben. Dies in das Lehrbuch aufzunehmen, würde eine bedeutende Verzögerung des Erscheinungstermins bedeuten und die Kosten des Lehrbuches vergrößern.“ Ebd.

69 Ebd.

70 Ebd., 107, Autorenkollektiv für das Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes, Aktennotiz über die Einzelbesprechung des Gen. Prof. Dr. Schreiner in seiner Eigenschaft als Autor des Abschnittes 1918–1945 zum Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes am 29.10.54, 4.11.1954.

71 Ebd., Autorenkollektiv für das Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes, Aktennotiz über die Einzelbesprechung mit Gen. Prof. Dr. Engelberg in seiner Eigenschaft als Autor des Abschnittes 1851–1870 zum Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes am 29.10.1954, 5.11.1954.

72 Vgl. etwa folgende Notiz über die Arbeitsumstände von Leo Stern: „Die zusätzliche Arbeit, die Gen. Stern auszuführen hatte, und die voraussichtlich bis Anfang November abgeschlossen sein wird, stellt – wie Gen. Diehl ausführte – wirklich eine starke Belastung des Gen. Stern dar, an der aber Gen. Stern nicht unschuldig ist, da die Abt. Wissenschaft und Propaganda ihn mehrfach darauf hingewiesen hatte, daß es sehr schwer sein würde, beide Arbeiten zugleich zu erledigen.“ Ebd., Roland Franz Schmiedt, Aktennotiz über die Besprechung vom 21.10.54 zu Fragen des Lehrbuchs der Geschichte des deutschen Volkes, 25.10.1954.

73 Ebd.

über eine brauchbare Konzeption für die besonders heikle Nachkriegsgeschichte im Herbst des Jahres vereinbart⁷⁴; doch schließlich wurde die Disposition zu diesem Abschnitt des Lehrwerkes erst volle fünf Jahre später publiziert.⁷⁵

Mit der Beendigung dieser Etappe schienen allerdings die entscheidenden Hürden überwunden, die sich einer zügigen Beendigung der Lehrbucharbeit bislang in den Weg gestellt hatten. Am 15. Juli verhandelte der Sekretär des Autorenkollektiv mit Vertretern der ZK-Abteilung Wissenschaft und Propaganda über die Fristen der Manuskriptabgabe. Zwar wurde der Interessengegensatz zwischen dem auf Fertigstellung drängenden Parteiapparat und den auf Fristverlängerung bedachten Autoren überdeutlich, aber man einigte sich im Ergebnis auf Termine, die die endgültige Fertigstellung der Texte, nach Abschnitten gestaffelt, zwischen dem 15. Oktober des laufenden Jahres 1954 und dem 1. April 1955 vorsahen. Die anschließende Publikation der Texte aber wurde nun von einer Voraussetzung abhängig gemacht, die in den bisherigen Planungen keine wesentliche Rolle gespielt hatte: „Die Genossen der Abteilung Wissenschaft und Propaganda vertraten die Auffassung, daß es unbedingt notwendig sei, die Manuskripte im Autorenkollektiv zu diskutieren.“⁷⁶ Nach Abschluß dieses internen Verfahrens sollten dann in einem weiteren Schritt die Diskussionen über das Lehrbuch in die Öffentlichkeit getragen werden und im Frühsommer bzw. im Herbst 1955 zwei Tagungen veranstaltet werden, auf denen Historiker aus dem In- und Ausland Gelegenheit zu einer kritischen Diskussion über das als Manuskript gedruckte Gesamtwerk erhalten würden.

Als die Lehrbuch-Verantwortlichen im Oktober 1954 allerdings zu einer erneuten Besprechung mit den Geschichtsfunktionären des ZK zusammentrafen, hatte sich die Kluft zwischen den Forderungen der Partei an das Lehrbuch und der Leistungskraft seiner Verfasser abermals eher verbreitert als verringert. Man war in der Arbeit offenbar nicht nennenswert weitergekommen, und die Autorität des Vorsitzenden, der schon früher beklagt hatte, daß nicht alle Mitglieder des Autorenkollektivs ihre Teilnahmeverpflichtung an den laufenden Beratungen hinreichend ernst genug nähmen⁷⁷, hatte nicht ausgereicht, um die erklärte Priorität der Lehrbucharbeit gegenüber den Autoren tatsächlich durchzusetzen.⁷⁸ Wieder ließen die Behörden es an Unterstützung nicht fehlen. Sie zeigten sich bereit, Meusels Rücken zu stärken und den Druck auf die Autoren zu erhöhen: Es wurde „übereinstimmend festgestellt, daß es notwendig sei, mit den Autoren sobald wie möglich Einzelbesprechungen durchzuführen, an denen die Genossen der Abt. Wissenschaft und Propaganda, der Vorsitzende und der Sekretär des Autorenkollektivs sowie Gen. König vom Staatssekreta-

74 Ebd., Aktennotiz über die Besprechung am 13.7.1954 mit den Vertretern der Abteilung Wissenschaft und Propaganda beim Zentralkomitee der SED, 15.7.1954.

75 Fritz Köhler, Disposition und Thesen für den Beitrag zum Lehrbuch der deutschen Geschichte: Deutschland von der Befreiung vom faschistischen Joch bis zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, in: ZfG 7 (1953), S. 553–596.

76 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/107, Aktennotiz über die Besprechung am 13.7.1954 mit den Vertretern der Abteilung Wissenschaft und Propaganda beim Zentralkomitee der SED, 15.7.1954.

77 Ebd., Alfred Meusel, Bericht über den Stand der Arbeiten am Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes, 15.2.1954.

78 „Gen. Meusel stellte fest, daß eine Reihe von Autoren, vor allem die Gen. Stern, Obermann und Schilfert, in letzter Zeit zusätzliche Arbeiten übernommen bzw. größere Reisen unternommen haben, was sich ohne Zweifel auf die Fertigstellung des Lehrbuchabschnittes hemmend auswirken muß.“ Ebd., Aktennotiz über die Besprechung vom 21.10.54 zu Fragen des Lehrbuchs der Geschichte des deutschen Volkes.

riat für Hochschulwesen teilnehmen sollen“.⁷⁹ Diese Hilfeleistung hatte allerdings ihren Preis. In eben dem Maße, in dem der Auftraggeber dem Autorenkollektiv stärker zur Seite stand, beharrte er auch vernehmlicher auf der Erfüllung des gestellten Anspruchs, nicht eine bloße Kompilation individueller Beiträge zur deutschen Geschichte aus marxistischer Sicht zu erhalten, sondern ein einheitliches und in sich geschlossenes sozialistisches Geschichtsbild. Von einer neuen Meistererzählung aber war man nach Ansicht der Genossen aus dem ZK noch weit entfernt und hielt es in diesem fortgeschrittenen Stadium für angebracht, lediglich „über eine gewisse Vereinheitlichung des Lehrbuchs bezüglich seines Aufbaus und der Bezeichnung der einzelnen Abschnitte (Hauptabschnitt, Kapitel, Abschnitt, Ziffern und Buchstaben) zu diskutieren; es ist notwendig, in dieser Beziehung eine gewisse Einheitlichkeit zu erzielen.“⁸⁰ Neben diesen eher formalen Erwartungen hatte der Parteiapparat aber auch noch ein konzeptionelles Monitum, das sich auf die Klarheit des Aufbaus bezog: „Es wurde festgestellt, daß in den einzelnen Dispositionen lediglich chronologische Begrenzungen für die einzelnen Abschnitte gegeben, daß aber für die Abschnitte noch keine einschätzenden Überschriften gefunden wurden.“⁸¹ Das Verlangen klang harmlos, aber es stellte mit einem Mal den Aufbau des gesamten Unternehmens in Frage. Denn in fast allen Fällen folgte die pragmatische Gliederung des Lehrbuchs, so wie sie in den Richtlinien seinerzeit festgelegt worden war, den allgemein anerkannten Zäsuren der deutschen Geschichte. Aber für eine Bandteilung tat sie es eben nicht, wie nun kritisch bemerkt wurde: „Nur in einem Fall, nämlich bei dem Abschnitt von den Anfängen bis 1400 und von 1400 bis 1648 ist die Zäsur willkürlich gelegt; dieses Jahr bildet keinen entscheidenden Einschnitt in der Geschichte des deutschen Volkes.“

Das Ansinnen, die Abschnittsbildung im Lehrbuch nun doch auch gänzlich mit der Epochenenteilung der deutschen Geschichte zu harmonisieren, öffnete eine Pandorabüchse und sollte (für alle Beteiligten unerwartet) die Fertigstellung des Lehrbuchs um Jahre hinauszögern. Denn mit der Frage nach der eigentlichen Zäsur zwischen feudaler und bürgerlicher Gesellschaft war eine Debatte angestoßen, die nicht nur das bisher nicht wirklich erörterte Problem des eigentlichen Anfangs der deutschen Geschichte aufwarf, sondern auch die Grundfragen eines Geschichtsbildes berührte, das eben nicht mehr der klassischen Dreiteilung nach Altertum, Mittelalter und Neuzeit folgen sollte, sondern die gesetzmäßige Höherentwicklung von Gesellschaftsformationen zum Maßstab machte. Vor dem Autorenkollektiv stand also die Aufgabe einer grundsätzlichen Periodisierungsdiskussion, bevor die einzelnen Beiträge geschrieben werden konnten. „Zweck der Periodisierungsdiskussion muß es sein, eine prinzipielle Einschätzung der einzelnen Abschnitte vorzunehmen und die richtigen Überschriften für die einzelnen Abschnitte bzw. Kapitel des Lehrbuchs zu finden.“⁸² Deutlich schimmert in dieser Zielsetzung das Diskursideal einer „richtigen“ Erkenntnis durch, die es zu finden gelte, so gut sie sich auch im Gestrüpp der sich überlagernden und zuwiderlaufenden Ereignisse und Phänomene zu verbergen versuche. Hinter dem Wunsch der ZK-Genossen stand folglich die herkulische Aufgabe, einen theoretisch und empirisch gleichermaßen begründbaren Kriterienkatalog zu entwickeln, der die europäische Geschichte von ihren Anfängen bis zur Gegenwart nach einem einheitlichen Muster zu gliedern erlauben müßte. Nicht zuletzt würde sich dabei auch die Frage nach dem „richti-

79 Ebd.

80 Ebd.

81 Ebd.

82 Ebd.

gen“ Verhältnis zwischen nationaler und internationaler Zäsurenbildung stellen, das durch die Konkurrenz zwischen der deutschen Novemberrevolution von 1918 und der russischen Oktoberrevolution von 1917 als dem eigentlichen Epochenjahr in besonders zugespitzter Weise aufgeworfen wurde. Den Beteiligten war offenbar nicht bewußt, daß sie auf diese Weise nicht nur grundsätzliche Kontroversen beispielsweise über die Bedeutung nationaler Revolutionen für eine gesamteuropäische Epochengliederung, die angemessene Einbeziehung der vielfältigen regionalen und nationalen Ungleichzeitigkeiten oder den Umgang mit Übergangszeiten heraufbeschworen, sondern mit der Frage nach den Hauptabschnitten auch gleichzeitig das Problem der Binnenzäsuren innerhalb der jeweiligen Epochen neu thematisierten. Keine drei Wochen Zeit wollte man sich für diesen Komplex zugestehen, und beauftragte Schmiedt lapidar, „einen Entwurf auszuarbeiten, der die Grundlage für eine Diskussion im Autorenkollektiv zur Frage der Periodisierung der Geschichte des deutschen Volkes bilden soll. Als Termin für die Sitzung des Autorenkollektivs zu dieser Frage wurde der 9. November vorgesehen.“⁸³

In Wahrheit sollte fast ein volles Jahr verstreichen, bis ein entsprechender Entwurf auf dem Tisch lag und das Autorenkollektiv am 25. Oktober 1955 seine erste Beratung über „Periodisierung der Geschichte des deutschen Volkes“ abhielt.⁸⁴ In der Zwischenzeit vermochten alle staatlichen und parteilichen Appelle an die Arbeitsdisziplin der einzelnen Verfasser⁸⁵ nicht zu erreichen, daß die zugesagten Texte termingerecht geliefert wurden – wozu in nicht geringem Maße auch beitrug, daß die bislang geltende Abgrenzung der Beiträge ins Wanken geraten und manche Autoren unsicher geworden waren, welchen Zeitraum sie eigentlich zu behandeln hatten.⁸⁶ Daß von einer raschen Beendigung der sich nunmehr schon fast drei Jahre hinziehenden Arbeit des Autorenkollektivs angesichts dieser Umstände keine Rede mehr sein konnte, gab Schmiedt in seinem öffentlichen Rechenschaftsbericht für das Neue Deutschland vom Juni 1955 selbst zu verstehen. Im Grunde steckte das Unternehmen immer noch in den ersten beiden von insgesamt sechs Etappen fest, in die der wissenschaftliche Sekretär das Lehrbuch-Projekt einteilte. Demzufolge umfaßte die erste Etappe die Ausarbeitung und Verabschiedung der einzelnen Dispositionen sowie die bislang versäumte Epochenfixierung: „Es war ein Fehler, daß bisher noch keine Diskussion zur

83 Ebd.

84 Ebd., 108, Autorenkollektiv Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes an die Abt. Wissenschaft und Propaganda, 17.10.1955.

85 Vgl. etwa ebd., 107, Autorenkollektiv für das Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes, Aktennotiz über die Einzelbesprechung mit Gen. Prof. Dr. Engelberg in seiner Eigenschaft als Autor des Abschnittes 1851–1870 zum Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes am 29.10.1954, 5.11.1954.

86 So warf in seinem Einzelgespräch „Gen. Schreiner die Frage auf, ob sein Abschnitt mit der Oktoberkonferenz des Spartakusbundes beginnen solle. Gen. Meusel vertrat die Auffassung, daß die bisherige Abgrenzung richtig sei. Der vorausgehende Abschnitt schließt mit dem 29. Oktober 1918, dem Tag, an dem die Matrosen der Hochseeflotte den Befehl zum Auslaufen verweigern und somit das Signal zum Beginn der Revolution geben. Die Reichskonferenz des Spartakusbundes am 1. Oktober müßte im vorausgehenden Abschnitt des Lehrbuches behandelt werden. Im ersten Kapitel des dem Gen. Schreiner übertragenen Abschnittes des Lehrbuches wird unter der Überschrift „Die Aufgaben und Triebkräfte der Novemberrevolution“ die Vorgeschichte der Revolution und somit auch die Reichskonferenz des Spartakusbundes einführend in zusammenfassender Form behandelt.“ Ebd., Autorenkollektiv für das Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes, Aktennotiz über die Einzelbesprechung mit Gen. Prof. Dr. Schreiner in seiner Eigenschaft als Autor des Abschnittes 1918–1945 zum Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes am 29.10.54, 4.11.1954.

Periodisierung der Geschichte des deutschen Volkes stattgefunden hat. Das Autorenkollektiv beabsichtigt deshalb, in nächster Zeit diese für die deutsche Geschichtswissenschaft so wichtige Frage zu diskutieren.⁸⁷ Als zweite Etappe bezeichnete Schmiedt die fachöffentliche Diskussion der in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft veröffentlichten Dispositionen, die gegenwärtig noch anhalte, und skizzierte alsdann vier weitere Etappen, die das Unternehmen vor seinem endgültigen Abschluß noch zu bewältigen habe: Zur Umwandlung der in der Diskussion bestätigten oder modifizierten Disposition in einen fertigen Text sei zunächst „eine umfangreiche und zeitraubende Quellenforschung erforderlich, weil es keinesfalls genügt, die Ergebnisse der bürgerlichen Geschichtsschreibung neu zu interpretieren“. Erst im Anschluß an diese „viele Monate dauernde, äußerste Konzentration erfordernde Arbeit eines jeden Autors“ könnten in einer weiteren, vierten, Etappe die ausgearbeiteten Manuskripte im Autorenkollektiv unter Hinzuziehung weiterer Fachleute und Vertreter von Nachbarwissenschaften beraten werden. Der Behandlung im Verfasserkollegium müsse alsdann eine fünfte Etappe folgen, in der das Gesamtwerk in 1 500 Diskussionsexemplaren „an einen möglichst breiten Kreis von Historikern und Interessierten“ versandt und darüber hinaus auf einer internationalen Konferenz zur Diskussion gestellt werde, bevor es dann im Zuge einer sechsten Schlußetappe zu überarbeiten und als satzfertiges Manuskript an den Verlag zu geben sei. Desungeachtet wagten Meusel und sein Referent nicht, den Erscheinungstermin entsprechend weit in die Zukunft zu verlegen, sondern legten sich angesichts des politischen Drucks einerseits und der eigenen Leistungsgrenzen andererseits darauf fest, daß mit der Drucklegung des Lehrbuchs nach nunmehriger Planung im August 1956 begonnen werden solle.⁸⁸

Ständig steigende Erwartungen seitens der Parteiführung und ihrer Administration hatten dazu geführt, daß sich das Autorenkollektiv trotz aller aufgewendeten Mühe im Frühjahr 1955 dem angestrebten Ziel kaum näher wännen konnte als bei Arbeitsaufnahme. Die Parteiführung quittierte das offensichtliche Unvermögen der „Genossen Historiker“, die geforderte Meistererzählung zu schaffen, mit zunehmender Ungeduld. Auf dem IV. Parteitag der SED Anfang April 1954 verlangte Ulbricht kategorisch, daß die Abfassung der Geschichte des deutschen Volkes „in möglichst kurzer Frist“ abzuschließen sei.⁸⁹ Als die Parteiführung der SED im Sommer desselben Jahres die seit dem ZK-Plenum von 1951 erreichten Veränderungen im Fach Geschichte bilanzierte, demonstrierte sie mit der Bedeutung, die die sozialistische Diktatur der Herrschaft über die Vergangenheit einräumte, zugleich auch die realitätsferne Maßlosigkeit des Machbarkeitsglaubens, der der seinerzeitigen ZK-Forderung zur raschen Schaffung eines verbindlichen neuen Geschichtsbildes zugrunde gelegen hatte. Im Juli 1955 faßte das Politbüro einen über mehrere Monate hinweg in immer neuen Fassungen vorbereiteten Beschluß über „Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik“⁹⁰, der auch das Lehrbuch

87 Schmiedt, Das Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes (2. Entwurf).

88 Ebd.

89 Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der SED. 30. März bis 6. April 1954, Berlin (O) 1954, S. 62.

90 SAPMO-BA, DY 30/J IV 2/2/428, Protokoll Nr. 31/55 der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees am 5. Juli 1955, Anl. Nr. 1. Der „Geschichtsbeschluß“ wurde nur in einer gekürzten Fassung veröffentlicht: Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. V, Berlin (O), S. 337–368. Zu seiner Genese und Bedeutung vgl. Horst Haun, Der Geschichtsbeschluß

gen“ Verhältnis zwischen nationaler und internationaler Zäsurenbildung stellen, das durch die Konkurrenz zwischen der deutschen Novemberrevolution von 1918 und der russischen Oktoberrevolution von 1917 als dem eigentlichen Epochenjahr in besonders zugespitzter Weise aufgeworfen wurde. Den Beteiligten war offenbar nicht bewußt, daß sie auf diese Weise nicht nur grundsätzliche Kontroversen beispielsweise über die Bedeutung nationaler Revolutionen für eine gesamteuropäische Epochengliederung, die angemessene Einbeziehung der vielfältigen regionalen und nationalen Ungleichzeitigkeiten oder den Umgang mit Übergangszeiten heraufbeschworen, sondern mit der Frage nach den Hauptabschnitten auch gleichzeitig das Problem der Binnenzäsuren innerhalb der jeweiligen Epochen neu thematisierten. Keine drei Wochen Zeit wollte man sich für diesen Komplex zugestehen, und beauftragte Schmiedt lapidar, „einen Entwurf auszuarbeiten, der die Grundlage für eine Diskussion im Autorenkollektiv zur Frage der Periodisierung der Geschichte des deutschen Volkes bilden soll. Als Termin für die Sitzung des Autorenkollektivs zu dieser Frage wurde der 9. November vorgesehen.“⁸³

In Wahrheit sollte fast ein volles Jahr verstreichen, bis ein entsprechender Entwurf auf dem Tisch lag und das Autorenkollektiv am 25. Oktober 1955 seine erste Beratung über „Periodisierung der Geschichte des deutschen Volkes“ abhielt.⁸⁴ In der Zwischenzeit vermochten alle staatlichen und parteilichen Appelle an die Arbeitsdisziplin der einzelnen Verfasser⁸⁵ nicht zu erreichen, daß die zugesagten Texte termingerecht geliefert wurden – wozu in nicht geringem Maße auch beitrug, daß die bislang geltende Abgrenzung der Beiträge ins Wanken geraten und manche Autoren unsicher geworden waren, welchen Zeitraum sie eigentlich zu behandeln hatten.⁸⁶ Daß von einer raschen Beendigung der sich nunmehr schon fast drei Jahre hinziehenden Arbeit des Autorenkollektivs angesichts dieser Umstände keine Rede mehr sein konnte, gab Schmiedt in seinem öffentlichen Rechenschaftsbericht für das Neue Deutschland vom Juni 1955 selbst zu verstehen. Im Grunde steckte das Unternehmen immer noch in den ersten beiden von insgesamt sechs Etappen fest, in die der wissenschaftliche Sekretär das Lehrbuch-Projekt einteilte. Demzufolge umfaßte die erste Etappe die Ausarbeitung und Verabschiedung der einzelnen Dispositionen sowie die bislang versäumte Epochenfixierung: „Es war ein Fehler, daß bisher noch keine Diskussion zur

83 Ebd.

84 Ebd., 108, Autorenkollektiv Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes an die Abt. Wissenschaft und Propaganda, 17.10.1955.

85 Vgl. etwa ebd., 107, Autorenkollektiv für das Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes, Aktennotiz über die Einzelbesprechung mit Gen. Prof. Dr. Engelberg in seiner Eigenschaft als Autor des Abschnittes 1851–1870 zum Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes am 29.10.1954, 5.11.1954.

86 So warf in seinem Einzelgespräch „Gen. Schreiner die Frage auf, ob sein Abschnitt mit der Oktoberkonferenz des Spartakusbundes beginnen solle. Gen. Meusel vertrat die Auffassung, daß die bisherige Abgrenzung richtig sei. Der vorausgehende Abschnitt schließt mit dem 29. Oktober 1918, dem Tag, an dem die Matrosen der Hochseeflotte den Befehl zum Auslaufen verweigern und somit das Signal zum Beginn der Revolution geben. Die Reichskonferenz des Spartakusbundes am 1. Oktober müßte im vorausgehenden Abschnitt des Lehrbuches behandelt werden. Im ersten Kapitel des dem Gen. Schreiner übertragenen Abschnittes des Lehrbuches wird unter der Überschrift ‚Die Aufgaben und Triebkräfte der Novemberrevolution‘ die Vorgeschichte der Revolution und somit auch die Reichskonferenz des Spartakusbundes einführend in zusammenfassender Form behandelt.“ Ebd., Autorenkollektiv für das Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes, Aktennotiz über die Einzelbesprechung mit Gen. Prof. Dr. Schreiner in seiner Eigenschaft als Autor des Abschnittes 1918–1945 zum Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes am 29.10.54, 4.11.1954.

Periodisierung der Geschichte des deutschen Volkes stattgefunden hat. Das Autorenkollektiv beabsichtigt deshalb, in nächster Zeit diese für die deutsche Geschichtswissenschaft so wichtige Frage zu diskutieren.⁸⁷ Als zweite Etappe bezeichnete Schmiedt die fachöffentliche Diskussion der in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft veröffentlichten Dispositionen, die gegenwärtig noch anhalte, und skizzierte alsdann vier weitere Etappen, die das Unternehmen vor seinem endgültigen Abschluß noch zu bewältigen habe: Zur Umwandlung der in der Diskussion bestätigten oder modifizierten Disposition in einen fertigen Text sei zunächst „eine umfangreiche und zeitraubende Quellenforschung erforderlich, weil es keinesfalls genügt, die Ergebnisse der bürgerlichen Geschichtsschreibung neu zu interpretieren“. Erst im Anschluß an diese „viele Monate dauernde, äußerste Konzentration erfordernde Arbeit eines jeden Autors“ könnten in einer weiteren, vierten, Etappe die ausgearbeiteten Manuskripte im Autorenkollektiv unter Hinzuziehung weiterer Fachleute und Vertreter von Nachbarwissenschaften beraten werden. Der Behandlung im Verfasserkollegium müsse alsdann eine fünfte Etappe folgen, in der das Gesamtwerk in 1 500 Diskussionsexemplaren „an einen möglichst breiten Kreis von Historikern und Interessierten“ versandt und darüber hinaus auf einer internationalen Konferenz zur Diskussion gestellt werde, bevor es dann im Zuge einer sechsten Schlußetappe zu überarbeiten und als satzfertiges Manuskript an den Verlag zu geben sei. Desungeachtet wagten Meusel und sein Referent nicht, den Erscheinungstermin entsprechend weit in die Zukunft zu verlegen, sondern legten sich angesichts des politischen Drucks einerseits und der eigenen Leistungsgrenzen andererseits darauf fest, daß mit der Drucklegung des Lehrbuchs nach nunmehriger Planung im August 1956 begonnen werden solle.⁸⁸

Ständig steigende Erwartungen seitens der Parteiführung und ihrer Administration hatten dazu geführt, daß sich das Autorenkollektiv trotz aller aufgewendeten Mühe im Frühjahr 1955 dem angestrebten Ziel kaum näher wähen konnte als bei Arbeitsaufnahme. Die Parteiführung quitierte das offensichtliche Unvermögen der „Genossen Historiker“, die geforderte Meistererzählung zu schaffen, mit zunehmender Ungeduld. Auf dem IV. Parteitag der SED Anfang April 1954 verlangte Ulbricht kategorisch, daß die Abfassung der Geschichte des deutschen Volkes „in möglichst kurzer Frist“ abzuschließen sei.⁸⁹ Als die Parteiführung der SED im Sommer desselben Jahres die seit dem ZK-Plenum von 1951 erreichten Veränderungen im Fach Geschichte bilanzierte, demonstrierte sie mit der Bedeutung, die die sozialistische Diktatur der Herrschaft über die Vergangenheit einräumte, zugleich auch die realitätsferne Maßlosigkeit des Machbarkeitsglaubens, der der seinerzeitigen ZK-Forderung zur raschen Schaffung eines verbindlichen neuen Geschichtsbildes zugrunde gelegen hatte. Im Juli 1955 faßte das Politbüro einen über mehrere Monate hinweg in immer neuen Fassungen vorbereiteten Beschluß über „Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik“⁹⁰, der auch das Lehrbuch

87 Schmiedt, Das Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes (2. Entwurf).

88 Ebd.

89 Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der SED. 30. März bis 6. April 1954, Berlin (O) 1954, S. 62.

90 SAPMO-BA, DY 30/J IV 2/2/428, Protokoll Nr. 31/55 der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees am 5. Juli 1955, Anl. Nr. 1. Der „Geschichtsbeschluß“ wurde nur in einer gekürzten Fassung veröffentlicht: Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. V, Berlin (O), S. 337–368. Zu seiner Genese und Bedeutung vgl. Horst Haun, Der Geschichtsbeschluß

betrifft: „Die wichtigste und vordringlichste Forschungsaufgabe der marxistischen Historiker in der Deutschen Demokratischen Republik ist gegenwärtig die Fertigstellung des Lehrbuchs der Geschichte des deutschen Volkes.“⁹¹ Genauere Festlegungen finden sich in einer nicht veröffentlichten Passage des „Geschichtsbeschlusses“: „Das Zentralkomitee legt als Termin für die Drucklegung des Lehrbuches spätestens den 1.12.1956 fest. Es erwartet, daß nunmehr keine weiteren Terminverzögerungen zugelassen werden und das Werk qualifiziert fertiggestellt wird.“⁹² In der Sache war die Parteiführung ihren Historikern mit dieser Formulierung sogar noch entgegengekommen, denn in den vorangegangenen Entwürfen zum „Geschichtsbeschluß“ hatte es noch geheißen: „Das Politbüro mißbilligt das leichtfertige Verhalten der Genossen Kamnitzer, Engelberg und anderer Autoren zu den ihn[en] gestellten Terminen für die Lehrbucharbeit und legt als Termin für die Drucklegung des gesamten Manuskripts spätestens den 1. 8.1956 fest.“⁹³

Auf der anderen Seite aber ging das Politbüro souverän darüber hinweg, daß noch nicht ein einziges Beitragsmanuskript vorlag, und erklärte „die breite Entfaltung des Meinungsstreites [...] über die Hauptprobleme der Geschichte des deutschen Volkes“ zum „Wichtigste[n] bei der weiteren Arbeit am Lehrbuch“.⁹⁴ Ebenso erhielt der ganze Katalog der an das Lehrbuch gestellten Forderungen, der in der zurückliegenden Zeit auf der Ebene der ZK-Administration ins Spiel gebracht worden war, nun die Autorität eines Politbüro-Beschlusses: „Die von den verschiedenen Autoren nach den Dispositionen ausgearbeiteten Manuskripte über die einzelnen Abschnitte des Lehrbuches müssen vom Autorenkollektiv unter Hinzuziehung eines breiten Kreises weiterer Spezialisten gründlich diskutiert werden. Dabei ist darauf zu achten, daß die Sammelbände ‚Marx-Engels-Lenin-Stalin zur deutschen Geschichte‘ und die Beschlüsse der Partei den einzelnen Abschnitte zugrunde liegen und die Ergebnisse der Geschichtswissenschaft der UdSSR und der volksdemokratischen Länder ausgewertet werden. Der gründlichen Behandlung der im Abschnitt B dieses Beschlusses behandelten Probleme der Geschichte des deutschen Volkes und der Beziehungen zu den anderen Völkern ist größte Aufmerksamkeit zu schenken. Die in den Lehrbuchdispositionen festgelegte Periodisierung der deutschen Geschichte muß vom ganzen Kollektiv gründlich beraten werden. Das Lehrbuch muß im Rahmen der Darstellung des historischen Ablaufs die hauptsächlichlichen feindlichen Einstellungen und Verfälschungen der Geschichte Deutschlands widerlegen und zerschlagen.“⁹⁵

der SED 1955. Programmdokument für die „volle Durchsetzung des Marxismus-Leninismus“ in der DDR-Geschichtswissenschaft, in: *Berichte und Studien*, hg. vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden, Nr. 7 (1996), Dresden 1996; Neuhäuser-Wespy, *Die SED und die Historie*, S. 26ff.; Kowalczyk, *Legitimation*, S. 229ff.

91 Die Verbesserung der Forschung und Lehre, S. 355.

92 SAPMO-BA, DY 30/J IV 2/2/428, Protokoll Nr. 31/55 der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees am 5. Juli 1955, Anl. Nr. 1, S. 21f.

93 Ebd., IV 2/9.04/90, Die Aufgaben der Geschichtswissenschaft nach dem IV. Parteitag, 3. Fassung, o. D.

94 Die Verbesserung der Forschung und Lehre, S. 355.

95 Ebd., S. 355f. Der erwähnte Abschnitt B des Beschlusses befaßte sich mit den ideologischen Hauptaufgaben der Geschichtswissenschaft in der DDR und rubrizierte darunter die Grundprobleme des historischen Materialismus, die führende Rolle der Arbeiterklasse, das Wirken der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten und die Entlarvung der volksfeindlichen Politik der herrschenden Klassen besonders in Westdeutschland.

Es verwundert nicht, daß das elfköpfige Autorenkollektiv diesen umfassenden Erwartungen in der eingeräumten Frist nicht genügen konnte, auch wenn es allein in der Zeit zwischen dem November 1955 und Mai 1956 nicht weniger als 17 überwiegend ganztägige Arbeitssitzungen zum Periodisierungsproblem und nun erstmals auch schon zu abgeschlossenen Textfassungen veranstaltete.⁹⁶ Doch gerade dadurch zeichnete sich am Ende des Jahres 1955 ein neues Problem ab: Während die Beiträge zur deutschen Geschichte zwischen 1648 und 1871 bereits in ihrem ersten vollständigen Textentwurf vorlagen oder sogar schon beraten worden waren, beschränkte sich der Arbeitsstand anderer Autoren besonders zur Geschichte des 20. Jahrhunderts immer noch auf bloße Materialsammlungen.⁹⁷ Meusel sah sich daraufhin zu einem abermaligen Appell an den Parteiapparat veranlaßt: „Ferner bitte ich um Unterstützung der Abt. Wissenschaft und Propaganda im Hinblick darauf, daß die Arbeit am Lehrbuch endlich als die *vordringlichste* Arbeit der Genossen Autoren angesehen wird. Ich bitte, dies nunmehr bei der Erteilung neuer Aufgaben an die Genossen Autoren zu berücksichtigen sowie den Antrag einiger Genossen Autoren auf Erteilung eines Arbeitsurlaubes zur Umarbeitung der Lehrbuchmanuskripte zu unterstützen, da ohne diese Erleichterung die Fertigstellung der Arbeiten ernstlich gefährdet ist.“⁹⁸ Folgenreicher als dieser Rückgriff auf abgenutzte Rezepte war sein gleichzeitiger Antrag, das Lehrbuch nicht, wie im „Geschichtsbeschuß“ festgelegt, als geschlossenes Werk im Manuskriptdruck zur Diskussion zu stellen, sondern in seinen einzelnen Abschnitten gesondert zu veröffentlichen: „Die Manuskripte werden weiterhin im Autorenkollektiv unter Hinzuziehung von Fachwissenschaftlern diskutiert, erscheinen jedoch unter dem Namen des Autors und werden als Beitrag zum Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes besonders gekennzeichnet.“⁹⁹ Dies war in der Tat der einzige gangbare Ausweg, um das Gesamtunternehmen nicht an der Säumigkeit einzelner Mitglieder des Verfasserremiums scheitern zu lassen, und das ZK-Sekretariat verfügte entsprechend einer Vorlage der Abteilung Wissenschaft und Propaganda im April 1956 formell eine entsprechende Abänderung seines Beschlusses vom Juli 1955, da „die Arbeit an den einzelnen Abschnitten des Lehrbuches ungleichmäßig vorangeht“.¹⁰⁰

96 Vgl. Helas, Zur Rolle des Autorenkollektivs, S. 14. – Einen Eindruck von der nach dem SED-Geschichtsbeschuß intensivierten Diskussion im Autorenkollektiv vermittelt der vom wissenschaftlichen Sekretär am 25.10.1955 vorgelegte Arbeitsplan für den Rest des Jahres:

„1.11. Abschnitt Schilfert

8.11. Evtl. Fortsetzung der Diskussion zum Abschnitt Schilfert und Beginn der Periodisierungsdiskussion [...]

15.11. Periodisierungsdiskussion über den Abschnitt 1789 bis zur Gegenwart

29.11. Abschnitt Streisand

6.12. Abschnitt Obermann (ohne den Teil 1806–1814)

13.12. Abschnitt Obermann (Fortsetzung der Diskussion)

20.12. Abschnitt Engelberg

3.1. Abschnitt Engelberg“. SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/108, Autorenkollektiv Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes an die Abt. Wissenschaft und Propaganda, 25.10.1955.

97 Vgl. zu den Hintergründen der „Tatsache, daß ab 1955 die Ungleichmäßigkeit des Tempos der Arbeit an den einzelnen Lehrbuchbeiträgen zunahm“: Helas, Zur Rolle des Autorenkollektivs, S. 17ff.

98 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/108, Alfred Meusel an die Abt. Wissenschaft und Propaganda, 1.2.1956 (Hervorhebung im Original).

99 Ebd.

100 Ebd., Abt. Wissenschaft und Propaganda, Vorlage an das Sekretariat des Zentralkomitees, 20.4.1956.

Die Zustimmung der Parteiführung zu dieser essentiellen Veränderung des ursprünglichen Lehrbuchgedankens hatte Meusel nicht zuletzt mit der – eigens in der Neufassung des Beschlusses fixierten – Versicherung erkaufte, daß unter den geänderten Voraussetzungen die fertiggestellten Manuskripte vom Sommer des Jahres an laufend an den Verlag übergeben würden und die ersten Beiträge noch im Jahre 1956 erscheinen könnten. Seine Absichtserklärung blieb jedoch einmal mehr Makulatur. Vergeblich wartete der Verlag 1956 und auch 1957 auf den Eingang des ersten publikationsreifen Manuskripts, wozu die ideologische Verunsicherung im Gefolge des XX. Parteitags der KPdSU ebenso beitrug wie der schleppende Fortgang der Periodisierungsdiskussion, in die sich der oberste Diktator im Oktober 1956 mit einer massiven Kritik an den „viele[n] primitive[n] und oberflächliche[n] Formulierungen“ des vorgelegten Periodisierungsentwurfs selbst einschaltete.¹⁰¹ Rückblickend charakterisierte die Abteilung Wissenschaften diesen Zustand so: „In den Jahren 1956/57 war jedoch die Lage so, daß während der Zeit der Auseinandersetzungen mit den revisionistischen und objektivistischen Erscheinungen in der Geschichtswissenschaft nach dem XX. Parteitag der KPdSU die Zielstrebigkeit in der Lehrbucharbeit fast zum Erliegen gekommen ist.“¹⁰² Am 30. August 1957 wandte sich die Abteilung Wissenschaften im ZK empört an den formellen Auftraggeber des Unternehmens, das Staatssekretariat für Hochschulwesen: „Inzwischen schreiben wir das Jahr 1957 und es ist nicht abzusehen, wann dieses Lehrbuch erscheinen wird. Bisher hat kein einziger Autor seinen Abschnitt der Öffentlichkeit übergeben. [...] Wir sind der Meinung, daß weder die Organe des Zentralkomitees noch die Regierung diesen Zustand länger hinnehmen können.“¹⁰³ Um eine grundsätzliche Änderung zu erzielen, schlug der Leiter der Abteilung Wissenschaften im ZK, Johannes Hörnig, gleich ein ganzes Bündel an Maßnahmen vor, die einmal der Reorganisation der infolge einer Erkrankung Schmiedts daniederliegenden Arbeit im Autorenkollektiv dienen, zum anderen den Autoren durch eine Kombination von Vergünstigungen und Drohungen beikommen sollten: „Den Autoren muß nachdrücklich erklärt werden, daß Partei und Regierung nicht mehr länger gewillt sind, auf das Hochschullehrbuch als Instrument der sozialistischen Erziehung unserer studentischen Jugend zu verzichten.“¹⁰⁴

Als Grundlage dieses individuell abzustimmenden Verfahrens wurden abermalige Statusgespräche mit jedem Autor gewählt, die das Staatssekretariat allerdings erst im März 1958 veranstaltete. In der Zwischenzeit hatte sich die historiographische Landschaft der DDR grundlegend verändert. Der Einbruch von antidogmatischen Liberalisierungstendenzen in die ostdeutsche Geschichtswissenschaft war in einer Anfang 1957 begonnenen Kampagne gegen „Objektivismus“ und „Revisionismus“ abgewehrt worden, die in langwierigen Auseinandersetzungen mit Jürgen Kuczynskis Behauptung einer sozusagen „objektiven Parteilichkeit“ kulminierte, aber auch zu einem substantiellen Revirement in der Redaktion der ZfG führte und die wissenschaftspolitische Position der Abteilung Wissenschaften weiter stärkte. Geschwächt hingegen wurde in dieser Auseinandersetzung die Position von Alfred Meusel, der selbst massiv zu einer Distanzierung von Kuczynski genötigt wurde und tatenlos zusehen mußte, daß mit Fritz Klein und Joachim Streisand zwei seiner engsten Schüler

101 Ebd., Walter Ulbricht an Kurt Hager, 18.10.1956.

102 Ebd., IV 2/9.01/11, Vorlage an die Ideologische Kommission des Politbüros, 30.5.1962.

103 Ebd., IV 2/9.04/108, Abt. Wissenschaften an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, 30.8.1957.

104 Ebd.

Opfer der parteilichen Disziplinierungskampagne wurden.¹⁰⁵ Auch unabhängig von dieser Kräfteverschiebung hatte sich zwar nicht die Bedeutung des Lehrbuchs, aber doch der Stellenwert der Diskussionen im Autorenkollektiv zu ändern begonnen, nachdem mit dem 1. März 1956 das Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften seine Tätigkeit aufgenommen hatte. Mehrere Lehrbuchabschnitte waren fortan über ihre verantwortlichen Verfasser so direkt mit den einzelnen Abteilungen des neuen Geschichtsinstituts verknüpft – dessen Gründungsdirektor Karl Obermann wurde, daß in seinem Leitungsgremium die Auffassung vorherrschte, das neue Haus sei „um das Lehrbuch herum geschaffen“ worden.¹⁰⁶ Mehr und mehr übernahm das Institut für Geschichte in der Folgezeit, wie auch öffentlich in der ZfG gefordert, die bisher allein vom Autorenkollektiv und seinem Sekretär geleistete Koordinierungs- und Betreuungsfunktion.¹⁰⁷

Unter diesen Umständen konnten die von staatlicher Seite anberaumten Statusgespräche tatsächlich eine verlässlichere Planungsgrundlage bieten, als dies alle bisherigen Absichtserklärungen vermocht hatten. Wie sich bei ihnen zeigte, hatte als einziger von allen elf Autoren Gerhard Schilfert sein Manuskript zum Zeitraum 1648 bis 1789 bereits abgegeben. Auch die Abschnitte 1789 bis 1815, 1815 bis 1848 und 1848 bis 1871 standen offenbar kurz vor dem Abschluß, und die übrigen waren nach Auskunft ihrer Verfasser doch immerhin so weit gediehen, daß sie durch Gewährung von Arbeitsurlaub wirksam bei der Fertigstellung unterstützt werden konnten. Tatsächlich erhielt kurz darauf Schilferts Beitrag die Druckfreigabe, so daß 1959 nach achtjähriger Arbeit der erste Teil des Kompendiums der Öffentlichkeit übergeben werden konnte. Als das Autorenkollektiv im Februar 1962 zu einer grundsätzlichen Beratung über den Fortgang der Lehrbucharbeit zusammentrat, ließ der Umstand, daß in der Zwischenzeit immerhin bereits fünf weitere Abschnitte erschienen waren, darauf hoffen, daß das Unternehmen nun tatsächlich in überschaubarer Zeit abgeschlossen werden könnte, auch wenn es durch Alfred Meusels Tod 1960 seines eigentlichen Motors beraubt worden war. Um diese Schwächung auszugleichen, folgte das Autorenkollektiv im Februar 1962 dem Willen des Staatssekretariats für Hochschulwesen, den bisherigen wissenschaftlichen Sekretär Schmiedt abzulösen, der mit dem Tode Meusels seines wichtigsten Mentors beraubt war und offenkundig für den so schleppenden Fortgang des Vorhabens haftbar

105 Fritz Klein, durch seine Nähe zur Dissidentengruppe um Wolfgang Harich und Walter Janka ins Visier der Parteiführung geraten, wurde auf Beschluß der Abteilung Wissenschaften im März 1958 als Chefredakteur der ZfG entlassen, und aus ihrem Redaktionskollegium mußte zugleich der durch seine Zustimmung zu den „revisionistischen“ Auffassungen Ernst Blochs in Ungnade gefallene Joachim Streisand ausscheiden. (Zu den näheren Umständen vgl. zuletzt: Neuhäuser-Wespy, *Die SED und die Historie*, S. 46ff.) Wie nah besonders Klein dem Vorsitzenden des Autorenkollektivs stand, illustriert Meusels wohlmeinende Kritik an Kleins erstem Entwurf seines Beitrags zum Lehrbuchabschnitt 1871–1918, der bei aller folgenden Sprachkritik hervorhebt: „Ich habe Deinen Beitrag zu dem Abschnitt 1871–1918 mit großer Genugtuung gelesen. Die Arbeit ist klar gegliedert, wohl proportioniert und behandelt die wichtigsten zeitgeschichtlichen Fragen. Sie zeichnet sich durch treffende und gleichzeitig wohl abgewogene Formulierungen aus, die sich von den üblichen Übertreibungen und unbewiesenen Behauptungen auf das vorteilhafteste unterscheiden. Dazu kommt, daß Du ein wirklich klares und anschauliches Bild von der Zuspitzung der inneren und äußeren Gegensätze entwirfst, die zum ersten Weltkrieg führten und in ihm zum Ausdruck kamen.“ Ebd., Alfred Meusel an Fritz Klein, 30.6.1955.

106 ABBAW, ZIG 457, Parteigruppensitzung der Institutsleitung, 1.10.1959.

107 Gegenwartsaufgaben der Geschichtswissenschaft in der DDR, in: ZfG 5 (1957), S. 449–455, hier S. 454.

gemacht wurde.¹⁰⁸ Sein Nachfolger wurde Streisand, der aufgrund einer entsprechenden Neufassung der für das Autorenkollektiv verbindlichen „Richtlinien“ zum eigentlichen Kopf der Lehrbucharbeit avancierte, nachdem einer Einschätzung der Parteiführung zufolge „in der Vergangenheit in bezug auf die Gesamtverantwortung für das Lehrbuch große Unklarheiten bestanden“.¹⁰⁹ Das Gremium verpflichtete sich in seinem neuen Statut, „die Arbeit an den Beiträgen im wesentlichen bis zum Ende des Jahres 1962 abzuschließen“, und traf präzise Absprachen über Abgabetermin und Umfang der noch ausstehenden Abschnitte.¹¹⁰

Doch auch diese Fristen mußten noch mehrfach verlängert werden¹¹¹, und dies nicht zuletzt, weil die sämtlich noch ausstehenden Beiträge für die deutsche Geschichte zwischen 1917 und der Gegenwart mit den mittlerweile unter Ulbrichts Vorsitz angelaufenen Arbeiten zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu kollidieren begannen.¹¹² Denn mit der Bildung eines weiteren zentralen Autorengremiums zur kommunistischen Parteigeschichte war plötzlich eine Gefahr entstanden, die den Nutzen der verordneten Meistererzählung in ihr Gegenteil verkehren konnte: daß nämlich zwei gleichermaßen autoritative, aber inhaltlich voneinander abweichende Darstellungen einander gegenseitig dementierten, statt die geforderte „Klarheit über das nationale Geschichtsbild der Gesamtgeschichte des deutschen Volkes“ zu schaffen.¹¹³ Eine der ersten Handlungen des neuen wissenschaftlichen Sekretärs bestand daher in einer Bitte an das Büro des Politbüros, dem Autorenkollektiv vorab ein Exemplar des noch unveröffentlichten „Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ zur Verfügung zu stellen, der die Leitlinien der unter Ulbricht entstehenden Parteigeschichte fixieren sollte: „Da die Autoren der Abschnitte 1917–1923, 1924–1933, 1933–1939 und 1939–1945 mit der Abfassung dieser Beiträge beschäftigt sind [...], würde unsere Arbeit natürlich wesentlich erleichtert werden, wenn wir bereits jetzt den Grundriß kennen lernen und ihn als Grundlage für unsere Arbeit verwenden können.“¹¹⁴

Ulbricht kam Streisands Wunsch zwar nach, verlangte aber gleichzeitig, „mit der Veröffentlichung weiterer Abschnitte des Lehrbuches der deutschen Geschichte bis nach der Diskussion im Zentralkomitee zu warten“.¹¹⁵ Unübersehbar war das über mehr als ein Jahr-

108 ABBAW, ZIG 676/1, Protokoll der Sitzung des Autorenkollektivs „Lehrbuch der deutschen Geschichte“ vom 9. Februar 1962; SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.01/11, Vorlage an die Ideologische Kommission des Politbüros, 30.5.1962. Schmiedts Ersetzung hatte die Abt. Wissenschaften bereits schon 1957 unter vorgeblicher Rücksicht auf eine schwere Krankheit des Sekretärs einzufädeln versucht, war mit diesem Vorhaben aber offenbar an Meusels Widerstand gescheitert. Ebd., IV 2/9.04/108, Abt. Wissenschaften an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, 30.8.1957.

109 Ebd., Notiz über eine Beratung in der Ideologischen Kommission des Politbüros am 2. Juni 1962.

110 ABBAW, ZIG 676/1, Entwurf Richtlinien für die Arbeit des Autorenkollektivs „Lehrbuch der deutschen Geschichte“, o. D.

111 Vgl. etwa ebd., Notiz über eine Besprechung im Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen am 15. November 1962.

112 „Unter Berücksichtigung des Standes der Arbeit an der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung können Termine für die Vorlage der Entwürfe derjenigen Beiträge, die die deutsche Geschichte nach 1917 behandeln, vereinbart werden. Bei der Arbeit an diesen Beiträgen darf aber keine Beeinträchtigung der Fertigstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eintreten.“ Ebd., Protokoll der Sitzung des Autorenkollektivs „Lehrbuch der deutschen Geschichte“ vom 14. Februar 1964.

113 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.01/11, Vorlage an die Ideologische Kommission des Politbüros, 30.5.1962.

114 Ebd., NY 4182/1362, Joachim Streisand an ZK der SED, Büro des Politbüros, 28.2.1962.

115 Ebd., Walter Ulbricht an Joachim Streisand, 30.3.1962.

zehnt nicht zum Abschluß gelangte Lehrbuch unter veränderten ideologischen Voraussetzungen ins Hintertreffen geraten und das Autorenkollektiv auf diese Weise seiner einst führenden Stellung in der Geschichtswissenschaft enthoben worden. Eben dies demonstrierte im weiteren die Ideologische Kommission beim Politbüro, die entsprechend einem späteren Beschluß des Politbüros für „die Grundfragen der wissenschaftlich-theoretischen und ideologischen Arbeit der Partei“ zuständig war und den Fortgang des Lehrbuchs im Juni 1962 in ihre Beratung über einen Forschungsplan für die Geschichtswissenschaft aufnahm, um das weitere Schicksal der unterdes eingestellten Arbeiten für die Abschnitte von 1917 bis zur Gegenwart zu klären.¹¹⁶ Man wußte sich einig, „daß vor der Veröffentlichung der Beiträge zur neuesten Geschichte (insbesondere seit 1917) zu sichern ist, daß zwischen den im Lehrbuch vertretenen Auffassungen und Darstellungen und der zu erarbeitenden Parteigeschichte Übereinstimmung besteht“.¹¹⁷ Um „die Berücksichtigung der Ergebnisse des 16. ZK-Plenums und die Abstimmung mit den grundsätzlichen Darlegungen in der Parteigeschichte“ zu sichern, wurde beschlossen, daß die Lehrbucharbeit zur neuesten Geschichte zwar nun doch weiter fortgesetzt, die fertigen Manuskripte aber vor Abgabe an den Verlag einer mehrstufigen Revision unterzogen werden sollten: „Diese Abschnitte dürfen nicht ohne vorherige Beratung mit den verantwortlichen Genossen des Autorenkollektivs [zur Parteigeschichte] erscheinen und sind nach dem Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu überarbeiten und danach der Ideologischen Kommission einzureichen.“¹¹⁸

Ungeachtet dieser Auflagen wurden schließlich auch die der deutschen Geschichte von 1917 bis 1933 bzw. von 1933 bis 1945 gewidmeten Bände des Lehrbuchs schließlich fertiggestellt. Nur der den Nachkriegsabschnitt der deutschen Geschichte behandelnde Lehrbuch-Beitrag, der zunächst von 1945 bis 1949, dann bis 1952 und zuletzt bis 1961 hatte reichen sollen und jahrelang von Parteiseite mit besonderem Nachdruck gefordert worden war¹¹⁹, wurde schließlich abgebrochen, nachdem auch ein letzter Fertigstellungstermin 1966 nicht hatte gehalten werden können und der Bearbeiter selbst resignierte: „Da die Lehrbücher im nächsten Jahr erscheinen sollen, ist es infolge des Standes der Forschung nicht möglich, über die ‚Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung‘ hinauszugehen. [...] Ein Versuch, etwas Neues zu bringen, setzt umfangreiche konzeptionelle Überlegungen und Diskussionen voraus, die in dieser Zeit nicht zu bewältigen sind.“¹²⁰

Bevor aber noch 1969 der letzte Teil des nunmehr aus zwölf Bänden bestehenden Lehrbuchs in den Druck ging, hatte das Werk Konkurrenz aus dem eigenen Haus bekommen, nachdem der wissenschaftliche Sekretär im Glauben, daß die seinerzeit als bloße Voraufgabe zur öffentlichen Diskussion gedachten Einzelabschnitte in Kürze sämtlich publiziert sein

116 Zit. b. Neuhäuser-Wespy, *Die SED und die Historie*, S. 64. Zur Arbeit der Ideologischen Kommission siehe ebd., S. 64ff.

117 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.01/11, Notiz über eine Beratung in der Ideologischen Kommission des Politbüros am 2. Juni 1962.

118 Ebd., Protokoll der Beratung der Ideologischen Kommission beim Politbüro 11/62, 2.6.1962.

119 Das Neue Deutschland beispielsweise nahm das Erscheinen des ersten Beitrags 1959 zum Anlaß, um besorgt nachzufragen, warum in der gleichzeitigen Ankündigung der Folgebände ausgerechnet die Gegenwartsgeschichte durch Abwesenheit glänze: „Die Abschnitte über die jüngere und jüngste Vergangenheit fehlen in dieser Aufführung. Zwar wird an ihnen gearbeitet, aber wird es nicht Zeit, jetzt mit vereinten Kräften an ihre rasche Fertigstellung heranzugehen?“ Müller, *Die Grundfragen der Nation*.

120 ABBAW, ZIG 676/1, Joachim Streisand an Leo Stern, 7.6.1967.

müßten, das ursprüngliche Erscheinungskonzept wieder aufgenommen und die – gekürzten – Beiträge zu einem dreibändigen Lehrbuch zusammenzuführen begonnen hatte. Dieses Kompendium, das „in der endgültigen Fassung einfach ‚Deutsche Geschichte‘ heißen (soll), da die Bezeichnung des Werkes als Lehrbuch den Leserkreis unnötig verengt“¹²¹, erschien am Ende parallel zu den letzten Bänden der Einzelbeiträge, deren Diskussionsergebnis es eigentlich hätte sein sollen, und vermittelte so noch einmal augenfällig die Diskrepanz zwischen Intention und Wirklichkeit, die die bald zwanzigjährige Entstehungsgeschichte des Lehrbuchs von Anfang bis Ende begleitet hatte.

Das Gemeinschaftsideal in der Praxis

Anders als die von Anfang an zur Realität in erkennbarem Widerspruch tretende Machbarkeitsutopie schien die das Lehrbuch-Projekt wissenschaftsorganisatorisch tragende Idee einer sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zunächst sichtbaren Erfolg zu zeitigen. Ein kollektiver Diskussionsprozeß begleitete die Entstehung des Werkes von der Festlegung der Eckdaten für jeden Band über die Erarbeitung der Dispositionen bis zum Abschluß des druckfähigen Manuskriptes. Im Rückblick auf den guten Fortgang dieser aus seiner Sicht innovativen und wegweisenden Arbeitsmethode des Autorenkollektivs konnte Schmiedt 1955 das Kollektivitätsideal zu einem zentralen Kriterium für Erfolg oder Mißerfolg des Unternehmens erklären: „Die Qualität des Lehrbuches wird wesentlich davon abhängen, ob es gelingen wird, [...] ein echtes Kollektiv zu schaffen, in dem der einzelne sich für das Gelingen des ganzen Werkes und nicht nur für seinen eigenen Abschnitt mitverantwortlich fühlt.“¹²² Dieses Kollektivideal bedeutete mehr als die bloße Bündelung getrennter Einzel-forschung; es spiegelte die adäquate Organisationsform der neuen, sozialistischen Geschichtswissenschaft, die die in individueller Konkurrenz zersplitterte Erkenntnistätigkeit der bürgerlichen Tradition überwunden wußte und im neuen Geschichtsdiskurs Geschlossenheit gegen Vereinzelung setzte. Lehrbuch-Sekretär Schmiedt kannte keine nationalen Diskrepanzen oder Statusunterschiede zwischen Berufshistorikern und Laien mehr, wenn er das Lehrbuch zur Aufgabe eines sozialistischen Kollektivs im weitesten Sinne erklärte: „Das Autorenkollektiv dankt allen, vor allem den sowjetischen, tschechoslowakischen, polnischen und ungarischen Historikern, die durch wertvolle Hinweise die Arbeit gefördert haben.“¹²³

121 Ebd., Protokoll der Sitzung des Autorenkollektivs „Lehrbuch der deutschen Geschichte“ vom 5. April 1963.

122 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/108, Schmiedt, Das neue Lehrbuch (2. Entwurf).

123 Schmiedt, Das neue Lehrbuch. Von der emphatischen Kraft dieses Ideals im historischen Fachdiskurs zeugten in gleicher Weise die Stellungnahmen von Gutachtern zu den fertigen Texten, wie etwa aus dem folgenden Gesamturteil über den Beitrag von Schilfert hervorgeht: „Die Arbeit bringt zu den einzelnen Gebieten eine Reihe von neuen und fruchtbringenden Erkenntnissen, die die Einzelforschung sicherlich anregen wird, aber einen geschlossenen Eindruck der Periode 1648–1789 vermittelt sie noch nicht. [...] Ein subjektiver Wertmesser kann in dieser Gesamteinschätzung nicht liegen, da ein Historiker erst nach jahrzehntelanger Einzelforschung den Blick für die Hauptentwicklungslinien einer Epoche in vollem Umfange besitzt. Da in unserem Falle die ausgiebige Einzelforschung fehlt, muß das Kollektiv das Fehlende ersetzen.“ HUB, Phil. Fak. [nach 1945], Nr. 75, [Lothar Berthold], Bemerkungen zum Mskr. 1648–1789, o. D.

Entscheidend für den Erfolg der gemeinsamen Anstrengung aber blieb natürlich, inwieweit das von der Parteiführung eingesetzte Arbeitsgremium die Kraft aufbrachte, das tradierte Selbstverständnis der nur sich selbst und ihrem Gewissen verantwortlichen Fachgelehrten in der täglichen Praxis entschlossen hinter sich zu lassen. Am Bewußtsein für die Bedeutung und Signalwirkung dieses Kampfes fehlte es nicht: „An der Schaffung dieses Kollektivs mitzuhelfen, ist die *erste Pflicht jedes* von der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung unseres Arbeiter- und Bauernstaates zur Mitarbeit berufenen Historikers.“¹²⁴ Das Pathos dieses Appells läßt durchblicken, daß die geforderte Gemeinschaftsarbeit einen Wessenzug des neuen Geschichtsdiskurses bildete, der jenseits aller organisatorischen Aspekte die Substanz der Wahrheitsfindung selbst tangierte. Ebenso wie die Amalgamierung von Wissenschaft und Politik im historischen Herrschaftsdiskurs des SED-Staates die Vetokraft der Quellen zu relativieren vermochte, so verminderte das Kollektivitätsideal die Verantwortung des einzelnen Autors für die Interpretation der historischen Zeugnisse. Niemand hat dieses gleich zweifach anders gewebte Grundmuster des Umgangs mit der Vergangenheit in der DDR präziser benannt als Ulbricht selbst. Im selben Jahr, als das Autorenkollektiv seine Arbeit am Lehrbuch aufnahm, rügte er die schlechte Qualität der Geschichtsbücher in der DDR, ohne die Verantwortung dafür allein den Fachleuten aufzubürden: „Wir fangen nicht mit der Kritik bei euch an, sondern bei uns. Wir können nicht von euch verlangen, daß ihr die Geschichtsfragen der einzelnen Perioden der deutschen Geschichte richtig ausarbeitet. Das kann nur ein Kollektiv unter Leitung des Politbüros machen; anders geht es nicht.“¹²⁵

Entsprechend machten auch die Rechenschaftsberichte des Autorenkollektivs Parteilichkeit und Kollektivität der Arbeit gleichermaßen zum Erfolgskriterium ihrer Zwischenbilanzen: „Die Diskussionen zu den Dispositionen hatten meist ein hohes wissenschaftliches Niveau. Es traten keine objektivistischen [!] Tendenzen in Erscheinung. Die Diskussion trug jedoch nicht immer kämpferischen Charakter, sie wurde gelegentlich durch persönliche Rücksichten beeinträchtigt. Manche Probleme wurden nicht völlig ausdiskutiert. [...] Die Diskussion und die gemeinsame Aufgabenstellung haben bereits dazu beigetragen, die Bildung eines Kollektivs anzubahnen. Es ist jedoch notwendig, diese Ansätze weiter zu entwickeln, damit ein *wirkliches* Kollektiv entsteht. Hierin sehen der Vorsitzende des Autorenkollektivs sowie sein Referent eine besonders wichtige Aufgabe in der nächsten Zeit. Die Schaffung eines wirklichen Autorenkollektivs ist eine notwendige und unabdingbare Voraussetzung für die Lösung der Aufgaben dieses Kollektivs.“¹²⁶

Doch die prominente Rolle, die das Kollektivitätsgebot im Selbstverständnis des Lehrbuch-Projekts spielte, bedeutet noch nicht, daß das Autorenkollektiv ihm auch in adäquater Weise nachzukommen vermochte. In seinem Rechenschaftsbericht vom Frühjahr 1955 hatte Schmiedt Lob und Tadel zu verteilen. Vorbildlich habe insbesondere Albert Schreiner, „der fast keine Sitzung versäumte und seine Diskussionsbeiträge gründlich vorbereitete“, seine Pflichten als Mitglied des Kollektivs erfüllt und ein gewaltiges Pensum auch der Vorsit-

124 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/108, Schmiedt, Das neue Lehrbuch (2. Entwurf) (Hervorhebungen im Original).

125 Walter Ulbricht, Die ideologisch-politisch-organisatorische Arbeit der Partei und die Vorbereitung der II. Parteikonferenz. Rede auf der 8. Tagung des ZK der SED vom 21. bis 23. Februar 1952, o. O. o. J., S. 167. Vgl. Kowalczyk, Legitimation, S. 211.

126 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/107, Alfred Meusel, Bericht über den Stand der Arbeiten am Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes, 15.2.1954 (Hervorhebung im Original).

zende des Autorenkollektivs absolviert, „der nicht nur jede Sitzung leitete, sondern auch wertvolle Anregungen und Hinweise gab“. Auf der anderen Seite, so gab Schmiedt zu verstehen, hätten die bisher 26 ausführlichen Beratungen des Kollektivs zu Fragen der Dispositionen offenbar einige Autoren auch überfordert, was folglich über den eigenen Beitrag hinaus auch die Qualität der Gesamtleistung gemindert und den eigenen Kollektivitätsanspruch unterlaufen habe: „Zweifelloos wäre die Beratung von größerem Erfolg begleitet gewesen, wenn alle Autoren regelmäßig an den Sitzungen teilgenommen und sich noch gründlicher vorbereitet hätten. Es wurde verabsäumt, den Dispositionen ein einheitliches Gepräge zu geben; somit besteht die Kritik unserer tschechoslowakischen Freunde zu Recht, daß die Dispositionen noch zu sehr die Züge des Autors tragen.“¹²⁷

In dem schließlich im „Neuen Deutschland“ veröffentlichten Bericht zum Stand der Lehrbuch-Arbeit fehlte diese selbstkritische Einschätzung, und auch in allen anderen Fällen wurden Abweichungen vom gesetzten Kollektivitätsstandard in der Lehrbuch-Entwicklung nur intern gerügt.¹²⁸ Aber auch Außenstehenden konnte nicht verborgen bleiben, daß sich das Verfasserergremium des Lehrbuchs wahrhaftig nicht zu dem erhofften Historikerkollektiv der neuen Geschichtswissenschaft zusammengeschlossen hatte, sondern im Gegenteil seine inneren Spannungen von Jahr zu Jahr wuchsen, bis am Ende das Ideal einer gemeinschaftlich geschaffenen Meistererzählung von der Wirklichkeit der fachlichen und persönlichen Diskrepanzen zur Kapitulation gezwungen wurde. Ein solches Signal setzte bereits die eingangs erwähnte Fluktuation der Bandbearbeiter. So führte allein die mehrfach veränderte Konzeption des Gesamtwerkes dazu, daß neue Autoren – wie 1955 Karl-Heinz Otto zur Behandlung der Vor- und Frühgeschichte – in das Verfasserkollegium berufen oder auch aus ihm verabschiedet wurden – wie 1966 Heinz Heitzer mit dem Verzicht auf den Beitrag zur deutschen Zeitgeschichte nach 1945.¹²⁹ Die lange Zeitdauer des Unternehmens brachte es mit sich, daß auch im Autorenkollektiv ein natürlicher Generationswechsel stattfand. Die um 1900 geborene Gruppe der Remigranten um Stern, Meusel und Schreiner wurden sukzessive um jüngere Historiker ergänzt und teils abgelöst, die wie Streisand, Klein und Max Steinmetz ihre fachliche Ausbildung erst in der DDR abgeschlossen hatten oder wie Hans-Joachim Bartmuß, Horst Gericke oder Erhard Voigt aus einer von dem ursprünglichen Bearbeiter selbst ins Leben gerufenen (Zu-)Arbeitsgruppe entstammten. Der Tod des Kollektiv-Vorsitzenden Meusel zu einem Zeitpunkt, als erst vier der insgesamt zwölf Lehrbuch-Beiträge erschienen waren, markierte 1960 eine entscheidende Zäsur, die im weiteren auch die Ablösung Schmiedts als wissenschaftlicher Sekretär nach sich zog und die Gewichte in der Arbeit des Autorenkollektivs ganz neu verteilte. Doch auch zuvor hatte sich ein erhebliches Gefälle zwischen den einzelnen Mitgliedern der Autorengruppe gezeigt. Während etwa Engelberg, aber auch Obermann nach dem Ausfall des ursprünglich vorgesehenen Autors zusätzliche Abschnitte zu übernehmen in der Lage waren, erwiesen sich andere als unfähig, jenseits deklaratorischer Überlegungen überhaupt nur diskussionsfähige Vorlagen zu liefern. Zu ihnen zählte Kurt Hager, der zu dem von ihm übernommenen Teilabschnitt über

127 Ebd., 108, Schmiedt, Das neue Lehrbuch (1. Entwurf) (Hervorhebungen von mir; M. S.).

128 Im Februar 1954 hielt sich der Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden hier noch denkbar allgemein: „Es muß in aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß nicht alle Mitglieder des Autorenkollektivs regelmäßig an den Sitzungen teilnahmen. Darin zeigt sich eine Unterschätzung der außerordentlichen Bedeutung der Arbeit am Lehrbuch.“ Ebd., 107, Alfred Meusel, Bericht über den Stand der Arbeiten am Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes, 15.2.1954.

129 Vgl. ebd., Alfred Meusel an den Staatssekretär für Hochschulwesen, 1.3.1955.

Marx und Engels in der Revolution von 1848 nichts weiter als mehrfache Titeländerungen beizusteuern vermochte und sich schließlich als Autor streichen lassen mußte. Aber auch der als besonders unbeugsamer Dogmatiker in Erscheinung getretene Ernst Hoffmann, stellvertretender Lehrstuhlleiter am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und Wortführer der „Antirevisionismus“-Kampagne von 1957/58, konnte zu dem von ihm geforderten neuen Geschichtsbild keinen eigenen Beitrag liefern. Da er „wegen Überarbeit und schlechter Gesundheit“¹³⁰ trotz immer neuer Fristverlängerungen nicht imstande war, eine Disposition zu seinem Abschnitt 1871 bis 1918 auszuarbeiten, erklärte Meusel sich bereit, „einen ersten Entwurf, der im wesentlichen ohne E. Hoffmanns Mitwirkung zustande gekommen war, gemeinsam mit der Abteilung 1871 bis 1918 im Museum für deutsche Geschichte durchzuarbeiten und zu verbessern“.¹³¹ In der Folge ging die Erarbeitung der Disposition zu diesem Lehrbuchabschnitt ganz auf die Museumsabteilung über, während Hoffmann als verantwortlicher Autor ausschied. Er wurde in dieser Funktion zunächst durch Meusel ersetzt, der auf diese Weise ebenfalls einen zweiten Lehrbuchabschnitt übernehmen wollte, ohne ihn aber in Gänze selbst verfassen zu können, so daß ihm mit Fritz Klein und Roland Franz Schmiedt zwei Ko-Autoren an die Seite gestellt werden mußten. Das Ergebnis war ein heilloses Durcheinander von Verantwortungen: „Die Arbeit wird wie folgt aufgeteilt: Schmiedt (1870–73), Meusel (1890–93 und 1917/18), Klein (1910–14), alle anderen Abschnitte werden von den Mitarbeitern der Abt. 1870–1918 im Museum für Deutsche Geschichte bearbeitet“.¹³² Es nimmt nicht wunder, daß diese Konstruktion, in die zusätzlich noch die Leitungshierarchie des Museums hineinspielte¹³³, sich nicht als tragfähig erwies; schließlich wurde der Beitrag zeitlich halbiert und der Abschnitt „Deutschland von 1871 bis 1898“ von Engelberg mitübernommen, während Fritz Klein den Auftrag für die Darstellung der Zeit 1898 bis 1918 bzw. 1917 erhielt.¹³⁴

Ein ähnliches Schicksal war dem von Heinz Kamnitzer verantworteten Lehrbuch-Abschnitt zur Zeit 1789 bis 1815 beschieden. Mehrmonatige Freistellungen in den Jahren 1953 und 1954 hatten nicht zu verhindern vermocht, daß der gesundheitlich labile und zusätzlich als Leiter des Instituts für die Geschichte des deutschen Volkes an der Berliner Humboldt-Universität geforderte Autor die Fertigstellung seines Manuskriptes immer wieder hinaus-zögerte. In einer Einzelbesprechung im November 1954 nach den Ursachen seiner Terminüberschreitung befragt, mußte Kamnitzer einräumen, „daß er sich nicht über Zeitmangel beklagen könne“, und wurde zu einer Art wissenschaftlichem Offenbarungseid gezwungen: „Auf die Frage, warum Gen. Kamnitzer trotz der günstigen Voraussetzungen den ihm gestellten Termin nicht eingehalten habe, erklärte er, daß es sowohl an seiner Arbeitsweise liege, als auch daran, daß er umfangreiche Forschungen hatte anstellen müssen.“ Auch über

130 Ebd., 106, Alfred Meusel, Bericht über die Arbeit des Autorenkollektivs für das Hochschullehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes, 13.4.1953

131 Fischer, Zur Rolle des Autorenkollektivs, S. 91, unter Bezugnahme auf ein ihm von Hoffmann zur Einsicht überlassenes Schreiben von Meusel an Hoffmann vom 1.3.1954.

132 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/107, Aktennotiz über die Besprechung am 13.7.1954 mit den Vertretern der Abteilung Wissenschaft und Propaganda beim Zentralkomitee der SED, 15.7.1954.

133 Dies zeigte sich bereits bei der Erarbeitung der Disposition: „Die Anleitung bei der Ausarbeitung – außer dem Abteilungsdirektor, der die Arbeit seiner Mitarbeiter koordinierte und anleitete – hatte der Vorsitzende und der Sekretär des Autorenkollektivs.“ Ebd.

134 Vgl. ebd., Roland Franz Schmiedt/Alfred Meusel an Kurt Hager, 15.5.1954, u. Aktennotiz über die Besprechung am 13.7.1954 mit den Vertretern der Abteilung Wissenschaft und Propaganda beim Zentralkomitee der SED, 15.7.1954.

ein von Kamnitzer bereits vorgelegtes Teilmanuskript erging in dieser Besprechung ein vernichtendes Urteil: „Da das bisher abgegebene Manuskript nach der Auffassung von Gen. Schmiedt weder in Inhalt noch in seinem Umfang (von der sprachlich-stilistischen Seite ganz zu schweigen) den Anforderungen genügt, wird es notwendig sein, auch den bereits fertiggestellten Teil umzuarbeiten.“¹³⁵

Dem Autor wurde nun eine letzte Frist sowohl zur Überarbeitung des bisher gelieferten wie zur Fertigstellung des fehlenden Teiles zum 31. Dezember des Jahres zugestanden. Noch bevor dieser Termin verstrichen war und der Druck auf die säumigen Autoren immer weiter wuchs, die nun in förmlichen Mahnschreiben zur Abgabe ihrer überständigen Manuskripte aufgefordert wurden¹³⁶, erlitt Kamnitzer im Dezember 1954 einen völligen Zusammenbruch und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden, so daß der ihm gestellte Abschlußtermin hinfällig wurde.¹³⁷ Es war seiner Genesung vermutlich wenig förderlich, daß das zur Zuarbeit verpflichtete Geschichtsinstitut der Humboldt-Universität bereits kurz darauf Kamnitzers Ehefrau bedrängte, die Manuskripte ihres Mannes über den von ihm bearbeiteten Lehrbuch-Abschnitt herauszugeben, da diese Arbeit von Percy Stulz als neuem Autor weitergeführt werde. Empört protestierte Meusel beim ZK gegen dieses brachiale Vorgehen, das wahrscheinlich auf einem Mißverständnis beruhte.¹³⁸ Gleichwohl entsprach Kamnitzer auch den Wünschen des Vorsitzenden, als er im März 1955 unter Hinweis auf seine Erkrankung endgültig um Entpflichtung nachsuchte.¹³⁹ Ähnlich wie Hoffmanns Teil wurde auch Kamnitzers Beitrag aufgeteilt: Obermann übernahm zusätzlich zu seiner bisherigen Arbeit den Abschnitt 1806 bis 1815, und für die Periode von 1789 bis 1806 wurde Streisand eingesetzt, der als Leiter der Abteilung 1789 bis 1879 im Meusel-Museum für hinreichend qualifiziert erachtet wurde, um sich schnell in seine Aufgabe einzuarbeiten.¹⁴⁰

135 Ebd., Autorenkollektiv für das Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes, Aktennotiz über die Einzelbesprechung mit Gen. Prof. Dr. Kamnitzer in seiner Eigenschaft als Autor des Abschnittes 1789–1815 zum Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes am 29.10.1954, 24.11.1954.

136 Am 22.12.1954 teilte Schmiedt dem zuständigen Parteireferat mit: „Außerdem überreiche ich die Durchschläge der Schreiben an die einzelnen Autoren, in denen sie an den Abgabetermin erinnert werden. Es fehlt das Schreiben an den Genossen Kamnitzer, das der Vorsitzende des Autorenkollektivs deshalb noch nicht unterzeichnet hat, weil der Gen. Kamnitzer z. Z. nicht erreichbar ist und weil der in der Einzelbesprechung festgelegte Termin durch die Erkrankung hinfällig geworden ist.“ Ebd., Roland Franz Schmiedt an die Abt. Wissenschaften und Propaganda, 22.12.1954.

137 Die Ehefrau des Autors informierte Meusel umgehend in diesem Sinne: „Die Ärzte des Krankenhauses haben mir mitgeteilt, daß es lange Zeit dauern wird, bis mein Mann wieder arbeitsfähig sein wird. Ich mache Ihnen diese Mitteilung, weil ich weiß, daß er Ihnen gegenüber, als Leiter eines Lehrbuch-Kollektivs, bis zum 31. Dez. 54 eine bindende Verpflichtung übernommen hatte.“ Ebd., Irene Kamnitzer an Alfred Meusel, 17.12.1954.

138 Ein wütendes Schreiben von Meusel an die Abteilung Wissenschaft und Hochschulen beantwortete Karl Obermann mit einer beruhigenden Erklärung, daß Stulz während der Erkrankung Kamnitzers nur bereits vereinbarte Zuarbeiten hatte ausführen sollen und niemals daran gedacht gewesen sei, Kamnitzer durch Stulz zu verdrängen. Ebd., Alfred Meusel an Ernst Diehl, 28.12.1955; Alfred Meusel an Rolf Dlubek, 28.12.1954, u. Karl Obermann an Alfred Meusel, 5.1.1955.

139 Ebd., 108, Heinz Kamnitzer an Alfred Meusel, 28.3.1955. Meusel mochte die „Bitte von Herrn Prof. Kamnitzer [...] um so wärmer befürworten, als ich inzwischen den vorhandenen Manuskriptentwurf geprüft habe und dabei zu dem Ergebnis gelangte, daß noch sehr viel Arbeit notwendig sein wird, um den bisher von Prof. Kamnitzer behandelten Abschnitt 1789 – 1815 in einen brauchbaren Bestandteil des Lehrbuches zu verwandeln.“ Ebd., Alfred Meusel an den Staatssekretär für Hochschulwesen, 28.3.1955.

140 Ebd.

Auch dies war noch nicht die endgültige Lösung; nachdem Streisand bereits im November 1955 ein diskussionsreifes Manuskript zu seinem Teilabschnitt vorgelegt hatte¹⁴¹, erhielt er im Januar 1956 die Verantwortung für den gesamten Lehrbuch-Abschnitt 1789 bis 1815.¹⁴²

In all diesen Fällen mochte die praktische Verwirklichung des wissenschaftlichen Kollektivitätsideal mit individuellen Unzulänglichkeiten zusammengestoßen sein, wie sie in Kooperationsbeziehungen immer vorkommen können. Etwas anders verhielt es sich hingegen mit dem Beitrag über die Zeit von 1918 bis 1945. Für diese besonders folgenreiche und umstrittene Phase der deutschen Geschichte hatte das Autorenkollektiv mit Albert Schreiner einen Bearbeiter gefunden, der aus Sicht der SED für sein Thema als Zeitgenosse, Parteipolitiker und Historiker gleichermaßen hervorragend qualifiziert war.¹⁴³ Ursprünglich hatte dieser Abschnitt aufgrund seines Gewichts als einziger von zwei Verfassern bearbeitet werden sollen, doch übernahm Schreiner den seinem Ko-Autor Erich Paterna zugedachten Teil 1929 bis 1945, als dieser 1953 von der Parteihochschule „Karl Marx“ an die Humboldt-Universität wechselte und keine Zeit für die Lehrbuch-Arbeit mehr fand.¹⁴⁴ In der Tat konnte Schreiner, der als Leiter der Abteilung 1918 bis 1945 des Museums für deutsche Geschichte über die besten personellen Voraussetzungen zur Bearbeitung seines Abschnitts verfügte, bereits im Frühjahr 1953 einen ersten Teilentwurf für seine Disposition vorlegen. Ein Jahr später lag immerhin die gesamte Disposition in einem ersten Entwurf vor, den das Autorenkollektiv auf drei Sitzungen am 8., 15. und 22. Juni 1954 beriet und dann in überarbeiteter Form zur Veröffentlichung in der ZfG freigab.¹⁴⁵ Dennoch erhielt Schreiner bei der vermeintlich endgültigen Terminfestlegung im Juli 1954 auf sein Drängen hin mehr Zeit zur Fertigstellung seines ausgearbeiteten Beitrags zugestanden als jeder andere Verfasser – mit Ausnahme des Bearbeiters für die Zeit nach 1945 – und wurde verpflichtet, den

141 Die Diskussion über Streisands Manuskript fand am 6.12.1955 statt. Vgl. ebd., Rundschreiben Roland Franz Schmiedt, 24.11.1955.

142 Helas, Zur Rolle des Autorenkollektivs, S. 39.

143 Noch in den achtziger Jahren rühmte ein DDR-Historiographiehistoriker die besondere Eignung Schreiners: „Seine reiche Parteierfahrung und seine umfangreichen Kenntnisse zur deutschen Geschichte befruchteten die Arbeit des Autorenkollektivs wesentlich. Von ihm gingen viele Impulse besonders zur Aufarbeitung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung aus. Leidenschaftlich und hartnäckig stritt er um die präzise Darstellung der beiden Klassenlinien in der deutschen Geschichte und um die volle Erschließung der revolutionären Traditionen des deutschen Volkes in den Dispositionen. Dabei spitzte er nicht selten seinen Standpunkt bewußt zu, was die Diskussion meist voranbrachte, bisweilen aber auch bestimmte Einseitigkeiten nicht ausschloß. A. Schreiner verfügte auch über reiche Erfahrungen kollektiven Schaffens und förderte durch sein offenes und kritisches Auftreten den Meinungsstreit im Autorenkollektiv.“ Fischer, Zur Rolle des Autorenkollektivs, S. 102 – Zur Person Schreiners und den Konflikten, die sich aus seiner dreifachen Rolle ergaben, siehe den Beitrag von Joachim Petzold in diesem Band.

144 Fischer, Zur Rolle des Autorenkollektivs, S. 101.

145 Albert Schreiner, Disposition für das Hochschullehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes (1918–1945), in: ZfG 2 (1954), S. 701–758. Die Überarbeitungen betrafen u. a. eine deutlichere Akzentuierung der „historische[n] Erfahrung [...], daß gute Beziehungen zur UdSSR für das deutsche Volk stets vorteilhaft und nützlich waren“, und die Darstellung der „prinzipiell richtigen Politik“ der KPD im Kontext der nationalsozialistischen Machtergreifung, der „entschiedener die verräterische Haltung der SPD-Führung gegenübergestellt“ wurde. Fischer, Zur Rolle des Autorenkollektivs, S. 104f.

Abschnitt 1918 bis 1933 zum 15.12.1954 und den Abschnitt 1933–1945 zum 15.3.1955 abzuschließen.¹⁴⁶

Zu diesem Zweck stützte sich Schreiner, der wie andere Bandautoren in seiner Arbeitsfähigkeit durch gesundheitliche Probleme beeinträchtigt war, in starkem Maße auf die Mitarbeiter seiner Abteilung, denen er einzelne Jahresabschnitte und Forschungsfragen in solchem Maße zur Bearbeitung aufgab¹⁴⁷, daß er selbst das Staatssekretariat für Hochschulwesen drängte, die für ihn geleistete Forschungsarbeit als Dissertation anzuerkennen.¹⁴⁸ Eben diese Verfahrensweise führte dann allerdings dazu, daß die überarbeitete und den auf demselben Gebiet tätigen Instituten und Fachkollegen zur Stellungnahme übersandte Disposition 1918 bis 1945 massive Kritik hervorrief. So stießen sich im Dezember 1954 die Teilnehmer einer Diskussionsrunde im MELS an der Uneinheitlichkeit der von verschiedenen Mitarbeitern verfaßten und nach unterschiedlichen Kriterien aufgebauten Disposition; sie hielten die gesetzten Proportionen in der Darstellung vielfach für unangemessen, und sie bemängelten, daß sehr häufig „Ereignisse, Fakten aneinandergereiht (werden), ohne daß die geringste Einschätzung erfolgt oder auch nur grammatikalisch die Zusammenhänge zum Ausdruck gebracht würden“.¹⁴⁹ Die vielen in den ersten Monaten des Jahres 1955 eingehenden Antworten allerdings illustrierten eindrucksvoll, daß die breite Kritik an Schreiners Disposition noch weit uneinheitlicher ausfiel als diese selbst. Das Kaleidoskop an einander widersprechenden Änderungswünschen, Problematisierungen und Anstößen, das die vielen einlaufenden Gutachten und Besprechungsstenogramme boten, hätte auch eine noch weit größere Arbeitsgruppe überfordert als die, über die Schreiner am Museum für deutsche Geschichte verfügte.¹⁵⁰ Die bald danach anlaufende Periodisierungsdiskussion im Autorenkollektiv stellte darüber hinaus die Arbeit an den einzelnen Manuskripten vorerst in den Hintergrund, was für Schreiners Beitrag um so mehr galt, als in dieser Diskussion auch die Frage, ob die eigentliche Zäsur zum vorangehenden Beitrag auf das Jahr der russischen Oktoberrevolution 1917 oder auf das Jahr der deutschen Novemberrevolution zu setzen sei, erneut auf die Tagesordnung rückte.¹⁵¹

Wirksame Abhilfe war in dieser Situation erst von der Gründung des Akademie-Instituts für Geschichte zu erhoffen. Nachdem diese im März 1956 erfolgt war, stellte Schreiner seine mehrheitlich vom Museum übernommenen Mitarbeiter vom ersten Tag an auf Zuar-

146 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/107, Aktennotiz über die Besprechung am 13.7.1954 mit den Vertretern der Abteilung Wissenschaft und Propaganda beim Zentralkomitee der SED, 15.7.1954.

147 „Für den Teil B, 1933–1945, werden die Rohentwürfe bis Ende Januar 1955 fertiggestellt sein. Dieser Teil des Lehrbuches ist in folgende Abschnitte untergliedert worden: 1933–1936, 1936–1939, 1939–1945. [...] Gen. Schreiner teilte mit, daß noch eine Reihe von Einzel- bzw. Spezialfragen geklärt werden müssen; für diese Arbeiten wurden Mitarbeiter gewonnen. Es handelt sich vor allem um folgende Fragen bzw. Probleme:

a) Die Räte in Mitteldeutschland

b) Soziale Bewegungen in Oberschlesien 1918–1923“. Ebd., Autorenkollektiv für das Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes, Aktennotiz über die Einzelbesprechung des Gen. Prof. Dr. Schreiner in seiner Eigenschaft als Autor des Abschnittes 1918–1945 zum Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes am 29.10.54, 4.11.1954.

148 Ebd.

149 Ebd., Auswertung der beiden Diskussionen über: Albert Schreiner, „Disposition für das Hochschul-lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes (1918–1945)“, o. D.

150 Die entsprechenden Unterlagen sind archiviert in: ebd., 107 u. 108.

151 Vgl. hierzu Helas, Zur Rolle des Autorenkollektivs, S. 119ff.

beiten zu dem ihm übertragenen Lehrbuchabschnitt 1918–1945 ein und unterwarf sie einem strikten Reglement, das Nebenarbeiten für andere Zwecke untersagte, feste Zeitvorgaben festlegte und die regelmäßige Diskussion bereits fertiggestellter Textentwürfe ebenso vorsah wie laufende Zusammenkünfte zu übergreifenden Problemen.¹⁵²

Im Jahr darauf mußte Schreiner allerdings ein ernüchterndes Fazit ziehen: In der Arbeit seiner Abteilung am Akademie-Institut zeige sich ein hemmender Widerspruch zwischen dem ihr zugewiesenen Lehrbuch-Auftrag und den Qualifikationsinteressen ihrer Mitarbeiter. Die Lehrbucharbeit ruhe vollständig, nachdem eine von der Abteilung Wissenschaften zugesagte personelle Verstärkung um drei bis vier Mitarbeiter nicht erfolgt sei. Der eigentliche Grund aber liege anderswo: „Alle Gen[ossen] der Abteilung sitzen an Dissertationen [...]. Im allgemeinen werden die Termine nicht eingehalten. Es gibt niemand in der Abteilung, der alle Arbeiten hätte gründlich vorher durchgearbeitet. Alle sitzen an Dissertationen und wollen nicht gestört werden.“¹⁵³ Schreiner reagierte mit Härte. Er drohte seinen Promovenden mit Lohnkürzungen, verlangte eine verbesserte Arbeitsdisziplin, pochte auf die strikte Einhaltung festgelegter Termine und ordnete alle Qualifizierungsinteressen der Lehrbucharbeit unter: „Es wird notwendig werden, Gen[nosse]n zu bitten, die Arbeit an der Dissertation zu unterbrechen, wenn wichtigere Aufgaben erledigt werden müssen.“¹⁵⁴ Seine Mitarbeiter setzten sich gegen den Vorwurf, ihre Aufgaben zu vernachlässigen, mit einer schriftlichen Stellungnahme zur Wehr, die auf die Deckungsgleichheit ihrer Qualifikationschriften mit den gestellten Arbeitsverpflichtungen der Abteilung 1918–1945 hinwies und Schreiners autokratischen Führungsstil kritisierte.¹⁵⁵ Sie begehrten mit um so größerem Recht auf, als Schreiner selbst mit seiner eigenen Arbeit in Verzug geraten war und nicht einmal dazu kam, die ihm abgelieferten Zuarbeiten für seinen Lehrbuch-Abschnitt in angemessener Zeit gründlich zu lesen.¹⁵⁶ Mittlerweile wurde auch der Sektor Geschichte im ZK-Apparat auf den immer unhaltbarer werdenden Zustand aufmerksam. Im Juli 1957 berichtete der Geschichtsreferent, daß am Akademie-Institut gegen den Genossen Schreiner schwerwiegende Vorwürfe „wegen seiner Kaderpolitik und anderer Fragen der Arbeit“

152 ABBAW, ZIG 452/1, Abteilung 1918–1945, Protokoll der Arbeitsbesprechung am 3.3.1956.

153 Ebd., Protokoll einer Arbeitsbesprechung der Abteilung 1918–1945 am 30.4.1957.

154 Ebd.

155 „Die Mehrzahl der bearbeiteten Forschungsthemen dienen den einzelnen Mitarbeitern gleichzeitig zur Promotion. Die Qualifizierung der Mitarbeiter, die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist von großer politischer Bedeutung und entspricht nicht nur den persönlichen Wünschen der einzelnen Genossen, sondern stärkt in erster Linie die führende Rolle der Partei in der wissenschaftlichen Arbeit der Akademie. Es ist deshalb nicht richtig, von einem Widerspruch zwischen den Aufgaben der Abteilung und der Qualifizierung der einzelnen Mitarbeiter zu reden.“ SAPMO-BA, NY 4198/88, Stellungnahme, o. D.

156 „Gen. Ruge sagt, daß er seinen Beitrag vor einem Monat abgeliefert habe, Gen. Schreiner ihn bis heute aber noch nicht gelesen habe, so daß er noch vier Wochen hätte am Beitrag arbeiten können. [...] Es sei auch nicht richtig, daß Gen. Schreiner nur die schlechten Seiten in der Arbeit der Abteilung erwähnt. Es gäbe auch Fälle guter, termingemäßer Aufgabenerfüllung, für die Gen. Schreiner nicht ein Wort der Anerkennung finde, sondern darüber hinweg gehe. Gen. Schreiner halte seine Termine auch nicht ein.“ Schreiner reagierte auf diese Kritik administrativ: „Gen. Schreiner stellt fest, daß er an Hand seines Planes beweisen könne, wie er gearbeitet habe. Die Mitarbeiter sollten sich alle diese Fragen überlegen. Er empfiehlt, daß jeder aufschreibt, welche Termine er nicht eingehalten habe und wann er ungerecht behandelt worden sei.“ ABBAW, ZIG 452/1, Abteilung 1918–1945, Protokoll einer Arbeitsbesprechung der Abteilung 1918–1945 am 30.4.1957.

erhoben würden.¹⁵⁷ Seine über alle Zweifel erhabene Parteiergebenheit garantierte dem unter Beschuß Geratenen zwar die Unterstützung des Parteiapparats und stempelte ihn doch gleichzeitig schon fast zum Versager: „Diese bisher in der Schwebe gehaltenen Fragen haben die politische Wirksamkeit des Genossen Schreiner in der Grundorganisation untergraben.“¹⁵⁸

Abermals ein knappes Jahr später war aber Schreiner selbst zur Zielscheibe der Kritik der übergeordneten Parteistellen geworden, nachdem die Arbeit an seinem Lehrbuchabschnitt immer noch keine greifbaren Ergebnisse gezeigt hatte, die über das Stadium der bereits 1954 veröffentlichten Disposition hinauswies. Denn gerade der von ihm bearbeitete Abschnitt spielte im politischen Kalkül der SED-Führung angesichts des herannahenden 40. Jahrestags der Novemberrevolution eine zentrale Rolle, um die eigene Entwicklung zu einer leninistischen Kaderpartei und die Abgrenzung von der SPD propagandistisch zu untermauern. Nicht zufällig war Schreiner mit der Disposition für eine Verlautbarung des Politbüros zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution beauftragt worden. Die Abteilung Wissenschaften wies Schreiner daher im Februar 1958 ultimativ an, ungeachtet dieser zusätzlichen Belastung seinen Lehrbuchabschnitt unter allen Umständen bis zum Oktober und das Teilmanuskript zur Novemberrevolution und zur revolutionären Nachkriegskrise (1918–1923) sogar schon zum 1. Juli des Jahres vorzulegen, damit es zum V. Parteitag der SED als Diskussionsbeitrag publiziert werden könne.¹⁵⁹ Schreiner teilte daraufhin seinen Mitarbeitern erneut mit, daß die Fertigstellung des Lehrbuchs ab sofort die erste Aufgabe sei und alle Arbeitspläne ohne Rücksicht auf bestehende Verpflichtungen oder eigene Dissertationsvorhaben umzuwerfen seien.¹⁶⁰ Der Arbeitsplan der Abteilung wurde entsprechend überarbeitet.¹⁶¹

Doch auch diese Verpflichtung blieb auf dem Papier. Nachdem die Vereinbarung noch im März 1958 in einem Bericht des Staatssekretariats für Hochschulwesen bekräftigt worden war¹⁶², mußte die Abteilung 1918–1945 des Akademie-Instituts schon im April 1958 erklären, daß sie angesichts des rasch näher rückenden Abgabetermins keinen Ausweg mehr wisse.¹⁶³ Die Situation verschärfte sich im Mai 1958 abermals und nun in hoffnungsloser Weise, als Schreiners grundlegende These vom sozialistischen Charakter der deutschen Revolution von 1918, die auf der deutsch-sowjetischen Historikertagung vom November 1957 fast einhellige Zustimmung gefunden hatte, durch Ulbricht selbst brüsk zurückgewiesen wurde.¹⁶⁴ Wie vorauszusehen, lag zum gesetzten Termin von Schreiner kein Text vor. Schon drei Tage später informierte der Sektor Geschichte den zuständigen Abteilungsleiter Hörnig, daß Schreiner wieder alle Fristen über den Haufen geworfen habe und „keinen

157 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/134, Abt. Wiss., Bericht über die Lage in der Geschichtswissenschaft nach dem 30. Plenum des ZK der SED, 5.7.1957.

158 Ebd.

159 Helas, Zur Rolle des Autorenkollektivs, S. 122. Vgl. auch SAPMO-BA, DY 30/IV A 2/9.04/397, Stellungnahme der Parteigruppe 1918–1945, 10.12.1958.

160 ABBAW, ZIG 452/1, Abteilung 1918–1945, Protokoll der Arbeitsbesprechung am 7.2.1958.

161 Vgl. SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/397, Stellungnahme der Parteigruppe 1918–1945, 10.12.1958.

162 Ebd., 109, Staatssekretariat für Hochschulwesen, Abt. Philosophische Fakultäten, an ZK der SED, Abt. Wissenschaften, 13.3.1958.

163 Ebd., 397, Abteilung 1918–1945, Protokoll der Arbeitsbesprechung vom 16.4.1958.

164 Walter Ulbricht, Über den Charakter der Novemberrevolution. Rede in der Kommission zur Vorbereitung der Thesen über die Novemberrevolution, in: ZfG 6 (1958), S. 717–729. Vgl. zu den näheren Umständen den Beitrag von Joachim Petzold in diesem Band.

Strich' tue. Um die Angelegenheit, die durch die Auseinandersetzung um den Charakter der Novemberrevolution noch verschärft werde, endgültig zu bereinigen, empfehle es sich, Schreiner vom Weimarer Teil seines Lehrbuchabschnitts zu entbinden und ihm nur noch die Verantwortung für den Teil 1933–1945 zu belassen.¹⁶⁵

Den Vorwurf der ideologischen Abweichung vermochte Schreiner und seine Abteilung auf einer Arbeitstagung des Akademie-Instituts im November 1958 mit einer demütigenden Selbstkritik an ihren „falschen Auffassungen“ über den Charakter der deutschen Revolution von 1918 aus der Welt zu schaffen¹⁶⁶; den strukturellen Gegensatz zwischen Arbeitsauftrag und Qualifikationszwängen seiner Arbeitsgruppe vermochte er nicht auszugleichen. Im Oktober 1958, dem festgelegten Termin zur Vorlage des Gesamtmanuskripts, lagen lediglich erste Fassungen der Abschnitte 1933–1936 und 1936–1939 vor, die im übrigen auch nicht von Schreiner, sondern von Mitarbeitern seiner Abteilung stammten.¹⁶⁷ Schon im Dezember 1958 hatte sich im ZK endgültig die Haltung durchgesetzt, daß Schreiner als Bandautor um so mehr versagt habe, als er bei Institutsgründung die besten Kräfte aus dem Museum für deutsche Geschichte übernommen hätte, und folgerichtig als Lehrbuchautor wie als Abteilungsleiter abgelöst werden müsse.¹⁶⁸ 1959 schied Schreiner aus dem Autorenkollektiv aus. Sein Abschnitt wurde nun in zwei Teile untergliedert und insgesamt vier Autoren zugewiesen. Für die Weimarer Zeit waren dies Wolfgang Ruge (1917–1923) und Gerhard Seifert (1924–1933), für die NS-Zeit Erich Paterna (1933–1939) und Günter Paulus (1939–1945).¹⁶⁹ Auch diese Lösung war nicht von Dauer, da Seifert 1962 Selbstmord verübte und der 1965 nach einer innerparteilichen Disziplinierungskampagne aus dem Akademie-Institut entfernte Günter Paulus auch seiner Funktion als Lehrbuch-Autor verlustig ging. Den Weimar-Band verfaßte schließlich mit Wolfgang Ruge ein Historiker, der bei der Gründung des Autorenkollektivs noch als deportiertes Opfer der stalinistischen Verfolgungen in der Sowjetunion festgehalten worden war, während der Abschnitt 1933–1939 gleich von vier Historikern der Humboldt-Universität unter Leitung Paternas und der Abschnitt 1939–1945 von einer ebenfalls vierköpfigen Autorengruppe vom Geschichtsinstitut der Akademie geschrieben wurde.

165 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/109, Aktennotiz für Genossen Hörnig, 4.7.1958.

166 Bezeichnend hier etwa eine „Kurze Stellungnahme der Abteilung 1918–1945 zum Verlauf der Arbeitstagung des Instituts ‚40 Jahre Novemberrevolution‘“: „Die Einleitung war eine wissenschaftlich fundierte Selbstkritik der Abteilung 1918–1945. [...] Mit der vorgenommenen Überprüfung, inwieweit der historische Materialismus Grundlage der gesamten Forschungsarbeit ist, waren die Mitarbeiter bemüht, der von der Partei in dieser Hinsicht auferlegten Verpflichtung nachzukommen.“ Ebd., 398. Seine eigene Parteigruppe vertrat allerdings die Ansicht, daß Schreiner wissenschaftlich auch hier versagt habe: „Gen. Prof. Dr. Schreiner hatte eine erste mündliche Stellungnahme zu seinen früheren fehlerhaften Auffassungen in der Abteilung [...] und in einer erweiterten Parteileitungssitzung abgegeben. Seiner Verpflichtung, darüber hinaus die Konzeption für eine umfassendere, wissenschaftlich begründete schriftliche Stellungnahme vorzubereiten und sie in der Parteigruppensitzung vorzutragen, kam er jedoch nicht nach.“ Ebd., 397, Stellungnahme der Parteigruppe 1918–1945, 10.12.1958. Vgl. zu Schreiners Reaktion auch Ernst Laboor, Zum Abbruch der Diskussion über den Charakter der Novemberrevolution im Jahre 1958, in: BzG 37 (1995) 1, S. 69–76, hier S. 74.

167 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/397, Stellungnahme der Parteigruppe 1918–1945, 10.12.1958.

168 Ebd., 109, Protokoll über die Aussprache mit den Autoren am Lehrbuch der deutschen Geschichte am 3.11.1958, u. Bericht über den Stand der Arbeiten am Lehrbuch, 5.12.1958.

169 ABBAW, ZIG 676/1, Protokoll der Sitzung des Autorenkollektivs „Lehrbuch der deutschen Geschichte“ vom 9. Februar 1962; Helas, Zur Rolle des Autorenkollektivs, S. 122, Anm. 12.

Nichts aber brachte die proklamierte Überwindung des Individualismus in der Arbeit des Lehrbuch-Gremiums dramatischer zu Fall als der Streit, der im Laufe der Arbeit zwischen dem Vorsitzenden Meusel und Ernst Engelberg entbrannte und der das Ideal einer einträchtigen Forschungsgemeinschaft in die Realität eines erbitterten Grabenkriegs verwandelte. Der augenfällige Zerfall der Kollektivitätsutopie läßt sich präzise auf den 9. Februar 1958 datieren. An diesem Tag richtete Ernst Engelberg ein Schreiben an die Abteilung Wissenschaften, um eine möglichst rasche Drucklegung seines ersten Lehrbuchabschnitts 1849 bis 1870 zu erreichen. Allein der Umstand, daß sich ein Lehrbuchautor ohne Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Autorenkollektivs über eine Beschleunigung des Drucktermins zu verhandeln anschickte, offenbart, daß sich die Autorengruppe des Lehrbuchs durchaus nicht auf dem Weg zu einem „wirklichen Kollektiv“ befand, wie es gegenüber der Öffentlichkeit geheißt hatte, sondern daß im Gegenteil zentrifugale Tendenzen die Oberhand zu gewinnen begannen. Alarmierender noch mußte Engelbergs Begründung wirken: „Von allen bereits vorliegenden Lehrbuch-Manuskripten wurde es als das eindeutig beste anerkannt; dies gaben selbst meine argwöhnischsten Nicht-Freunde zu. Ich denke, daß es auch eine Anerkennung in der Tat, nicht nur durch Worte geben sollte – auch so etwas wie moralische Wiedergutmachung für Demütigungen, Beleidigungen, die bis zu offenen Infamien gegangen waren. Im Interesse einer sachlichen Arbeit will ich gerne verzeihen, aber es fällt mir entsetzlich schwer zu vergessen; ich bin zu tief verletzt worden.“¹⁷⁰

Das war nicht weniger als die offene Auflehnung eines Bandbearbeiters gegen das Diktat des Kollektivs – und vor allem gegen seinen Vorsitzenden Meusel. Die Wurzeln des Konflikts zwischen beiden reichten bis in die späten vierziger Jahre zurück, als der aus der türkischen Emigration zurückgekehrte Engelberg sich von dem dreizehn Jahre älteren Meusel fachlich brüskiert und in seiner Entwicklung behindert fühlte.¹⁷¹ Die Polarisierung zwischen Meusel und seinen Autoren wuchs infolge der hierarchischen Kompetenzverteilung innerhalb des Autorenkollektivs, in dem Meusel seine herausgehobene Stellung in formalen wie inhaltlichen Fragen als mit Lob und Tadel nicht sparender *arbiter elegantiae* nutzte. Die von ihm angefertigten Gutachten und Stellungnahmen waren voll ätzender Schärfe – gleichviel, ob er sich über einen Entwurf zum „Geschichtsbeschluß“ des Politbüros mokierte, der aus lauter Revolutionsromantik aus dem „reaktionären“ einen „revolutionären“ Kapp-Putsch von 1920 gemacht habe, oder ob er in einem Textentwurf den Terminus „nichtdeutsches Ausland“ mit der Rückfrage monierte, ob es denn wohl auch ein „deutsches Ausland“ gäbe.¹⁷² Meusel berief sich auf Hegel, dem zufolge „jede Form die Form ihres Inhaltes“ sei, um sich besonders in seinem Kampf gegen die von ihm so genannte „Sprachverwilderung“ vor dem Vorwurf der „Überheblichkeit“ und des „Querulantentums“ zu schützen.¹⁷³ Doch auch wohlmeinende Biographen räumten ein, daß der Vorsitzende im Meinungsstreit des Autorenkollektivs „der Subjektivität des Diskussionspartners nicht immer die nötige Be-

170 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/109, Ernst Engelberg an Raimund Wagner, 9.2.1958.

171 Mitteilung Prof. Dr. Ernst Engelberg an den Verfasser, 4.1.1995.

172 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/90, Einwände des Gen. Prof. Meusel zum Geschichtsbeschluß; ebd., 108, Alfred Meusel, II. Teil der Kritik des Abschnitts 1815–1848, 2.1.1956.

173 Ebd., 108, Alfred Meusel an Fritz Klein, 30.6.1955.

achtung“ geschenkt¹⁷⁴ und die Diskussionen „nicht selten auch mit einem ironischen Einschlag“ geleitet habe, „der nicht immer die Kollektivität förderte“.¹⁷⁵

Die besondere Zuspitzung des Gegensatzes zwischen Meusel und Engelberg ergab sich daraus, daß beide auch in ihrer wissenschaftlichen und politischen Haltung konträr zueinander standen. Meusel, der die Überwindung der nationalen Spaltung in den Mittelpunkt seines Denkens stellte, wollte auch die deutsche Reichseinigung von 1871 unter Bismarck als historischen Erfolg bewertet wissen. Dabei traf er auf einen Kontrahenten, der den späteren Bismarck-Biographen noch nicht errahnen ließ und ironischerweise von anderen Mitgliedern im Autorenkollektiv erst gedrängt werden mußte, „neben allem Reaktionären auch die Verdienste Bismarcks herauszustellen“.¹⁷⁶ In drei, von zunehmender Verhärtung der Standpunkte geprägten Beratungen über die Disposition Engelbergs wurde 1953 um die Frage gestritten, ob die preußische Bourgeoisie nach 1848 im wesentlichen schon eine reaktionäre (wie Engelberg meinte) oder noch eine revolutionäre Klasse gewesen sei (wie Meusel behauptete), ob Lassalle „verräterische“ Politik getrieben habe und ob der deutsch-französische Krieg in seiner ersten Phase noch als gerechter Krieg zu bezeichnen sei oder „von Anfang an chauvinistische und undemokratische Ziele verfolgt“ habe.¹⁷⁷ Die schließlich in der ZfG veröffentlichte Disposition trug Kompromißcharakter und ließ von den erbitterten Debatten, die ihre Entstehung begleitet hatten, nichts errahnen; aber sie vertagte den Konflikt zwischen Meusel und Engelberg auch nur auf den Moment, an dem sein endgültiges Manuskript zur Beratung im Autorenkollektiv anstehen würde.¹⁷⁸

Es trug nicht zur Entschärfung der Lage bei, daß Engelberg Ende 1954 wegen fortgesetzter Nichteinhaltung der ihm gestellten Abgabetermine scharf gerügt wurde. In einer Einzelbesprechung mit ihm, an der neben Meusel und Schmiedt nur noch je ein Vertreter der Abteilung Wissenschaften und des Staatssekretariats für Hochschulwesen teilnahmen, „wurde die Frage gestellt, ob Gen. Engelberg überhaupt schon selbst an dem Manuskript gearbeitet hätte oder ob es sich lediglich um Entwürfe handelt, die von seinen Assistenten ausgearbeitet worden sind“. Das Protokoll vermerkt weiter: „Gen. Engelberg gab daraufhin keine klare und eindeutige Antwort, er wies lediglich darauf hin, daß noch eine Reihe von Problemen aufgetaucht seien, die erst geklärt werden müßten und wozu ein Quellenstudium notwendig sei.“ Der Autor wurde daraufhin angehalten, sich fortan ausschließlich der Lehrbuch-Arbeit zu widmen und auch die Sitzungen des Autorenkollektivs regelmäßig zu besuchen; „seine bisherige Teilnahme ließ nämlich zu wünschen übrig“.¹⁷⁹

Der düpierte Engelberg antwortete auf seine Weise. Im folgenden Jahr lag sein ausgearbeitetes Manuskript zur deutschen Geschichte von 1850 bis 1871 vor, und es provozierte eine sich über Jahre hinziehende Auseinandersetzung, die die Zielsetzung des gesamten Lehrbuch-Unternehmens betraf. Als Kern der Meinungsdivergenz bezeichnete Meusel in

174 Horst Haun, Alfred Meusel 1896 bis 1960, in: Heinz Heitzer/Karl-Heinz Noack/Walter Schmidt (Hg.), Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien, Berlin (O) 1989, S. 149–168, hier S. 160.

175 Fischer, Zur Rolle des Autorenkollektivs, S. 19.

176 Ebd., S. 90.

177 Ebd., S. 89.

178 Ernst Engelberg, Disposition des Hochschullehrbuches der Geschichte des deutschen Volkes (1850–1871), in: ZfG 2 (1954), S. 428–457.

179 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/108, Autorenkollektiv für das Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes, Aktennotiz über die Einzelbesprechung mit Gen. Prof. Dr. Engelberg in seiner Eigenschaft als Autor des Abschnittes 1851–1870 zum Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes am 29.10.1954, 5.11.1954.

einem Gutachten vom Oktober 1958 die Frage der Reichseinigung: „Der Unterschied zwischen der Auffassung des Genossen Engelberg und der meinen besteht darin, daß er, wenn auch mit Einschränkungen, gegen die Nationalstaatsbildung auf dem Wege der preußischen Revolution von oben ist, während ich, wenn auch mit Einschränkungen, dafür bin.“¹⁸⁰ Engelberg hob den „zwispältigen Charakter“ des preußisch-deutschen Reichs hervor und machte gegen alle „Versuche der bürgerlichen Geschichtsschreiber“ Front, „mit Hilfe sophistischer Begriffsmanipulationen und einer Ideengeschichte, die philosophischen Tiefsinn vortäuscht, die reaktionäre Kontinuität von Bismarck bis Hitler zu leugnen“¹⁸¹; Meusel hingegen machte sich für ein Konzept stark, das die Reichseinigung von oben für historisch unumgänglich hielt, weil nach 1849 keine Voraussetzungen für eine revolutionäre Einigung Deutschlands von unten mehr bestanden hätten.¹⁸² So unterschiedlich die Kontrahenten nationales und soziales Moment in ihrem Geschichtsurteil gewichteten, so einig waren sie sich im präsentistischen Grundcharakter ihrer auf eine bloße Entscheidungsalternative zugespitzten Argumentation. Mehr und mehr verwandelte sich die fachliche Kontroverse in eine politische Strategiedebatte, die kaum noch erkennen ließ, daß es um einen Streit über die Vergangenheit und nicht über die Zukunft des Landes ging: „Der Verfasser“, so hielt Meusel Engelberg entgegen, „muß sich darüber klar werden, ob er *trotz* ihrer großen Schattenseiten *für* die Reichseinigung ist oder ob er *wegen* ihrer großen Schattenseiten *gegen* sie ist. Zwischen beiden Möglichkeiten gilt es zu wählen.“¹⁸³ Hinter der historischen stand eine gegenwartsbezogene Kontroverse. Nur vordergründig ging es um Bismarck und die Reichseinigung von 1871; tatsächlich fochten Meusel und Engelberg darum, ob die nationale über oder unter der sozialen Frage rangiere und ob dem deutschen Nationalstaat ein höherer Wert zukomme als dem sozialistischen Teilstaat. Entsprechend betonte Engelberg im Vorwort zu seinem Lehrbuch-Beitrag, daß heute, „da die Wiedervereinigung als Ergebnis des Massenkampfes gegen den Militarismus anzustreben ist, [...] die Arbeiterklasse stärker denn je den Nachdruck auf die politische Ablehnung des Bismarck-Reiches zu legen“ habe¹⁸⁴, während umgekehrt Meusel – auch in seinen politischen Aktivitäten in der „Deutschen Begegnung“ – eine demokratische Wiedervereinigung nicht apodiktisch an die vorherige Beseitigung der kapitalistischen Ordnung in Westdeutschland geknüpft wissen wollte.¹⁸⁵

180 Zit. n. ebd., 1.01/392, Stenographische Niederschrift der Abteilung Wissenschaften beim ZK mit Genossen Historikern am 17.12.1958.

181 Engelberg, *Deutschland von 1849 bis 1871*, S. 247 u. 253.

182 Helas, *Zur Rolle des Autorenkollektivs*, S. 95.

183 Zit. n. ebd., S. 77 (Hervorhebungen im Original).

184 Engelberg, *Deutschland von 1849 bis 1871*, S. XXI. Direkt gegen Meusel setzte Engelberg den Schlußpunkt seines Buches: Heute, „in der Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus, kann die nationale Frage Deutschlands von der sozialen Frage im Sinne der sozialistischen Perspektive nicht getrennt werden. Der Kampf für den Frieden und die nationale Wiedergeburt und, als das historisch Vorherrschende, der Kampf für den Sozialismus, sind untrennbar und in steter Wechselwirkung miteinander verbunden.“ Ebd., S. 258.

185 Vgl. Helas, *Zur Rolle des Autorenkollektivs*, S. 92f. – Noch in der DDR-internen historiographiegeschichtlichen Rückschau erschien die historische Urteilsunsicherheit als logische Folge der politischen Lage in der Gegenwart: „Für die Historiker der DDR erwachsen in diesem Zusammenhang spezifische Schwierigkeiten aus der Tatsache, daß in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre die gegensätzliche Entwicklung beider deutscher Staaten objektiv immer mehr den Charakter nationaler Eigenentwicklungen annahm und sich dennoch in einem längeren historischen Prozeß erst noch erweisen mußte, ob die zwar stark verringerten, aber noch vorhandenen Möglichkeiten für die Vereinigung in einem einheitlichen demokratischen deutschen Staat geschichtliche Realität wurde[n] oder nicht.“ Ebd., S. 90.

Meusel stand in diesem Streit auf verlorenem Posten; die nähere Zukunft gehörte einem Programm, das auf die Wahrung der sozialistischen Ordnung in der DDR setzte statt auf die verblassende Chimäre der nationalen Einigung. Die mit den Pariser Verträgen besiegelte Westintegration der Bundesrepublik 1955 veranlaßte die SED zu einem taktischen Kurswechsel, der blockübergreifenden Initiativen im Sinne Meusels den Boden entzog. Eine Wiedervereinigung konnte sich die SED-Führung fortan nur unter Wahrung „sozialistischer Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik“ vorstellen¹⁸⁶, und 1956 erklärte Ulbricht unmißverständlich, „daß unser Ziel, das den gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen entspricht, ein sozialistisches Gesamtdeutschland ist“.¹⁸⁷ In einer Geschichtswissenschaft, die in ihren historischen Betrachtungslinien wie selbstverständlich politischen Richtungswechseln folgte¹⁸⁸, hatte daher Meusels nationaler Patriotismus als fachliches Paradigma ausgedient: „E. Engelbergs Ansicht über den Verlauf und die Ergebnisse der nationalstaatlichen Einigung Deutschlands im 19. Jahrhundert setzte sich in der Geschichtswissenschaft der DDR durch.“¹⁸⁹

Das Autorenkollektiv beriet am 21. Februar und 18. Mai 1956 über Engelbergs Manuskript, ohne daß die Differenzen um die Anlage des Manuskripts ausgeräumt werden konn-

186 Zit. n. Jens Hacker, SED und nationale Frage, in: Ilse Spittmann (Hg.), Die SED in Geschichte und Gegenwart, Köln 1987, S. 43–64, hier S. 47. Die feindlichen Dioskuren setzten ihren Kampf auch auf anderen historischen Felder fort. Nachdem Meusel Ende 1956 gegen die in der DDR vorherrschende Wertschätzung der antinapoleonischen Befreiungskriege die positive Rolle Napoleons bei der Aufhebung der kleinstaatlichen Zersplitterung betont hatte (Alfred Meusel, Napoleon – Soldat und Reform. Diskussionsbeitrag auf der Arbeitstagung deutscher, polnischer und tschechoslowakischer Historiker zum Problem des Charakters der napoleonischen Kriege in Deutschland, in: Sonntag, 30.12.1956), antwortete Engelberg mit einer, wie er es nannte, „notwendigen Entgegnung“, die umgekehrt den antidemokratischen Charakter der imperialistischen Außenpolitik Napoleons hervorhob – gerade mit Blick auf die Gegenwart: „Aber wir leben jetzt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts; darum haben wir im Gesamtbild Napoleons, das erst noch neu zu schaffen ist, auch die imperialistischen Züge einer großbürgerlichen Politik herauszuarbeiten – die mit um so größerer Eindringlichkeit, als wir gerade heute in Theorie und Praxis die Demokratie einerseits vom Liberalismus, andererseits vom Faschismus, den beiden modernen, vielfach ineinander übergehenden Herrschaftsformen des Monopolkapitals, abzugrenzen haben. Die Großbourgeoisie ist der Feind – der Erz- und Erbfeind der Demokratie.“ Ernst Engelberg, Napoleon – Wohltäter der deutschen Nation? Eine notwendige Entgegnung, in: Sonntag, 24.3.1957.

187 Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 24. März bis 30. März 1956 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Bd. 1, Berlin (O) 1956, S. 202. Die Darstellung des westdeutschen Nato-Beitritts in der offiziellen SED-Geschichte ließ sich auch als endgültige Entscheidung auf die Kontroverse zwischen Meusel und Engelberg übertragen: „Damit waren auf deutschem Boden zwei in ihrer Gesellschafts- und Staatsordnung, im Charakter ihrer sozialen Systeme, in den Prinzipien ihrer Innen- und Außenpolitik völlig gegensätzliche Staaten entstanden und hatten sich stabilisiert. [...] Eine Vereinigung dieser zwei Staaten [...] war unmöglich geworden. [...] Im Klassenkampf zwischen der DDR und der BRD war eine neue Lage entstanden, aus der die Partei die Schlußfolgerungen ziehen mußte.“ Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß, Berlin (O) 1978, S. 323f.

188 Daß sich beide Kontrahenten auf dem Boden derselben Diskursordnung bewegten, war in der Binnenperspektive der DDR-Geschichtswissenschaft bis in die achtziger Jahre unstrittig: „A. Meusel und E. Engelberg zielten mit ihren konzeptionellen Überlegungen für die marxistisch-leninistische Darstellung der deutschen Geschichte in den Jahren von 1849 bis 1871 auf die geschichtsideologische Stützung verschiedener Seiten der nationalen Politik der SED.“ Helas, Zur Rolle des Autorenkollektivs, S. 90.

189 Ebd., S. 93.

ten. Wenn Meusel in der weiteren Auseinandersetzung zunehmend in das Hintertreffen geriet, lag das nicht zuletzt auch daran, daß Engelberg sich in Leipzig auf ein eigens gegründetes „Kollektiv für Forschungsarbeiten über die Periode 1849–1871“ stützen konnte, aus dem bis Anfang 1958 nicht weniger als acht Dissertationen und 25 Staatsexamensarbeiten erwuchsen, die es Engelberg erlaubten, seine Position in der geforderten Überarbeitung seines Manuskripts empirisch immer besser zu fundieren.¹⁹⁰ Dies wog um so schwerer, als Meusel selbst in der gleichen Rolle kein rühmliches Beispiel bot und seinen eigenen Beitrag so wenig wie andere in der gesetzten Frist fertigzustellen vermocht hatte, was seine Autorität gegenüber Engelberg erheblich schwächte.¹⁹¹ Der wiederum wollte seinen in zweijähriger Arbeit umgeschriebenen Text auf keinen Fall noch einmal zur Diskussion gestellt wissen und sich womöglich einem von Meusel ausgehenden Votum beugen. Im Februar 1958 drängte er auf eine möglichst rasche Drucklegung seines Beitrags, der nach Meusels Willen nach erfolgter Überarbeitung erst noch im Autorenkollektiv beraten werden sollte. Engelberg hatte den Zeitpunkt seines Aufbegehrens geschickt gewählt. Denn nicht nur war die Parteiführung der immer neuen Terminverlängerungen bei der Fertigstellung des Lehrbuchs längst überdrüssig geworden; auch hatte sie in Fortführung der neuen deutschlandpolitischen Linie für den März desselben Jahres die von Meusel hinhaltend bekämpfte Gründung einer eigenen Historiker-Gesellschaft der DDR festgesetzt – und deren designierter erster Präsident hieß Engelberg. Dieser nutzte die ihm zugedachte Stellung denn auch gleich, um seine Interessen in der Lehrbuch-Frage zu fördern: „Es gab und gibt bis jetzt eine Reihe innerer und äußerer Hemmnisse, warum ich mit einer größeren Veröffentlichung noch nicht herausgekommen bin. Wenn ich in der zu gründenden Historiker-Gesellschaft eine verantwortliche Funktion übernehmen soll, dann muß auch zur Hebung meiner Autorität mein Manuskript so rasch wie möglich herauskommen.“¹⁹²

Offenbar hatte Engelberg seine Chancen gut kalkuliert, denn statt den flagranten Angriff auf das Kollektivitätsprinzip des Lehrbuch-Projekts in gleicher Schärfe zurückzuweisen, vermerkte der zuständige Geschichtsreferent in der ZK-Abteilung Wissenschaften auf dem Engelbergs Brief lediglich handschriftlich: „Mündl[ich] erl[edit]t“. Meusel hingegen wehrte sich unter Berufung auf das bisher geltende Prozedere und ließ Engelberg im Februar gelegentlich einer Besprechung über den Fortgang der Arbeit wissen, daß ein Drucktermin erst festgelegt werden könne, wenn er nach Lektüre des Manuskripts sein Placet erteilt habe: „Desgleichen – man höre und staune – müsse er sich vorbehalten, das von mir abgelieferte Manuskript noch einmal dem Autorenkollektiv vorzulegen.“¹⁹³ Engelberg reagierte mit dem Vorschlag, sein Manuskript von einem von ihm selbst zusammengestellten Kollegengremium begutachten zu lassen.¹⁹⁴ Mit einer abermaligen Demarche an die Ab-

190 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/109, Ernst Engelberg an Raimund Wagner, 9.2.1958.

191 Posthum sollte Meusel später gar bescheinigt werden daß er mit anderen Mitgliedern des Autorenkollektivs „überhaupt nicht in der Lage [gewesen sei], die Aufgabe zu bewältigen“, und sein Thema zum Nachteil seines Nachfolgers faktisch gar nicht in Angriff genommen habe: „Genosse Steinmetz hatte die Arbeit nach dem Tode des Genossen Prof. Meusel übernommen, von dem keinerlei Vorarbeiten vorlagen.“ Ebd., IV 2/9.01/11, Vorlage an die Ideologische Kommission des Politbüros, 30.5.1962.

192 Ebd., IV 2/9.04/109, Ernst Engelberg an Raimund Wagner, 9.2.1958.

193 Ebd., Engelberg an Raimund Wagner, 18.2.1958

194 „Im Mai könnte folgendes Kollektiv von Genossen mein Manuskript durcharbeiten: Rolf Dlubek, Günter Benser, Gerhard Winkler und Heinrich Gemkow. Diese Genossen besitzen Sachkenntnis und Unabhängigkeit des Urteils; sie haben das notwendige persönliche Wohlwollen, ohne in unsachliche Kameraderie zu verfallen.“ Ebd.

teilung Wissenschaften erneuerte Engelberg den Angriff auf seinen Gegner Meusel¹⁹⁵ und erweiterte ihn gleichzeitig auf das Autorenkollektiv selbst: „Ich weiche dem Urteil eines Kollektivs nicht nur nicht aus, sondern wünsche es herbei. Aber dieses Kollektiv muß ebenso rasch wie gründlich arbeiten. Das Autorenkollektiv kann weder rasch noch gründlich arbeiten, da die meisten Genossen mit der jeweiligen Spezialmaterie nicht vertraut sind.“¹⁹⁶

Wieder bleibt erstaunlich, daß der ZK-Apparat sich dieses selbstbewußte Auftreten gefallen ließ, das Engelberg durch eine förmliche Unterstützungskampagne flankierte¹⁹⁷, und der Demontage Meusels tatenlos zusah. Tatsächlich waren die zuständigen Geschichtsfunktionäre wie Rolf Dlubek und Ernst Diehl zu dieser Zeit bereits auf Engelbergs Linie eingeschwenkt, die sich der von Meusel in wissenschaftlicher Produktivität und politischer Rationalität als haushoch überlegen erwiesen hatte. Nachdem sich eine Reihe externer Stellungnahmen für eine umgehende Publikation seines Bandes ausgesprochen hatte und selbst Schmiedt mit einem positiven Gesamturteil über Engelbergs Text von seinem Vorsitzenden abgerückt war¹⁹⁸, während Meusel seine Vorbehalte im Oktober 1958 in einem weiteren Gutachten untermauerte, ging Engelberg aufs Ganze. Durch den Verlauf des Trierer Historikertag gestärkt, der ihm an der Spitze der am Reden gehinderten DDR-Delegation eine maßgebliche Rolle beim endgültigen Bruch zwischen den beiden deutschen Geschichtswissenschaften zugemessen hatte, holte Engelberg im November mit einem neuerlichen Vorstoß beim ZK zu einem, wie er hoffen mochte, endgültigen Schlag gegen Meusel und seine Fraktion aus: Meusels wiederholte Kritik an seinem Lehrbuch sei „feige Beleidigung“, der Vorsitzende im Innersten ein Liberaler, der vulgärmaterialistisch wie Kuczynski operiere und die Position eines „marxistisch verbrämten, soziologisch aufgeputzten Linksliberalismus“ vertrete und von seiner Stellung als Vorsitzender abberufen werden müsse.¹⁹⁹ Nicht einmal das Mittel der politischen Denunziation scheute Engelberg, um Meusel und die „Meusel-Clique“ unter Bezug auf ihre Haltung 1953 und 1956 zu erledigen: „Ich darf daran erinnern, daß Meusel ausgerechnet in einer politisch sehr aufgewühlten Situation und ausgerechnet in Berlin wenige Hundert Meter vom Brandenburger Tor in die Debatte der Mitgliederversammlung des Museums für deutsche Geschichte die unverschämten Worte vom Geßler-Hut warf; ich möchte ferner daran erinnern, daß Meusels engster und zweifel-

195 „Aber ich kann den moralischen Widersinn nicht zulassen, daß ausgerechnet das beste Manuskript nochmals dem Gesamtkollektiv zugeleitet und einer langwierigen (und übrigens auch kostspieligen) Prozedur unterworfen wird, daß ich dafür bestraft werde, besonderen Ernst, Fleiß und Verantwortungsbewußtsein an den Tag gelegt zu haben. [...] Ihr wollt die Lehrbuchabschnitte rasch herausbringen und wollt erklärtermaßen meine Autorität als vorgesehener Vorsitzender der Deutschen Historiker-Gesellschaft auch durch rasche Veröffentlichung meines ersten Lehrbuchabschnitts stärken. Dann muß ich Euch bitten, mich nicht von dem mehr als prekären Wohlwollen des Vorsitzenden des Autorenkollektivs abhängig zu machen.“ Ebd.

196 Ebd.

197 So ließ die SED-Gruppe von Engelbergs Institut an der Universität Leipzig das ZK wissen, daß sie „den Brief des Genossen Professor Dr. Engelberg diskutiert (hat) und [...] sich ihm vollinhaltlich an(schließt). Wir weisen besonders darauf hin, daß derartige Praktiken die Arbeitsfreude des Genossen Engelberg untergraben und ständig seine umfangreiche wissenschaftliche Tätigkeit behindern. [...] Wir bitten um schnelle Klärung dieser Frage und um schriftliche Mitteilung, welche Schritte von Euch unternommen worden sind.“ Ebd., Parteigruppe der SED des Instituts für Deutsche Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig an das ZK der SED, Abt. Wissenschaften, 19.2.1958.

198 Helas, Zur Rolle des Autorenkollektivs, S. 80.

199 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/109, Ernst Engelberg an Abt. Wissenschaften, 15.11.1958.

los begabtester Schüler, Dr. Fritz Klein, wegen seiner Tachtel-Mechtelei mit dem Verräter Wolfgang Harig [sic!] die Chefredaktion der ‚Zeitschrift für Geschichtswissenschaft‘ verlassen mußte.“ Engelbergs stärkstes Geschütz aber war die Kombination zwischen politischer Ergebenheit und wissenschaftlicher Leistungskraft, die ihn gleich doppelt vorteilhaft von seinem Gegenspieler unterschied und die er effektiv zur Geltung brachte: „Ich betrachte Meusel als einen Usurpator in unserer Geschichtswissenschaft. Es gibt wohl selten einen Universitätshistoriker, bei dem man sich füglich fragen muß, ob denn dieser Mensch je in seinem Leben in einem Archiv war. Ein solcher, mit Verlaub gesagt, Historiker, ist Meusel. [...] In Wirklichkeit verbergen der beleidigende und geistreiche Zynismus, das intelligenzbestialische Air seines Auftretens – so als ob er direkten Wegs aus dem Olymp käme – seine tatsächliche Unterlegenheit.“²⁰⁰

Engelbergs Rechnung ging auf; nur Wochen später vermerkte die Abteilung Wissenschaften in einem Bericht über den Stand der Arbeiten, daß Meusel von seinem Sockel als Herausgeber des Lehrbuchs gestürzt werden müsse. „Das wird starke Verbitterung bei ihm auslösen.“²⁰¹ Möglicherweise war es diese administrative Rückendeckung, die den *homo novus* Engelberg dazu brachten, seinen Kontrahenten nun in aller Öffentlichkeit und im Beisein der Parteiführung anzugreifen. Während einer Beratung mit „Genossen Historikern“ im ZK im Dezember 1958, an der auch Walter Ulbricht teilnahm, nutzte Engelberg das ihm zugewiesene Referat über die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Geschichtsschreibung über Fragen der deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert, um unvermittelt seinen Streit mit Meusel anzusprechen: „Ich habe auf der letzten Hochschulkonferenz [...] darauf hingewiesen, daß die Leitung des Autorenkollektivs in ideologischer, fachlicher und menschlicher Hinsicht überprüft werden müsse. Ich muß heute deutlicher werden. Ich glaube, es ist höchste Zeit, daß die zentralen Stellen in der Partei und im Staatssekretariat aus ihrer Reserve herauskommen und der Tyrannei einer marxistisch verbrämten bürgerlichen Ideologie ein Ende bereiten.“²⁰² Unwiderrspochen hatte Engelberg damit die beiläufige Auseinandersetzung im Autorenkollektiv um einen Lehrbuch-Beitrag auf die Ebene eines prinzipiellen Kampfes zwischen marxistischer und nicht-marxistischer Weltsicht gehoben, in dem es keinen Kompromiß mehr geben konnte, sondern nur noch ein Entweder-Oder.

Wer von beiden in diesem Kampf fallen würde, konnte kaum zweifelhaft sein. Noch auf derselben Tagung erhielt Engelberg Schützenhilfe von Hager selbst, der bekräftigte, daß der preußische Weg zur nationalen Einheit „zwar eine historische Tatsache (war), an der nichts zu ändern war; aber es war eben ein Unglück für Deutschland“.²⁰³ So ging der Präsident der Historiker-Gesellschaft kein Risiko ein, als er das über eine verbesserte Bekämpfung der westdeutschen Geschichtsschreibung beratende Gremium auf eine Störquelle im eigenen Haus aufmerksam machte: „Genossen! Ich sage das hier im vollen Bewußtsein meiner Verantwortung, wenn ich hier im Hause des Zentralkomitees spreche: Es wird Sand in unser

200 Ebd. (Hervorhebung im Original)

201 Ebd., Abt. Wissenschaften, Bericht über den Stand der Arbeiten am Lehrbuch, 5.12.1958.

202 Ebd., 2/1.01/392, Stenographische Niederschrift der Abteilung Wissenschaften beim ZK mit Genossen Historikern am 17.12.1958.

203 Ebd. Auch Hager deutete die Kontroverse in den ideologischen Kategorien des Klassenkampfes: „Wenn ich den Streit zwischen Meusel und Engelberg verstehe, so muß ich sagen, daß der Marxismus doch auf der Konzeption beruht, daß der Weg, der im Interesse der Nation, der Arbeiterklasse und der Werktätigen Deutschlands zur Einheit Deutschlands gelegen hätte, im 19. Jahrhundert der Weg der revolutionär-demokratischen Entwicklung war und kein anderer Weg!“ Ebd.

Getriebe geworfen, und es hat keinen Sinn, darüber zu sprechen, wie wir vorankommen sollen, wenn wir hier nicht Ordnung in unsere eigenen Reihen bringen.“²⁰⁴ „Beifall“ vermerkt das Beratungsprotokoll an dieser Stelle, und Unterstützung erfuhr Engelberg auch im weiteren. Im Juni 1959 wandte der Leiter der Abteilung Wissenschaften Hörnig sich an Hager, um die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen: Meusel gehe von einer unrichtigen Position in der Frage der deutschen Reichseinigung von oben aus; von seiner Funktion als Herausgeber und als Bandautor müsse er entbunden werden.²⁰⁵ So weit kam es nicht mehr. Sein sich verschlechternder Gesundheitszustand schützte den im September 1959 zum letzten Mal in der Öffentlichkeit aufgetretenen Meusel vor weiterer Demontage und wahrten ihm in der DDR-internen Historiographiegeschichte den Platz eines Historikers, der „mit ganzem Herzen deutscher Patriot“ und „mit tiefer Überzeugung Marxist“ gewesen sei und „in diesem Sinne der deutschen marxistischen Geschichtswissenschaft ein bleibendes Vorbild gegeben“ habe.²⁰⁶ Nachdem Meusel am 10. September 1960 einem Herzleiden erlegen war, hielt die Trauerrede an seinem Grab der Sekretär des Zentralkomitees und Kandidat des Politbüros Kurt Hager.

Schon zuvor aber war 1959 Ernst Engelbergs Lehrbuchbeitrag im Druck erschienen, ohne daß er abermals im Autorenkollektiv diskutiert oder vom Vorsitzenden gebilligt worden wäre – und auf besonderen Wunsch des Autors, aber mit Zustimmung der Auftraggeber als einziger in der gesamten Lehrbuchreihe ohne Herausgebervermerk. Sichtbar unterstrich dieses Detail die erzwungene Aufgabe eines utopischen Kollektivitätsideals, das als organisatorische Befreiung von den Fesseln eines bürgerlichen Individualismus und einer isolierten Einzelforschung auf dem Wege zu einem neuen, „richtigen“ Geschichtsbild begonnen hatte und nun zwischen den zentrifugalen Tendenzen und persönlichen Ambitionen im Autorenkollektiv zerrieben worden war. Daß das Lehrbuch seinen Gemeinschaftscharakter einzubüßen begonnen hatte, war allerdings schon zwei Jahre zuvor im Politbüro selbst fixiert worden, als es auf Meusels Antrag seinen Geschichtsbeschluß vom Juli 1955 abänderte und die Passage strich, nach der das von den Autoren abschnittsweise überarbeitete Gesamtwerk zur weiteren Diskussion geschlossen in einem Manuskriptdruck von 1 500 Exemplaren veröffentlicht werden sollte. Im April 1956 wurde statt dessen festgelegt, daß die Manuskripte „nach ihrer Überarbeitung durch die Autoren einzeln [...] veröffentlicht“ werden; erst in einer zweiten Auflage „sind die einzelnen Abschnitte zusammenzufassen und als geschlossenes Werk in drei Bänden herauszugeben“.²⁰⁷ Auch diese Rückzugslinie konnte letztlich nicht gehalten werden. Zwar erschien schließlich auch die dreibändige Gesamtfassung unter Streisands Leitung, doch in der fachlichen Praxis avancierte nicht sie, sondern die wegen ihres einheitlich rotgelben Einbandes so genannte „Minol-Reihe“ der individuell verantworteten Einzelbeiträge mit ihren unterschiedlich vielen Neuauflagen zum eigentlichen Hochschullehrbuch.

Welche Kosten mit diesem Rückschritt von der Kollektivität zur Individualität im Selbstverständnis des neuen Fachdiskurses zu beklagen waren, blieb nicht unbemerkt. Als 1959 der erste Beitrag des Lehrbuchs auf den Markt kam, rügte der Rezensent des Neuen Deutschland den „Mangel eines durchscheinenden roten Fadens“, den er schon in den Dis-

204 Ebd.

205 Ebd., IV 2/9.04/109, Johannes Hörnig an Kurt Hager, 30.6.1959.

206 Fritz Klein, *Deutschland 1897/98–1917*, S. VIII.

207 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/108, Abt. Wissenschaft und Propaganda, Vorlage an das Sekretariat des Zentralkomitees, 20.4.1956.

positionen vermißt haben wollte, nun auch an der Publikation der ausgearbeiteten Beiträge: „Jetzt, da die einzelnen Abschnitte nicht in chronologischer Reihenfolge, sondern in der ihrer Fertigstellung erscheinen, besteht erst recht die Gefahr eines Nebeneinanders unterschiedlicher Beiträge ohne Verbindung durch die erweiterte, unserer Meinung nach elementar wichtige Grundkonzeption.“²⁰⁸

Doch die widerspenstige Realität eines in sich verfeindeten Autorenkollektivs war stärker als die ehrgeizigen Hoffnungen seiner Gründungsväter, die im Lehrbuch-Projekt mit dem *Geschichtsbild* auch die *Geschichtswissenschaft* hatten revolutionieren wollen, und selbst am Wandel seiner kodifizierten Arbeitsordnung läßt sich der Niedergang der intendierten Vergemeinschaftung der geistigen Arbeit ablesen. In Meusels ersten Entwürfen war für die Vorstellung eines Gegensatzes zwischen Bearbeiter und Kollektiv gar kein Raum gewesen. „Für die Abfassung des Lehrbuchs ist eine Kommission zu bilden“, schlug Meusel in seiner Denkschrift vom Mai 1952 vor. Sie brauche nicht notwendigerweise selbst alle Verfasser zu stellen, „sondern die Kommission soll darüber entscheiden, wem die Abfassung einzelner Teile anzuvertrauen ist“, und dabei vor allem Nachwuchswissenschaftler berücksichtigen.²⁰⁹ Folgerichtig befaßten sich die im selben Jahr fixierten „Richtlinien“ des Autorenkollektivs überhaupt nicht mit der Frage der Arbeitsorganisation und gaben so *e silentio* den ungebrochenen Glauben an die Praxistauglichkeit des Kollektivitätsideals zu erkennen. Erst als in den Folgejahren der Weg zum angekündigten Lehrbuch unerwartet lang und steinig zu werden begann, bekam auch das Bild einer harmonischen Bündelung vieler Einzelkräfte zur Bewältigung einer Aufgabe, die „von keinem einzelnen Historiker, sondern nur von einem Kollektiv gelöst“ werden könnte, erste Sprünge. 1954 wurde es daher mit dem Rahmen einer schriftlichen Vereinbarung versehen, damit es nicht noch weiter zerfalle: „Das Impri-matur erteilen der Autor des Abschnitts, der Vorsitzende sowie der Sekretär des Autorenkollektivs. Auf jeden Fall muß das Manuskript im Autorenkollektiv beraten und besprochen werden. Voll verantwortlich ist der Autor für den von ihm ausgearbeiteten Abschnitt. Die Unterschrift des Vorsitzenden und des Sekretärs dokumentieren, daß das Manuskript im Autorenkollektiv besprochen und daß die Diskussion berücksichtigt worden ist. Falls keine Einigung zu den einzelnen Fragen erzielt werden konnte, ist vom Sekretär eine Niederschrift anzufertigen, die der Abteilung Wissenschaft und Propaganda vorzulegen ist.“²¹⁰

Wie gezeigt, wurde auch diese Festlegung rasch von der Realität überholt, die immerhin einen Gegensatz zwischen Einzel- und Gesamtinteressen nicht mehr rundweg ausschloß. Lange vor Meusels Tod schon hatten die zentrifugalen Kräfte im Autorenkollektiv ihre zentripetalen Gegenkräfte zurückgedrängt und die Rolle des Kollektivvorsitzenden ungeachtet der ihm zur Seite stehenden Unterstützung durch staatliche und parteiliche Stellen nachhaltig geschwächt. Freilich aber änderte auch Engelbergs Sieg über Meusel nicht die Diskursordnung der neuen Geschichtswissenschaft. Auch weiterhin blieb, wie sich im weiteren an zahllosen Kollektivprojekten und besonders dem von Ulbricht selbst präsidierten Autorenkollektiv zur „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ erweisen sollte, Kollektivität eine zentrale Identitätskategorie der sozialistischen Geschichtswissenschaft in der DDR. Nur verlor sie im Laufe der fünfziger Jahre die mit ihr verbundene und von

208 Müller, *Die Grundfragen der Nation*.

209 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/106, Alfred Meusel an das ZK der SED, Abteilung Wissenschaften, 13.5.1952.

210 Ebd., 107, Aktennotiz über die Besprechung am 13.7.1954 mit den Vertretern der Abteilung Wissenschaft und Propaganda beim Zentralkomitee der SED, 15.7.1954.

Schmiedt ausgesprochene Hoffnung, daß „in kollegialer, kameradschaftlicher Zusammenarbeit und in kämpferischer Auseinandersetzung innerhalb des Kollektivs“ die historische Wahrheit auf gleichsam naturwüchsige Weise zutage trete.²¹¹ Die nach der Ablösung Schmiedts durch Streisand 1962 überarbeiteten „Richtlinien“ definierten ausdrücklich den Begriff „Autorenkollektiv“²¹² und legten fest: „Das Autorenkollektiv trägt gemeinsam die Verantwortung für das Gesamtwerk, wobei die Autoren der einzelnen Abschnitte jeweils im Rahmen dieser kollektiven Verantwortung persönlich verantwortlich sind.“²¹³ Wie aber war zu verfahren, wenn die wissenschaftliche Überzeugung des Autors in wichtigen Fragen von der Haltung des Kollektivs abweichen und somit beide „Verantwortungen“ miteinander kollidieren sollten? Anders als zehn Jahre zuvor definierten die erneuerten „Richtlinien“ von 1962 nun die Ordnung des historischen Diskurses *expressis verbis* und markierten damit zugleich den endgültigen Übergang von einem „utopischen“ zu einem „realen“ Denkstil in der Geschichtswissenschaft der sozialistischen Diktatur: „Die einzelnen Beiträge werden abschnittsweise oder geschlossen im Autorenkollektiv zur Diskussion gestellt, bevor das Imprimatur erteilt wird. [...] *Die in den Beratungen des Autorenkollektivs gefaßten Beschlüsse über die grundsätzlichen Fragen der Gestaltung der einzelnen Beiträge sind für die Autoren bindend.* Der wissenschaftliche Sekretär ist für ihre Durchführung verantwortlich, imprimiert die Beiträge und übergibt sie dem Verlag.“²¹⁴

Der Niedergang der Konsensnorm

Ebenso wie die Machbarkeitsutopie und der Glaube an die Kraft der wissenschaftlichen Kollektivität wandelte sich im Laufe der Arbeit am Lehrbuch-Projekt auch das dritte Ideal, das dem neuen Geschichtsdiskurs in der DDR seinen anfänglichen Elan gegeben hatte: die Konsensnorm. Ihr lag der für das staatssozialistische Geschichtsdenken konstitutive Glaube an den Abbildcharakter geschichtlicher Erkenntnis zugrunde, der es erlaube, „das Abbild des historischen Prozesses der Wirklichkeit getreu zu reproduzieren“.²¹⁵ Der Gang der Erkenntnis erschien der autoritativen „Einführung in das Studium der Geschichte“ von Walther Eckermann und Hubert Mohr daher als „ein immerwährender Prozeß der Annäherung an die absolute Wahrheit [...], welcher über die Erkenntnis relativer Wahrheiten verläuft“. Die „richtige Auswahl“ und die „richtige Deutung“ der Tatsachen seien dabei die entscheidende Bedingung, um „ein exaktes Bild des historischen Gesamtprozesses“ zu geben.²¹⁶ Der „bürgerlichen“ Pluralität der historiographischen *Produkte* hält dieser wissenschaftliche

211 Ebd., 108, Schmiedt, Das Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes (1. Entwurf).

212 „2. Das Autorenkollektiv. – Die Arbeit an diesem Werk wird von einem Kollektiv führender marxistischer Historiker der DDR geleistet. Das Autorenkollektiv besteht aus den Verfassern der einzelnen Abschnitte und aus weiteren Fachgelehrten, die vom Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen als staatlichem Auftraggeber dieses Werkes berufen werden.“ ABBAW, ZIG 676/1, Entwurf Richtlinien für die Arbeit des Autorenkollektivs „Lehrbuch der deutschen Geschichte“, o. D.

213 Ebd.

214 Ebd. (Hervorhebung durch mich, M. S.).

215 Walther Eckermann/Hubert Mohr (Hg.), Einführung in das Studium der Geschichte, Berlin (O) 1966, S. 72.

216 Ebd., S. 71f.

Monismus die Pluralität der historiographischen *Prozedur* entgegen: Auf dem gemeinsamen weltanschaulichen Boden des Marxismus-Leninismus führt demzufolge die Breite der Diskussion über geschichtliche Fragen nicht ins Chaos, sondern erlaubt im Gegenteil die Berücksichtigung einer möglichst großen Zahl von Gesichtspunkten auf dem gemeinsamen Weg zur „richtigen Erkenntnis“.²¹⁷ Von diesem Ideal einer konsensualen Diskussion, die letztlich in ein einheitliches Ergebnis münden müsse, zeigte sich auch das Lehrbuch-Unternehmen durchdrungen. Nicht weniger als zwei der insgesamt fünf Phasen, in die die Erarbeitung des Geschichtswerkes sich gliedern sollte, waren für die öffentliche Diskussion der Arbeitsergebnisse reserviert. Diesem Zweck diene zunächst die Publizierung der im Autorenkollektiv verabschiedeten Dispositionen in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. „Historiker und Interessierte sollten sich zu den Veröffentlichungen äußern. Leider ließen solche Äußerungen öfter lange auf sich warten oder blieben ganz aus“, resümierte Schmiedt 1955 im Neuen Deutschland und appellierte an deren Leser: „Noch einmal richten wir die dringende Bitte an alle Interessierte, die Tätigkeit des Autorenkollektivs durch helfende Kritik zu unterstützen.“²¹⁸

Um so größere Bedeutung kam daher einer zweiten öffentlichen Bearbeitungsphase des im Entstehen begriffenen Lehrbuchs zu: der Diskussion der fertiggestellten Manuskripte. In einem internen Bericht vom Februar 1954 skizzierte Meusel das vorgesehene Verfahren: „Es ist beabsichtigt, die Manuskripte in 2 000 Exemplaren drucken zu lassen und an interessierte Institute, Wissenschaftler, Lehrer, Massenorganisationen usw. zur kritischen Stellungnahme zu versenden. Es soll eine Diskussion auf *breitester* Grundlage entfaltet werden. Selbstverständlich werden auch die Historiker in der UdSSR und in den Volksdemokratien gebeten werden, sich an der Diskussion zu beteiligen.“²¹⁹ Hinter dieser Offensive stand die utopische Idee, den Gegensatz zwischen Leser und Autor des Lehrbuches so weit wie möglich einzuebnen und das neue Werk zum Produkt der DDR-Gesellschaft selbst zu machen: Es läge jetzt „in der Hand aller Autoren des Lehrbuches und ihrer Mitarbeiter“, faßte das Neue Deutschland Anfang 1954 ein Gespräch mit Meusel zusammen, „mit den Dispositionen und den fertigen Texten zu unseren Werkträgern zu gehen und mit ihnen in den Betrieben und auf den Dörfern über die Arbeit zu sprechen.“²²⁰ Dieser Versuch einer möglichst umfassenden Konsensbildung kollidierte allerdings mit dem anderen Ziel, das Lehrbuch in möglichst knapper Zeit herauszubringen, und Meusel selbst hielt es für notwendig, „die Diskussionszeit auf drei Monate zu beschränken“, da jedem Autor „wiederum ein bis drei Monate Zeit gegeben werden (müßten), um die eingegangenen Diskussionsbeiträge zu verarbeiten“.²²¹

Der Zeitpunkt der Fertigstellung allerdings rückte anschließend, wie dargestellt, in immer weitere Ferne. Schon im Juli desselben Jahres wurde ein rationelleres Verfahren gefunden, um die öffentliche Konsensbildung in rascherer Zeit zu erreichen. Es sah für jedes fertigge-

217 Zur Diskursfigur der „richtigen Erkenntnis“ siehe Martin Sabrow, „Beherrschte Normalwissenschaft“. Überlegungen zum Charakter der DDR-Historiographie, in: *Geschichte und Gesellschaft* 24 (1998), S. stellte 412–445, hier S. 430ff.

218 Schmiedt, *Das neue Lehrbuch*.

219 SAPMO-BA, DY 30/IV A 2/9.04/107, Alfred Meusel, Bericht über den Stand der Arbeiten am Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes, 15.2.1954 (Hervorhebung im Original).

220 Lösche, *Ein Hochschullehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes*.

221 SAPMO-BA, DY 30/IV A 2/9.04/107, Alfred Meusel, Bericht über den Stand der Arbeiten am Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes, 15.2.1954.

stellte Manuskript zunächst die Bestellung eines Referenten und eines Korreferenten vor, die dem Autorenkollektiv gemäß einer vom wissenschaftlichen Sekretär zu erarbeitenden Kriterienliste „ein prinzipielles Gutachten“ zu erstatten hätten. Im Anschluß an die „kritische Einschätzung“ aller Manuskripte plante die Abteilung Wissenschaft nun in Abänderung einer früheren Festlegung „eine Diskussion auf möglichst breiter Basis“ über das Lehrbuch im Rahmen einer fachöffentlichen Tagung zu führen, zu der neben den „namhaftesten[n] Vertreter[n] der Geschichtswissenschaft in der Deutschen Demokratischen Republik“ auch Historiker aus dem sozialistischen Lager und aus der Bundesrepublik sowie „Vertreter von Parteischulen und Schulen der Massenorganisationen, der Lehrerschaft usw.“ eingeladen werden sollten.²²² Schon im Herbst desselben Jahres wurde die fachinterne Einschätzung der vorgelegten Entwürfe abermals überdacht: „Bezüglich der Verfahrensweise bei der Diskussion des ausgearbeiteten Manuskripts des Lehrbuches wurde folgende Einigung erzielt: Von einem Mitglied des Autorenkollektivs bzw. von einer durch den Autor zu benennenden Person soll eine prinzipielle Einschätzung des Abschnitts gegeben werden. Ein Korreferent wurde nicht für notwendig erachtet. [...] Gen. Schmiedt teilte mit, daß die Manuskripte [...] den einzelnen Mitgliedern des Autorenkollektivs bzw. einem Kreis von Fachleuten, die sorgfältig ausgewählt werden müssen und an der Sitzung des Autorenkollektivs teilnehmen, zugeschickt werden. Über die Teilnahme wird dann von Fall zu Fall entschieden werden.“²²³

Damit hatte sich vor allem auf Druck der Autoren ein Verfahren durchgesetzt, das die Außenkritik auf das Maß kollegialer Fachgutachten zurückführte, die im System der DDR-Geschichtswissenschaft insgesamt und bis 1989 das Fehlen einer freien Öffentlichkeit zu kompensieren hatten.²²⁴ In der Praxis hatte dies zur Folge, daß die Mitglieder des Autorenkollektivs ihre Entwürfe gegenseitig begutachten ließen und dabei den von Meusels ausführlichen Stellungnahmen zu allen Dispositionen gesetzten Standard bei weitem unterschritten.²²⁵ Die Idee einer republikweiten Kampagne der „helfenden Kritik“ war damit allerdings keineswegs aufgegeben, und sie wurde durch den „Geschichtsbeschuß“ der Parteiführung vom Juli 1955 noch einmal bekräftigt, der „die breite Entfaltung des Meinungsstreites unter Einbeziehung aller fortschrittlichen Historiker der Deutschen Demokratischen Republik über die Hauptprobleme der Geschichte des deutschen Volkes“ für das „Wichtigste bei der weiteren Arbeit am Lehrbuch“ erklärt hatte.²²⁶ Zu diesem Zweck insistierte das Politbüro auf dem geplanten Manuskriptdruck des Lehrbuchs in 1 500 Exemplaren, „die den marxistischen und den parteilosen Historikern, qualifizierten Propagandisten, Dozenten,

222 Ebd., Aktennotiz über die Besprechung am 13.7.1954 mit den Vertretern der Abteilung Wissenschaft und Propaganda beim Zentralkomitee der SED, 15.7.1954.

223 Ebd., Aktennotiz über die Besprechung vom 21.10.54 zu Fragen des Lehrbuchs der Geschichte des deutschen Volkes.

224 Zum System der Begutachtungspraxis siehe den Beitrag von Siegfried Lokatis in diesem Band sowie Martin Sabrow, *Der staatssozialistische Geschichtsdiskurs im Spiegel seiner Gutachtenpraxis*, in: ders. (Hg.), *Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR*, Leipzig 1997, S. 35–65.

225 So firmierte beispielsweise Joachim Streisand als Autor des „Gutachten[s] zum Entwurf des Lehrbuchabschnittes 1815/50, Teil I, von Prof. K. Obermann“, und er beschränkte seine „Prinzipiell-methodologischen Bemerkungen“ sowie seine Einschätzung der Gesamtkonzeption auf gut zwei Schreibmaschinenseiten. Ebd., 108.

226 Ebd., J IV 2/2/428, Protokoll Nr. 31/55 der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees am 5. Juli 1955, Anl. Nr. 1, S. 20.

Lehrern der Parteischulen, ABF's und allgemeinbildenden Schulen, Archiven, Rechts-, Literatur- und Kunsthistorikern in der DDR sowie den Historikern der Sowjetunion und der volksdemokratischen Ländern und fortschrittlichen Historikern Westdeutschlands zur Diskussion zuzustellen sind".²²⁷ Doch die im Jahr darauf ebenfalls im Politbüro getroffene Entscheidung, statt der 1 500 Diskussionsexemplare die einzelnen Lehrbuchabschnitte gesondert in einer Auflage von 30 000 bzw. 50 000 Exemplaren zu veröffentlichen²²⁸, setzte auch dem Vorhaben einer gleichsam vergesellschafteten Autorenschaft am neuen Lehrbuch ein Ende. Der Beschlußentwurf der ZK-Abteilung Wissenschaft und Propaganda begründete diese grundsätzliche Wendung so lapidar wie pragmatisch: „Die bisher vorliegenden Arbeiten zeigen, daß man sie als Beiträge zu einem Lehrbuch auch ohne vorherigen Manuskriptdruck veröffentlichen kann.“²²⁹ Nur die Parteipresse hielt die ursprüngliche Fiktion, daß die Lehrbuch-Autoren „in ihren Gesprächen mit den Arbeitern und Bauern gewiß manchen Hinweis und wichtige Anregungen für ihre Arbeit erhalten“ würden²³⁰, im Kern noch bis zum Erscheinen des ersten Beitrags aufrecht und verlangte noch 1959 unbeirrt, daß an Hand der erscheinenden Lehrbuch-Abschnitte „eine breite Diskussion der damit zusammenhängenden Fragen der marxistischen historischen Methodologie“ geführt werde.²³¹ In der tatsächlichen Arbeit des Autorenkollektivs hingegen war in derselben Zeit die Geltungskraft des fachlichen Konsensideals Schritt um Schritt aufgehoben worden. Wo lagen die Gründe?

Die erste Ursache ist darin zu suchen, daß auf dem Boden des historischen Herrschaftsdiskurses unter der geforderten „öffentlichen Diskussion“ keineswegs ein pluraler Meinungsaustausch im westlichen oder „bürgerlichen“ Sinne zu verstehen war. Nicht allein die Verbesserung des Lehrbuchs, sondern ebenso die Verbreitung seines Geschichtsbildes hatte die Parteiführung vor Augen, wenn sie dem Autorenkollektiv vorhielt, daß der „Hauptmangel der bisherigen Arbeit am Lehrbuch [...] die ungenügende Entfaltung des Meinungsstreites unter Einbeziehung aller fortschrittlichen Historiker“ sei²³², und verlangte, die Diskussion über die Dispositionen „in der breiten Öffentlichkeit“ zu entfalten.²³³ Deren erzieherische Komponente maß auch die DDR-Geschichtsschreibung rückblickend „um so größere Bedeutung zu, als in dieser Zeit generell die Aufgabe stand, den Marxismus-Leninismus in der Geschichtswissenschaft zur Geltung zu bringen. Die Arbeit an den Dispositionen, die ja veröffentlicht werden sollten, war damit nicht einfach nur als Selbstverständigung der Autoren wichtig, sondern besaß darüber hinaus bedeutenden Wert für die Verbreitung einheitlicher konzeptioneller Vorstellungen über die deutsche Geschichte von ihren Anfängen bis in die Gegenwart.“²³⁴ Hinter diesem Denken steht das Modell einer gleichsam „geschlossenen Öffentlichkeit“, in der Freiheit und Bindung zusammenfallen und der Austausch der Ansichten am Ende in ein einheitliches Ergebnis mit Verbindlichkeits-

227 Ebd., S. 21.

228 Ebd., IV 2/9.04/108, Alfred Meusel an die Abt. Wissenschaft und Propaganda, 1.2.1956.

229 Ebd., Wissenschaft und Propaganda, Vorlage an das Sekretariat des Zentralkomitees, 20.4.1956.

230 Lösche, Ein Hochschullehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes.

231 Müller, Die Grundfragen der Nation.

232 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/90, Die Aufgaben der Geschichtswissenschaft nach dem IV. Parteitag, 3. Entwurf.

233 Ebd., J IV 2/2/428, Protokoll Nr. 31/55 der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees am 5. Juli 1955, Anl. Nr. 1, S. 20.

234 Fischer, Zur Rolle des Autorenkollektivs, S. 17.

charakter münden würden.²³⁵ Über Jahrzehnte hinweg waren es daher nicht die Historiker, sondern die Mitglieder der Parteiführung, die immer wieder das geringe Niveau des „wissenschaftlichen Meinungsstreits“ beklagten und an ihre Wissenschaftler appellierten, ihn „echter“ oder „leidenschaftlicher“ zu führen als bisher.²³⁶

Schon die ständige Vergeblichkeit dieses Aufrufs illustriert, wie realitätsfern diese ideologische Konsensnorm tatsächlich war, das nur auf dem festen Grund eines gebundenen Denkens vorstellbar war. Auch im Falle des Lehrbuchs geriet die öffentliche Diskussion der vorgelegten Entwürfe in das Dilemma, daß sie in der Öffentlichkeit als liberales Diskussionsangebot mißverstanden wurde, wie sich etwa an der Auseinandersetzung um die erste veröffentlichte Disposition von Leo Stern über die deutsche Geschichte im Mittelalter erwies. Sterns Disposition wurde, „nachdem sie im Autorenkollektiv eingehend beraten und besprochen worden war“, unter dem Namen ihres Autors, aber gleichzeitig als „Meinung und Auffassung des Autorenkollektivs“²³⁷ in einem der ersten Hefte der neugegründeten ZfG publiziert²³⁸, begleitet von einer redaktionellen Diskussionsaufforderung, die den didaktischen ganz hinter den fachlichen Aspekt zurücktreten ließ: „Wir [...] bitten unsere Leser um kritische Stellungnahme in der Überzeugung, daß eine breite Diskussion der vorliegenden Entwürfe die Arbeit an dem bedeutungsvollen Werk außerordentlich fördern wird.“²³⁹ Tatsächlich ging eine ganze Reihe von Antworten aus dem In- und Ausland bei der Redaktion ein, so von Hans Mottek ([Ost-]Berlin) und Georg Krüger (Meißen)²⁴⁰, aber auch aus verschiedenen historischen Instituten Ungarns, Polens, der ČSSR und der Sowjetunion.²⁴¹ Die insgesamt etwa 30 Zuschriften bewegten sich innerhalb der geltenden Diskursordnung. Sie

235 Deutlicher noch als in der Fachverständigung zeichnet sich das Konzept einer geschlossenen Öffentlichkeit auf dem Feld der Geschichte in den Gedenkritualen von Parteiführung und Parteivolk etwa zum Jahrestag der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts ab. Dazu: Martin Sabrow, *Das kollektivierte Gedächtnis. Überlegungen zur Gedenkkultur der DDR-Geschichtswissenschaft am Beispiel der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration* (erscheint voraussichtlich 1999).

236 Zu diesem Topos des Geschichtsdiskurses in der DDR vgl. jetzt: Gerald Diesener, *Scharf gezielt und nicht getroffen – Zur Kritik in der DDR-Geschichtswissenschaft*, in: Georg G. Iggers u. a. (Hg.), *Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem*, München 1998, S. 295–307; Martin Sabrow, *Der „ehrlche Meinungsstreit“ und die Grenzen der Kritik. Mechanismen der Diskurskontrolle in der Geschichtswissenschaft der DDR*, in: Gustavo Corni/Martin Sabrow (Hg.), *Die Mauern der Geschichte. Historiographie in Europa zwischen Diktatur und Demokratie*, Leipzig 1996, S. 79–117; ders., *Klio mit dem Januskopf. Die Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, in: Matthias Middell (Hg.), *Historische Zeitschriften im internationalen Vergleich*, Leipzig 1999, S. 297–329.

237 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/107, Alfred Meusel, Bericht über den Stand der Arbeiten am Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes, 15.2.1954.

238 Prof. Dr. Leo Stern, Disposition des Hochschullehrbuchs der Geschichte des deutschen Volkes (1. Bd.), in: ZfG 1 (1953), S. 628–646.

239 Ebd., S. 628.

240 Mottek kritisierte vor allem Sterns zu allgemeinen Begriff vom Frankenreich, der fälschlich neben der ethnischen Inhomogenität auch die Uneinheitlichkeit der in ihm sich vollziehenden Entwicklung von Gesellschaftsformationen überdeckte. SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/107, Hans Mottek, *Bemerkungen zur Disposition zum 1. Band des Hochschullehrbuches für Geschichte*. Andere Leser verwarfen Sterns Annahme, daß es in der germanischen Frühgeschichte nicht zur Ausbildung der Sklaverei gekommen sei; ebd., Georg Krüger, *Zur Disposition des Hochschullehrbuches der Geschichte des deutschen Volkes* [Bd. 1]), oder kritisierten seine negative Einschätzung der feudalen Zersplitterung; ebd., 106, Dr. M. M./Alb. an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, 27.10.1953.

241 Eine Aufstellung der einzelnen Zuschriften brachte die ZfG in einer redaktionellen Vorbemerkung zur Diskussion, in: ZfG 2 (1954), S. 759.

argumentierten im Rahmen der materialistischen Weltanschauung²⁴², beriefen sich auf Auslassungen der Klassiker²⁴³ und monierten Abweichungen von sowjetischen Überblicksdarstellungen.²⁴⁴ Dennoch kamen sie zu vielfach ganz unterschiedlich konturierten Bildern der deutschen Vor- und Frühgeschichte und demonstrierten so, daß auch die konsequente Beachtung der diskursiven Regeln des sozialistischen Geschichtsdenkens durchaus nicht zu dem erwarteten „exakten“ Geschichtsbild führen müsse, geschweige denn ein akzeptiertes Kriterium zur Unterscheidung zwischen „richtig“ und „falsch“ liefern könne.

Besonderes Interesse verdient in diesem Zusammenhang die kritische Stellungnahme des ZfG-Lesers Burchard Brentjes, weil sie die Dilemmata einer gebundenen Diskussion auf dem Boden der neuen Geschichtswissenschaft besonders eindrucksvoll offenlegt. Brentjes bekräftigte eingangs die patriotische Aufgabe des Lehrbuchs, aus dem „die Werktätigen Begeisterung und Kraft zur erfolgreichen Lösung der vor uns stehenden Aufgaben schöpfen“ sollten. Gerade aus diesem Bekenntnis leitete Brentjes den Maßstab seiner Kritik an Sterns Entwurf ab: „Es dürfen in ihm keine Überreste reaktionärer bürgerlicher Ideologie oder Versuche der Verwässerung des Marxismus enthalten sein.“ Von diesem Auftraggeber, Autoren und vorgesehene Rezipienten der neuen Meistererzählung einigenden Ansatz her verriß Brentjes Sterns Disposition, weil sie sich „einseitig auf die Quellen stützt, die die Ansichten der damals herrschenden Klassen wiedergeben“, weil sie den Anteil des Slawentums bei der Schaffung der deutschen Nation unterschätze und folglich „der ideologischen Untermauerung des deutschen Imperialismus“ Vorschub leiste, weil sie schließlich den deutschen Weg als „verhängnisvolle Sonderentwicklung“ qualifiziere und mit dieser Anlehnung an die „Misere-Theorie“ letzten Endes „die faschistische Diktatur der zwölf Jahre und die neofaschistische Diktatur in Westdeutschland“ entschuldige.²⁴⁵

Stärker als durch diese grundsätzlichen Widerreden auf dem Boden derselben Denkkordnung konnte das für die Lehrbuch-Arbeit konstitutive Konsensideal kaum *ad absurdum* geführt werden. Die Verantwortlichen im Geschichtssystem der DDR standen nun in einem kaum lösbaren Zwiespalt: Die eingegangene Kritik ungefiltert zu publizieren, hätte bedeutet, einer „bürgerlichen“ Pluralität Vorschub zu leisten, die die Grundlagen der geltenden Diskursordnung zu sprengen geeignet war; sie zu unterdrücken, würde umgekehrt das bislang geltende Konsensgebot außer Kraft setzen und die oktroyierte Künstlichkeit der historischen Verständigungsregeln erweisen. Dies erkannten die Fachhistoriker offenbar schnell-

242 „Der derzeitigen an Grund-, Ober- und Hochschulen verbreiteten Lehrmeinung entsprechend wird auch in diesem Lehrbuch versucht, die den Erkenntnissen des historischen Materialismus entsprechende gesetzmäßige Entwicklung der menschlichen Gesellschaft für die Germanen abzustreiten.“ SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/107, Krüger, Zur Disposition.

243 „Da diese Lehrmeinung [...] nicht nur der Lehre der marxistischen Klassiker, sondern auch den vorhandenen Geschichtsquellen – und damit meine ich die unverfälschten zeitgenössischen Quellen – widerspricht, will ich versuchen, eine Erklärung dafür zu finden.“ Ebd.

244 „Während z. B. in den sowjetischen Hochschullehrbüchern die Zeit vor dem Auftreten der Slawen in Osteuropa behandelt wird, soll nach der vorliegenden Disposition eine entsprechende Erörterung der gesellschaftlichen Zustände in der vorgermanischen Periode bei der Behandlung der deutschen Geschichte fehlen. Damit wird aber der irrigem und im Grunde rassistischen Meinung Vorschub geleistet, als ob die vorgermanischen Völkerschaften an der Bildung des deutschen Volkes nicht beteiligt wären bzw. Gesellschaft und Kultur der germanischen Stämme nicht entscheidend beeinflußt hätten.“ Ebd., Mottek, Bemerkungen.

245 Ebd., Burchard Brentjes, Einige Bemerkungen zur Disposition des Hochschullehrbuches der Geschichte des deutschen Volkes.

ler als der zuständige Geschichtsreferent im ZK, Ernst Diehl, an den sich Brentjes zunächst mit der Frage gewandt hatte, ob seine kritischen Anmerkungen hilfreich sein könnten. „Genosse Diehl, dem ich beiliegenden Artikel übersenden wollte, empfahl mir, in Eurer Zeitschrift zu veröffentlichen, da die entsprechende Disposition auch in Eurer Zeitschrift erschienen ist“, ließ Brentjes die ZfG-Redaktion im Mai 1954 wissen. Die aber nahm, wie sie in einer späteren Aktennotiz festhielt, wider Brentjes' Erwarten überhaupt nicht Stellung, sondern leitete seine Kritik zusammen mit den anderen bei ihr eingegangenen Zuschriften weiter an den Autor der angegriffenen Disposition.²⁴⁶ Brentjes bat daraufhin am 11. Juli 1954 um Rücksendung seines Manuskripts, um es anderswo zu publizieren. Dadurch unter Druck geraten, antwortete die Redaktion am 17. Juli, „daß durchaus die Absicht bestünde, die zu den Dispositionen einlaufenden kritischen Stellungnahmen in der Zeitschrift zu verwerten“.²⁴⁷ Brentjes reagierte umgehend mit der Feststellung, „daß er seinen Artikel zum Zweck der Veröffentlichung übersandt habe und nicht zum Zwecke einer auszugsweisen Verwertung in anderem Zusammenhang“.

Am 16. August unternahm Fritz Klein namens der ZfG-Redaktion abermals den Versuch, Brentjes „davon zu überzeugen, daß wir nicht die Absicht hätten, Kritik zu unterdrücken, sondern lediglich aus sachlichen bzw. rein räumlichen Gründen von der vollständigen Veröffentlichung seiner wie auch anderer Kritiken bei uns absehen müßten“.²⁴⁸ Brentjes gab es daraufhin vorerst auf, auf eigene Faust gegen die Haltung der ZfG anzuerkennen, sondern wandte sich direkt an das Politbüromitglied Fred Oelßner, um „die Redaktion einer eigenartigen Auffassung von wissenschaftlichem Meinungsstreit“ anzuklagen: „Nicht die Kritiken werden gedruckt, sondern nur die Antwort des Kritisierten [...], weil nicht genug Raum für den Abdruck der Kritiken vorhanden wäre“.²⁴⁹ Oelßner gab die Angelegenheit an die Abteilung Wissenschaft und Propaganda weiter, die ihrerseits nun Brentjes wissen ließ, daß die ZfG im Wortlaut nur „die besonders fundierten Kritiken der sowjetischen Wissenschaftler“ veröffentlichen würde. „Die übrigen Kritiken wird Genosse Stern in einem zusammenfassenden Referat darlegen und seine Stellungnahme dazu begründen. Die Redaktion der Zeitschrift wird sich verpflichtet fühlen, dafür zu sorgen, daß dabei die strengste Objektivität gewahrt wird.“²⁵⁰

So geschah es. Stern, dem nun die freilich nach Kräften erleichterte Last der Konsensbildung über seinen Abschnitt oblag, wehrte sich allerdings zunächst gegen Fritz Kleins „Urgenz in der Frage der Zusammenfassung der kritischen Stellungnahmen zu meiner Disposition in der von Euch angegebenen Frist“.²⁵¹ Er gab zu bedenken, daß es sich immerhin um etwa 60 Problemfragen handele, auf die er eingehen müsse. Ihm war wohl bewußt, daß im Einklang mit den geltenden Diskursregeln die möglichst weitgehende Homogenisierung der Kritiken untereinander und mit seinem Entwurf oberstes Gebot sein müsse. Dies aber sei zeitaufwendig besonders hinsichtlich „der geplanten Zusammenfassung, die, wenn man

246 Ebd., 114, Fritz Klein, Betr.: Veröffentlichung der Kritik des Genossen Dr. Brentjes an der Disposition des ersten Bandes des Lehrbuches, 6.1.1955.

247 Ebd. Gleichzeitig betonte die Redaktion, „daß wir selbstverständlich nichts dagegen hätten, wenn Gen. Brentjes seinen kritischen Beitrag an anderer Stelle in vollem Umfang veröffentlichen wolle“.

Ebd.

248 Ebd. Brentjes' Ausarbeitung umfaßte elf Schreibmaschinenseiten.

249 Ebd., Burchard Brentjes an Fred Oelßner, 18.8.1954.

250 Ebd., Abt. Wissenschaft und Propaganda an Burchard Brentjes, 27.9.1954.

251 Ebd., 107, Leo Stern an Fritz Klein, 9.9.1954.

exakt und für unsere weitere Arbeit fruchtbringend vorgehen will, außerordentliche Sorgfalt erfordert: einmal um die Konkordanz bzw. Diskordanz der verschiedenen Kritiker zu bestimmten Fragen festzustellen und dann die übriggebliebenen noch zu klärenden Problemfragen“.²⁵²

Um die Geltungskraft der historischen Konsensnorm wenigstens nach außen hin zu wahren, erwies sich als entscheidende Hilfe, daß die Leser der ZfG die Stimme von Brentjes nur aus dem Munde Sterns vernehmen konnten. In seiner nach detaillierter Abstimmung mit der Abteilung Wissenschaft und Propaganda und vor allem mit der ZfG-Redaktion schließlich publizierten Sammelantwort²⁵³ betonte Stern zunächst den „unvergleichliche[n] Wert der kritischen Stellungnahmen“, durch die die Schwächen des ersten Entwurfs „mit der ganzen Schärfe einer objektiven, im wahrsten Sinne des Wortes helfenden Kritik sichtbar gemacht worden sind“²⁵⁴, um Brentjes anschließend als Eiferer hinzustellen, der „offensichtlich (glaubt), durch seine besondere ideologische Wachsamkeit die Disposition beim Versuch der Infiltration der ‚fortschrittsfeindlichen Theorie von der deutschen Misere ertappt zu haben“.²⁵⁵ Stern beantwortete den impliziten Angriff auf ein Grundelement der nicht-pluralen Verständigung über die Vergangenheit im SED-Staat, indem er die Autorität des Angreifers zunächst mit der des Autorenkollektivs übertrumpfte²⁵⁶, um dann den fehlenden Konsens *in re* an die fehlende Konsensbereitschaft *in homine* zurückzureichen: „Die Mitarbeiter am Lehrbuch beachten sehr aufmerksam alle kritischen Äußerungen zu ihrer schwierigen und verantwortungsvollen Arbeit am Lehrbuch und sind sich stets der Tatsache bewußt, daß ihre Arbeit durch Berücksichtigung kritischer Stellungnahmen von anderer Seite nur gewinnen kann. Wir halten es jedoch für eine Selbstverständlichkeit, daß Kritiker, die vom Boden des Marxismus-Leninismus aus kritisieren, ihre Kritik bei aller notwendigen sachlichen Schärfe im ganzen als kameradschaftliche und helfende Kritik auffassen. Brentjes hat als einziger von allen Kritikern seine Auffassungen in einer Form zu vertreten versucht, die u. E. als unsachlich und als einer schöpferischen Diskussion abträglich zurückgewiesen werden muß.“²⁵⁷

Damit war der die Regeln bedrohende Kritiker unschädlich gemacht worden, indem er selbst wegen Regelverletzung aus dem Diskurs ausgeschlossen wurde. Nach außen hin und von der ZfG-Redaktion als bloßer „*Beginn* einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung in größerem Rahmen“ begrüßt²⁵⁸, vermochte so die öffentliche Diskussion von Sterns Disposi-

252 Ebd.

253 Gerade für die Stellen, in denen Stern auf Brentjes einging, erarbeitete die ZfG-Redaktion „neue Formulierungsvorschläge“, die dann mit Stern abgestimmt wurden. Ebd., 114, Fritz Klein an Rolf Dlubek, 20.11.1954.

254 Leo Stern, Erste Zwischenbilanz einer wissenschaftlichen Kritik, in: ZfG 2 (1954), S. 903–928, hier S. 919. Auch in Sterns Antwort schien wieder ein Verständnis von wissenschaftlicher Diskussion auf, das Kritik nicht als wechselseitige Befruchtung unterschiedlicher Deutungen, sondern als ausbessernde Vereinheitlichung verstand: „Es ist für uns klar: Wir Mitarbeiter am Lehrbuch haben nach Kräften dafür zu sorgen, daß die von der Kritik aufgezeigten Mängel behoben werden.“ Ebd., S. 918.

255 Ebd., S. 926.

256 „Damit ist die Disposition, die von dem Autorenkollektiv sämtlicher Bände des Hochschullehrbuches nach mehrmaliger Beratung und Diskussion zum Druck gegeben wurde, wieder einmal von B. Brentjes angeklagt, fortschrittsfeindliche, der Entwaffnung der Werktätigen dienende Theorien zu enthalten!“ Ebd.

257 Ebd., S. 927, Anm. 8.

258 Ebd., S. 759 (Hervorhebung im Original).

tion die Fiktion eines durch Rede und Gegenrede herstellbaren Konsenses über das sozialistische Geschichtsbild wohl zu wahren. Nach innen aber sprach Brentjes das abschließende Wort: „Eine öffentl[iche] Diskussion, auf der nur die kritisierte Seite auftreten darf, ist keine, sondern läuft auf eine Unterdrückung der Kritik hinaus.“²⁵⁹ Er jedenfalls werde nach dieser Erfahrung zu den kommenden Dispositionen keine Meinungsäußerung mehr absenden, „da ich nicht die Gewähr der Diskussion sehe“.²⁶⁰ So wie Brentjes dachten auch andere. Zu der folgenden Disposition von Gerhard Schilfert etwa liefen nur noch vier Stellungnahmen von Historikern ein²⁶¹ – ungeachtet seiner formalen Behauptung hatte das Konsensideal seine emphatische Kraft bereits verloren, und das erloschene Feuer der Lehrbuch-Diskussion wiederanzublasen, wurde nun eine Aufgabe der zuständigen ZK-Behörde, die „die Hilfe der Partei bei der Entfaltung einer Diskussion zur Disposition des Lehrbuches“ versprechen mußte.²⁶²

Aber nicht nur in der Öffnung zur Öffentlichkeit erlitt die Konsensnorm des neuen Diskurses Schiffbruch. Auch innerhalb des Autorenkollektivs nahmen in fast ironischer Umkehr der anfänglichen Erwartungen die substantiellen Kontroversen im Laufe der gemeinsamen Arbeit nicht ab, sondern im Gegenteil zu. Wie immer, wurden auch in diesem Fall die zugrundeliegenden Leitnormen erst explizit formuliert, als ihre Gültigkeit schon in Frage stand. Diesmal war es der Geschichtsbeschuß des Politbüros, der 1955 die schlepende Fertigstellung des Lehrbuches zu beschleunigen hoffte, indem er das Konsensideal noch einmal für verbindlich erklärte: „Das Lehrbuchkollektiv muß die wichtigsten Fragen der deutschen Geschichte so lange gründlich diskutieren, bis eine prinzipielle Übereinstimmung erreicht ist.“²⁶³ Wie es mit dieser Übereinstimmung in Wahrheit bestellt war, hatte Meusel bereits ein Jahr zuvor in einem Bericht fixiert, der unter der Rubrik „Wichtige Fragen bzw. Probleme, die bei der Besprechung nicht geklärt wurden“, nicht weniger als 22 offene Kontroversen allein für die Zeit von 1400 bis 1849 aufzählte.²⁶⁴ Sie umfaßten etwa für den Abschnitt 1648 bis 1789 Fragen, die die Geschichtswissenschaft der DDR bis zu ihrem Untergang beschäftigen sollten, so beispielsweise die „Einschätzung des Absolutismus in Österreich, Preußen, Sachsen und anderen größeren deutschen Ländern“. Eine einheitliche Urteilsbildung erwies sich hier als unmöglich, da ein Teil des Autorenkollektivs die Auffassung vertrat, „daß der Absolutismus historische Aufgaben zu erfüllen hatte“.

259 SAPMO-BA DY 30, IV 2/9.04/114, Burchard Brentjes an Ernst Diehl, 2.10.1954

260 Ebd.

261 Ebd., 109, Roland Franz Schmiedt an Abt. Wissenschaften, 6.2.1959.

262 „Zu diesem Zweck wird sich die Abt. Wissenschaft und Propaganda mit den Betriebsparteiorganisationen an den Universitäten bzw. Historischen Instituten in Verbindung setzen und sie bitten, bei der Organisation und Durchführung von Diskussionen zu helfen.“ Ebd., 107, Aktennotiz über die Besprechung vom 21.10.54 zu Fragen des Lehrbuchs der Geschichte des deutschen Volkes.

263 Ebd., Über die Kaderentwicklung in der Geschichtswissenschaft. Aufgaben der Institute und Archive, 2. Fassung, o. D. Wie stark der Glaube an die einigende Kraft der Diskussion die Fachpraxis bis in alltäglichsten Tätigkeiten hinein prägte, habe ich an anderer Stelle zu zeigen versucht, Sabrow, Der staatssozialistische Geschichtsdiskurs, S. 49ff.

264 Ebd., 107, Alfred Meusel, Bericht über den Stand der Arbeiten am Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes, 15.2.1954. Für die jüngere Geschichte war die Bilanz noch düsterer: „Die Probleme bzw. Fragen, die sich in den Abschnitten von 1850–1945 bzw. 1954 ergeben werden, können in diesem Bericht noch nicht aufgeführt werden. Die von den Autoren gelieferten Beiträge – sofern sie überhaupt geliefert wurden – sind nicht ausreichend. Außerdem müßten sie erst im Kollektiv diskutiert werden.“ Ebd.

Nicht weniger strittig war „die qualitativ verschiedene Rolle Preußens und Rußlands bei den Teilungen Polens“, nachdem sich nicht alle Beteiligten bereitgefunden hatten, bündnispolitische Erwägungen der gegenwärtigen Staats- und Parteiführung umstandslos in die Vergangenheit zu verlängern.²⁶⁵ Nicht beizulegende Differenzen verursachten selbst einzelne Ereignisse wie die Schlacht von Roßbach, deren Bedeutung für die deutsche Geschichte Meusel anders sah als manche seiner Kollegen: „Dieses Ereignis löste zweifellos eine gewisse Begeisterung in Deutschland aus. Man darf diese jedoch nicht überschätzen und nicht auf den preußischen Junkerstaat beziehen.“²⁶⁶

Der Vorsitzende des Autorenkollektivs hatte nicht nur hier einen eigenen Standpunkt. Gravierender war, daß er offenbar auch das der Lehrbuch-Arbeit zugrunde liegende Wissenschaftsverständnis nur bedingt teilte und gerade dessen substantiellen Kern mit Unbehagen verfolgte: den in Konsensideal und Kollektivitätsnorm gleichermaßen zum Ausdruck kommenden Homogenitätsanspruch. Auf der Diskursebene des SED-Apparats gab es an der homogenen Grundverfassung der sozialistischen Geschichtswissenschaft keinen Zweifel, so daß die immer neuen Entwürfe zum „Geschichtsbeschuß“, die die zuständige ZK-Abteilung im Frühjahr 1955 vorlegte, unbeirrt in der „Entfaltung der Diskussion“ das entscheidende Heilmittel gegen den „Hauptmangel“ in der von immer neuen Verzögerungen und Kontroversen gekennzeichneten Arbeit am Lehrbuch erblickte. Meusels Entgegnung verriet, daß der Vorsitzende des Autorenkollektivs ungeachtet seines weltanschaulichen und politischen Bekenntnisses zum SED-Sozialismus den Boden eines „bürgerlichen“ Fachverständnisses nie ganz verlassen hatte, und sich weiterhin als individuelles Mitglied der wissenschaftlichen Gemeinschaft der Historiker betrachtete: „Der Hauptmangel in der bisherigen Arbeit am Lehrbuch besteht darin, daß sich die Mitarbeiter am Lehrbuch wegen starker anderweitiger Inanspruchnahme nicht wirklich auf diese Aufgabe konzentrieren können. Die Überwindung dieses Hauptmangels erfordert, daß die wichtigsten Mitarbeiter für einen nicht zu knapp bemessenen Zeitraum von anderen Verpflichtungen, wenn möglich völlig, entlastet werden. [...] Der Hauptmangel kann nicht durch eine, und er kann auch nicht durch zahllose Diskussionen überwunden werden, wie wertvoll und in die Weite wirkend Diskussionen auch sein mögen. In der Vergangenheit entstanden bedeutende Werke der Kunst und der Wissenschaft dadurch, daß sich Menschen monatelang, mitunter jahrelang auf die Bewältigung von bestimmten Problemen konzentrierten. In Zukunft werden bedeutende Werke auch nicht anders entstehen.“²⁶⁷

265 Zur Begründung der qualitativen Differenz führte Meusel an: „Während Preußen Gebiete mit nicht-deutscher Bevölkerung annektierte, erhielt Rußland bei diesen Teilungen Gebiete, die von slawischer Bevölkerung bewohnt waren und historisch gesehen zu Rußland gehören.“ Ebd.

266 Ebd.

267 Ebd., 90, Einwände des Gen. Prof. Meusel zum Geschichtsbeschuß. Seine Sensibilität gegenüber dem Homogenisierungszwang des historischen Herrschaftsdiskurses demonstrierte Meusel an einer anderen Stelle in derselben Kritik am „Geschichtsbeschuß“ noch deutlicher: „Es ist ein großer Unterschied, ob man einen Wissenschaftler dazu auffordert, ein Problem zu lösen oder dazu, eine bereits vorgenommene oder wünschenswert gehaltene Lösung zu verifizieren.“ Ebd.

Metamorphosen des historischen Herrschaftsdiskurses

Am Ende stand auch hier eine pragmatische Lehre. Nachdem der Glaube an eine von bürgerlichen Schlacken befreite Naturkraft der neuen Geschichtsbetrachtung sich als bloße Illusion demaskiert hatte, blieb nur, die notwendige Homogenität des sozialistischen Geschichtsbildes auf künstlichem Wege zu erzeugen. Als Ulbricht 1964 in der Rolle des Vorsitzenden des Autorenkollektivs die Leitlinien erörterte, nach denen die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu schreiben sei, fand er geradezu klassische Worte für den Übergang vom utopischen zum realen Sozialismus in der Geschichtswissenschaft: „Hier in diesem Kollektiv muß alles offen ausgesprochen werden, auch unangenehme Fragen, und dann werden wir entscheiden, was hereingenommen wird und was nicht, in welchem Ausmaß und in welcher Weise. Wir sind hier keine Abteilung des Außenministeriums, wo wir uns diplomatisch über bestimmte Fragen der Weltpolitik unterhalten, sondern es muß exakt beraten werden, und der Autor bekommt dann exakte Hinweise, in welcher Weise der Band fertiggemacht wird.“²⁶⁸ Folgerichtig verzichtete das zur Ablösung des Hochschullehrbuchs gedachte Folgevorhaben einer Geschichte des deutschen Volkes Ende der sechziger Jahre von vornherein auf eine öffentliche Diskussion und verpflichtete vielmehr die mit der Erarbeitung einer gemeinsamen Arbeitsgrundlage beauftragten Mitglieder des Autorenkollektivs zu strenger Vertraulichkeit, damit die sorgfältige Abstimmung über eine neue Version des sozialistischen Geschichtsbildes nicht vorzeitig und unkontrolliert in die Öffentlichkeit dringe. Diese Entscheidung setzte den Schlußpunkt unter eine jahrzehntelange Arbeit an der Vergangenheit, in deren Verlauf der utopische Glaube an die naturhafte Homogenisierungskraft des neuen Denkens sukzessive von dessen eigenen Widersprüchen und einer entgegenstehenden Realität eingeholt worden war. Hinter diesem Scheitern aber stand die erfolgreiche Ausbildung eines historischen Herrschaftsdiskurses, der seine substantielle Künstlichkeit fortan über lange Zeit hinter der autoritativen Geltungskraft einer eigenen Meistererzählung zu verbergen vermochte.

Nicht mangelnde Unterstützung durch die SED-Führung und ihren Apparat, nicht fehlende personelle und institutionelle Ressourcen und auch nicht planbürokratische Hemmnisse hatten die Erledigung des gestellten Auftrags zur Schaffung eines historischen Lehrbuchs über bald zwei Jahrzehnte hinweg verzögert, sondern die erst nach und nach deutlich werdende Größe der Aufgabe, Demiurg eines neuen Geschichtsbildes zu sein. Die Entstehungsgeschichte des Lehrbuchs ist gleichzeitig der Desillusionierungsprozeß eines Geschichtsdiskurses, in dem der Kampf um die Vergangenheit als ein bloßes Nachhutgefecht des Kampfes um die Gegenwart galt. Erst *in actu* hatte sich gezeigt, daß das Werden des neuen Geschichtsbildes durchaus kein eigendynamischer Vorgang war, sondern ein ständiger Steuerung bedürftiges Geschehen. Keineswegs ergab sich aus dem Ende der bürgerlichen Herrschaft über die Vergangenheit fast von allein ein „richtiges“, von allen Verfälschungen und Verzerrungen befreites Geschichtsbild, wie die Initiatoren des Lehrbuchprojekts einst verkündet hatten. Statt dessen zeigte sich, daß eine Unzahl von Anstößen, Beratungen und Abstimmungen erforderlich war, um ein in den Grundlinien widerspruchsfreies Geschichtsbild auf dem gemeinsamen Boden des Marxismus-Leninismus zu entwerfen. Wie sich weiter herausstellte, waren die Historiker allein mit dieser Aufgabe

268 Zit. n. Ilko-Sascha, Kowalczyk, „Wo gehobelt wird, da fallen Späne“. Zur Entwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft bis in die späten fünfziger Jahre, in: ZfG 42 (1994), S. 302–318, hier S. 318.

überfordert; immer wieder bedurfte es des massiven Eingreifens der politischen Führung und ihrer Administration, um das vom Steckenbleiben bedrohte Projekt weiterzubringen und ihm die Richtung vorzugeben. Daß die dreifache Norm der kurzfristigen Machbarkeit, der inhaltlichen Homogenität und der personellen Kollektivität im Laufe der über fünfzehnjährigen Erarbeitungszeit als unerfüllbar akzeptiert und substantiell verändert wurde, ermöglichte überhaupt nur die schließliche Bewältigung der gestellten Aufgabe – und verwandelte gleichzeitig den utopischen Geschichtsdiskurs in einen oktroyierten Herrschaftsdiskurs, dessen Künstlichkeit eingestandenermaßen stets der festigenden Kraft politischer Steuerung und Rahmensetzung bedurfte, um seine Geltungskraft zu wahren.

Hinter der die Lehrbuch-Arbeit über Jahre beherrschenden Auseinandersetzung zwischen Meusel und Engelberg verbarg sich mehr als die bloße Rivalität zweier ehrgeiziger Matadoren der zweiten deutschen Geschichtswissenschaft. Während Meusel noch an einer illusionären Einheit der deutschen Geschichtswissenschaft festhalten wollte, machte Engelberg sich für deren Teilung stark. Mochte Meusel das Gespräch mit den „bürgerlichen“ Gelehrten suchen, um sie zu sich herüberzuziehen, forcierte Engelberg die schützende Abgrenzung von ihnen. In diesem Sinne verkörperte Meusel die utopischen Momente des sozialistischen Geschichtssystems, das seine Kraft aus dem Bewußtsein der fachlichen Überlegenheit schöpfte, und stand Engelberg für eine nüchterne Einsicht in die begrenzte und bedrohte Geltungsmacht der parteilichen Geschichtswissenschaft. Auf dem Boden einer gebundenen Geschichtswissenschaft war Engelbergs Position die realistischere und folglich die überlegene, wie sich auch an der Entstehungsgeschichte des Lehrbuchs offenbart: Am Ende verletzte der von Entmachtung bedrohte Vorsitzende des Autorenkollektivs seinen Kampf um die nationale Einheit auf das Nebenfeld der Stilkritik, während sein Gegner im Januar 1960 zum Direktor des Akademie-Instituts für Geschichte aufstieg und über die in Meusel personifizierten Jugendträume des zur Macht gelangten Sozialismus in der Historie den Stab brach: „Wenn wir nicht erkennen, daß es sich bei diesem Streit [zwischen Engelberg und Meusel] um einen solchen zwischen einem kämpferischen Marxismus und einem ebenso kämpferischen und bewußten Nicht-Marxismus handelt, sind wir von vornherein verloren, dann brauchen wir die Diskussion gar nicht beginnen. Dann geht alles, wie bei Kuczynski, wie das Hornberger Schießen aus. Dann wuchert alles wie eine ideologische Viruserkrankheit weiter; sie wuchert bereits – bis in das Gewi-Institut hinein. Am schlimmsten sind die Versöhnler, die Leute, die weder kalt noch warm sind, die Lauen!“²⁶⁹

269 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.04/398, Ernst Engelberg an Abt. Wissenschaften, 26.7.1959. Der Ausdruck „Gewi-Institut“ bezeichnet das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED.